

16. Hof | 15. August 1912

ROMAN STRELTZOW · DIE DRITTE REICHSDUMA

SIE war ein gefügiges Produkt der Reaktion. Um sie zustande zu bringen, mußte man das geltende Wahlgesetz gewaltsam abschaffen und das vom 3. (16.) Juni 1907 oktroyieren. Dieses konstruierte man nach Maßgabe der in den beiden ersten Dumas gemachten Erfahrungen. Die Hoffnungen, die man zuerst auf den bäuerlichen Konservatismus gesetzt, hatten sich als trügerisch erwiesen, die Arbeiterschaft und die intellektuellen Mittelklassen waren von jeher revolutionär, es blieb somit für die Reaktion nur der adelige Großgrundbesitz übrig. Ohne Zaudern leimte man das neue Wahlgesetz deshalb so, daß die russischen Grundherren ein Übergewicht auf rein automatische Weise erhalten mußten. Um noch sicherer vorzugehen, beraubte man eine Anzahl demokratischer Elemente der elementarsten Bürgerrechte, die übrigen wurden terrorisiert, eingeschüchtert, die besonders *Gefährlichen* einfach ausgewiesen oder in ein sicheres Gewahrsam gebracht. Die Reaktion hatte nachher freie Bahn: Eine andere als eine regierungstreue Volksvertretung konnte aus der Wahlurne nicht herauskommen.

Diese Erwartung wurde auch erfüllt. Aus den 442 zu wählenden Abgeordneten der dritten Duma bekannten sich zur Reaktion nicht weniger als 298, das heißt die übergroße Mehrheit. Die konstitutionellen Demokraten, gewöhnlich *Kadetten* genannt, schrumpften zu einem Häuflein von 54 Mann zusammen, die Sozialdemokraten konnten für sich nur etwa 20 Mandate retten (später blieb es sogar nur bei 15), die bäuerliche Arbeitsgruppe nicht mehr als die Unglückszahl 13. Man sieht: Die Barden des Rückschritts hatten genügend Grund ein triumphierendes Gehen! anzustimmen.

Die auf diese Weise durchgebrachte regierungsfremde Majorität war aber durchaus nicht homogen. Zwar waren die Abgeordneten, die zu ihr zählten, sämtlich erbitterte Feinde des Fortschritts, besonders in seiner konkreten, liberal-sozialistischen oder *kadettisch-sozialdemokratischen* Form. Aber über dieses Negative hinaus existierte nur wenig Positives, was diesen Volksvertretern gemeinsam gewesen wäre. Die einen wollten dem Absolutismus zu einer Wiedergeburt verhelfen, die anderen glaubten eine absolutistisch-konstitutlo-

nelle Monarchie errichten zu müssen, die dritten dachten an wirkliche, freilich sehr gemäßigte Reformen. Indes, die positiven Absichten spielten zunächst eine untergeordnete Rolle. Die Hauptsache war für alle das Zurückdrängen der früheren liberal-sozialistischen Mehrheit, die Ausrottung jeglicher, noch so geringer Hoffnungen auf eine großzügige Reformbewegung. Man wollte auch zunächst für all die ausgestandene Angst Rache nehmen, für die Demütigung, die man während der Revolution und während der ersten zwei Parlamente erleben mußte. Erst nachdem das Rachegefühl ein wenig gesättigt war, besann man sich auf die positiven Ziele. Hierbei stellte es sich nun bald heraus, daß man gar nicht so einheitlich über alles dachte und empfand. Außerdem machte man die Entdeckung, daß zur parlamentarischen Arbeit etwas mehr gehört als ein grimmiger Haß gegen die *Kadjuks* und die *kaukasischen Affen*, wie man die kaukasischen Sozialdemokraten schimpfte.

Die Hauptsorge der Regierung gegenüber der dritten Duma mußte begreiflicher Weise in der Erhaltung einer gefügigen Mehrheit bestehen. Das beste Mittel dazu war die Hervorkehrung solcher Fragen, in denen die Reaktion sich einig fühlte. Dazu gehört vor allem der Zyklus von Problemen, die man als *nationale* bezeichnet. Rußland ist bekanntlich, national genommen, kein homogener Staat; auf seinem immensen Territorium kämpfen zahlreiche Nationalitäten gegen einander, von denen manche auf einer höhern Kulturstufe stehen als das herrschende Volk selbst. Was könnte die Reaktion stärker zusammenkitten als der Schlachtruf *Gegen die Übermacht der Fremden!?* Stolypin gab denn auch diese Parole aus, und die anfänglich mit Wonne gehorchende Dumamehrheit stimmte mit Begeisterung in den Ruf ein und drückte mit Hurra die geforderten Gesetze gegen Finnland und Polen durch. Der nationalistische Kitt erwies sich als so stark, daß die Regierung immer dazu greifen konnte, sobald die mit solcher Mühe zustande gebrachte Majorität zu zerbröckeln drohte. Er versagte nur ganz selten, und nur dann, wenn der nationalistische Machtkitzel mit den eigennützigsten Interessen der Besitzenden in Konflikt kam. Die Regierung war aber klug genug solche möglichen Konflikte rechtzeitig vorauszusehen und zu beseitigen.

Nachdem die erste Siegesfreude verfliegen war, und die nüchterne Arbeit immer mehr die Geister in Anspruch nahm, mußte man vielfach einsehen, daß der alles beherrschende *Kadetten-* und *Sozialistenhaß* nicht selten auf törichter Verblendung und Verhetzung beruhte. Besonders auf dem linken Flügel der sogenannten *Oktobristenpartei* fühlte man immer mehr heraus, daß die Forderungen und Bestrebungen der Demokratie gar nicht so doktrinär utopistisch waren, daß sie auf alle Fälle nicht aus *antipatriotischen* Motiven herstammten. Diese Einsicht führte zu einer Differenzierung innerhalb der herrschenden Mehrheit. Ein Teil der *Oktobristen* schreckte vor dem auftauchenden Liberalismus der Partei zurück und ging direkt ins reaktionäre Lager über; der andere suchte Anschluß nach links und scheute nicht vor einer, wenn auch höchst untertänigen, Opposition gegen die Regierung zurück. Eine Zeitlang sah es sogar so aus, als ob das Schwergewicht der ganzen Duma sich nach links verschieben wollte. Bald aber wurde es klar, daß der *oktobristischen* Opposition allzu enge Grenzen gesteckt waren. Die Partei ist nämlich vollkommen von dem künstlichen Wahlgesetz, also von der Regierung abhängig. Im Volk selbst, unter den Massen hat sie keinen Anhang, und ihre Rolle ist bald ausgespielt, wenn die vorsorgende Regierung sich von ihr abwendet. Wollte

die Partei am Ruder bleiben, so blieb ihr nichts übrig als sich dem Willen der regierenden Bürokratie zu unterwerfen. Was übrigens, nebenbei gesagt, durchaus kein leichtes Ding war. Manchmal stellte Stolypin an die *oktobristischen* Herrschaften allzu starke Anforderungen, und die Führer mußten schon direkt Söldner der Regierung sein, wenn sie das alles schlucken wollten, was der Premier ihnen zumutete. So war es ein zu starkes Stück, als Stolypin die Duma auf 3 Tage auflöste, um in der Zwischenzeit das Semstwo-gesetz auf Grund des § 87, also im Verwaltungsweg, einzuführen. Dies Vor-gehen der Regierung war so dreist ungesetzlich, daß man jeder äußern Würde verlustig gehen mußte, um es öffentlich gutzuheißen. Die *Oktobristen*, wenig-stens der linke Flügel, sahen dies ein und protestierten zusammen mit der Linken gegen diesen Akt der Ungesetzlichkeit, wobei der Führer der Partei, Herr Gutschkow, von dem Präsidentenposten zurücktrat. Ähnliches wiederholte sich bei anderen allzu groben Verstößen der Regierung.

Bekanntlich haben die *Oktobristen* ihren Namen dem Zarenmanifest vom 17. (30.) Oktober entlehnt. Sie wollten die dort verkündigten Freiheiten ver-wirklichen und dem Volk »die wirkliche Unverletzlichkeit der Person, die Frei-heit des Gewissens, der Rede, der Versammlungen und Vereine«, wie es im Manifest hieß, erkämpfen. Dies wollten sie aber nur so lange als die revolutio-nären Wogen hoch schlugen und alles drunter und drüber ging. Sobald die Stimmung sich änderte und das revolutionäre Meer sich glättete, wurden auch die *oktobristischen* Bestrebungen anders. Sie vergaßen das Zarenmanifest, und die schönen Dinge, die dort versprochen waren, interessierten sie so gut wie gar nicht mehr. Sie ließen deshalb die Regierung ruhig gewähren und schwie-gen, als diese durch ihre Organe einer Freiheit nach der andern den Garaus machte. Was ging sie in Wirklichkeit die Unterdrückung der Vereine und der harmlosesten Versammlungen an? Ihre Leute litten doch nicht darunter, die *Kadetten* und die Sozialisten aber hatten diese Behandlung gewiß verdient. Dieses unkluge, von staatsmännischem Geist vollkommen unberührte Verhalten zeigte am besten, was die Bevölkerung von dieser Partei zu erwarten hatte. Es ist deshalb nicht übertrieben, wenn man sie als die *Partei des verlorenen Dokuments* (das heißt des Manifests) oder *der letzten Regierungsverfügung* be-zeichnete.

Dank dieser Charakterlosigkeit hat die Duma für die Befestigung und Erweiterung der politischen Rechte fast gar nichts geleistet. Man suchte über-haupt alle *gefährlichen* Stoffe nach Möglichkeit zu umgehen und sich auf unzählige kleine und kleinliche Gesetzentwürfe zu konzentrieren. Man wollte ablenken, einschlafeln, und die Behandlung solcher geringfügigen Fragen, die meistens von nur lokalem Interesse waren, erwies sich dafür als ein vorzüg-liches Mittel. Schade nur, daß man einige große brennende Probleme doch nicht ganz abweisen durfte. So mußte die Duma notgedrungen das heikle Agrarproblem aufrollen, dann die Fragen der Justizpflege, des Arbeiterschutzes, des allgemeinen Schulunterrichts. Nachdem die Agrarfrage im Jahr 1906 von der Regierung auf administrativem Weg *gelöst* worden war, blieb der gefügigen Majorität nichts übrig als die temporären Gesetze in Bausch und Bogen zu dauernenden zu erklären. Bekanntlich basieren diese Gesetze auf der Unantast-barkeit des Privatbesitzes und beschränken sich im allgemeinen auf die Über-führung des Anteilbodens in das Privateigentum der betreffenden Bauern. Der Bodenmangel wird durch diese Gesetze nicht beseitigt, und so ist es ver-

ARTHUR SCHULZ · DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE SÜD- UND WESTDEUTSCHEN KLEIN- UND MITTELBAUERN

I

VOR Jahresfrist, zur Zeit der letzten Fleischteuerung, überraschte eines schönen Tages Genosse K. Kautsky unsere Partei mit den Geburtswehen eines funkelnelneuen Agrarprogramms. Er forderte uns auf oder, besser gesagt, mutete uns zu unverzüglich in eine nachdrückliche Agitation für die Verstaatlichung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und für die Umwandlung der auf ihrem Grundeigentum wirtschaftenden Bauern in Staatspächter einzutreten. Bis zum Tag der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sollte ein großer Teil der in Staatseigentum übergeführten Bauernhöfe zu Großgütern zusammengeslagen, an städtische Gemeinden und Konsumvereine in Pacht gegeben werden, und diese Verbände sollten darauf mit gemieteten Lohnarbeitern für den Bedarf ihrer Einwohner respektive Mitglieder Lebensmittel produzieren. An diesen mindestens eigenartigen Vorschlägen war wohl das Eigenartigste, daß sich Genosse K. Kautsky von der Propaganda seiner Forderungen sogar noch einen agitatorischen Erfolg innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung versprach. Die Kleinbauern würden sich, meinte er, gern von der drückenden Last ihres (angeblich) überschuldeten Eigentums erlösen lassen, und nur von den Großbauern und Großgrundbesitzern wäre Widerstand zu erwarten. Was K. Kautsky selbst an begründenden Argumenten und Tatsachen beibrachte, war so dürftig und wenig überzeugend, daß meine Würdigung seines totgeborenen Projekts ganz kurz ausfallen konnte.¹⁾ Nachträglich aber veröffentlichte er, um seine Lösung der Agrarfrage zu rechtfertigen, in der *Neuen Zeit* einen mehrfach gegen mich polemisierenden, 28 Seiten langen Artikel aus der Feder des rheinischen Genossen Ernst Andréé, der bei allen reichlich mit unterlaufenden Vorurteilen und Einseitigkeiten unstreitig eine größere Sachkenntnis zeigt und daher ernster zu nehmen ist.²⁾ Auch Genosse Andréé predigt die »Notwendigkeit das Privateigentum an den Produktionsmitteln (hier in der Hauptsache Grund und Boden), das das ganze Unglück der Kleinbauern verschuldet . . . zu beseitigen«. Und als »wichtigste« »Maßnahme, die wir im Interesse der kleinen Besitzer vorzuschlagen haben,« sieht auch er die »Verwandlung der Landwirte aus Privateigentümern oder Privatpächtern in Staatspächter« an. Ja, seine Übereinstimmung mit dem Führer der Agrar**marxisten** geht sogar so weit, daß es auch ihm (das ist unter allem Sonderbaren wohl das Sonderbarste) scheinen will, »daß wir mit dem Vorschlag Kautskys . . . sehr wohl Anklang bei der kleinbäuerlichen Bevölkerung finden könnten«. Derartige agrarpolitische Träumereien und Utopieen gehen nun aber merkwürdigerweise ganz einträchtig Hand in Hand mit Darlegungen zur Geschichte der Agrarverfassung des Eifelgebiets, die durchaus zutreffend sind, und mit einer material- und zahlenreichen Schilderung der gegenwärtigen Lage der Eifelbauern, die neben tendenziöser Schwarzmalerei doch auch manches Richtige und Gutbeobachtete enthält. Gerade wegen der gern zugegebenen Gedicgenheit einiger Parteien

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Bodenverstaatlichung oder Güteraufteilung?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1212 ff.

²⁾ Siehe Andréé *Die Eifelbauern* in der *Neuen Zeit*, 1911-1912, 1. Band, pag. 494 ff., 532 ff. und 596 ff

besteht die Gefahr, daß auch die argen Übertreibungen und Irrtümer der Abhandlung von weniger kundigen Parteigenossen als Wahrheiten hingenommen werden und so den Klärungsprozeß, der bei gewissen agrarischen Fragen in unserer Partei nun endlich im Gang ist, aufhalten oder doch verlangsamten könnten. Diese Befürchtung veranlaßt mich im folgenden den Ausführungen des Genossen Andrée in einigen wesentlicheren Punkten entgegenzutreten. Ich stütze mich dabei vor allem auf das Ergebnis der dem Genossen Andrée anscheinend unbekannt gebliebenen Untersuchungen, die Dr. Ludwig Schmitz-Adenau vor einigen Jahren im Auftrag der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* über die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Eifel angestellt hat.³⁾ Außerdem kommen mir die persönlichen Eindrücke zustatten, die ich im Sommer 1910 gewann, als ich in Begleitung eines infolge seines Berufes mit Land und Leuten genau vertrauten Freundes einen großen Teil der Eifel durchwanderte.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Landwirtschaft des geologisch so interessanten und landschaftlich so schönen Eifelgebiets vielfach noch ziemlich altmodisch ist, und daß Mißernten und Witterungskatastrophen noch immer, wenn auch nicht mehr in dem Grade wie in dem Zeitraum von 1850 bis 1880, einen gewissen Notstand der Bevölkerung im Gefolge haben. Daran sind aber nicht der »durch den Kleinbetrieb ungeheuer erschwerte Kampf um das Dasein«, auch nicht der »verderbliche Einfluß der privatwirtschaftlichen Produktionsweise« sondern zur Hauptsache zwei Ursachen schuld, von denen die eine durch menschliche Einwirkung überhaupt nicht ganz ausgeschaltet, die andere aber auch ohne Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden und ohne Aufgabe des Klein- und Mittelbetriebs allmählich beseitigt werden kann. Als nur wenig abänderbar muß das rauhe und zu Extremen geneigte Klima geduldig hingenommen werden. Mit seiner Jahresdurchschnittstemperatur von nur 6 bis 7°, mit seinen häufigen Spätfrösten, die manchmal sogar noch im Juni den Roggen in der Blüte zerstören, und mit den starken Stürmen, die so oft über die flachwellige Hochfläche dahinbrausen, ist es nicht nur der bäuerlichen sondern jeder denkbaren Art landwirtschaftlicher Betriebsweise recht ungünstig. Immerhin können durch Wiederaufforstung der zahlreichen, für die Acker- und Weidenutzung untauglichen Höhen, die in der Zeit der französischen Okkupation in unverständigster Weise entwaldet worden sind,⁴⁾ die Extreme der Temperatur vermindert, die Feuchtigkeitsverhältnisse geregelt und die starken Winde weniger schädlich gemacht werden.

Für die Landwirtschaft der Eifel noch verderblicher als das Klima, aber keineswegs unabänderbar ist die auch hier wie in großen Teilen Süddeutschlands herrschende Sitte der Naturalteilung. Diese Erbsitte, die unter der französischen Herrschaft als das Erbrecht des *Code civil* in gesetzlicher Geltung war, bestand darin, daß beim Tod der Eltern jedes Acker- und Wiesenstück in jeder Gewanne in so viel Parzellen geteilt wurde, als erbende Kinder vorhanden waren. Dazu kam noch, daß diejenigen Erben, die nicht im Heimatdorf Bauern waren oder werden wollten, ihre Teilparzelle öffentlich meistbietend zu versteigern pflegten. Das führte dazu, daß heute die zu einem Bauernhof gehörigen Felder nach allen Richtungen der Windrose über die Dorfflur verstreut sind, und daß Wegelosigkeit, Kleinheit, entfernte Lage und unzweckmäßige Form der Teil-

³⁾ Siehe Schmitz *Die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Eifel, besonders in den Kreisen Schleider Daun, Prüm und Wittlich* | Berlin 1910 f.

⁴⁾ Siehe Wilsing *Die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Eifelgebiets mit Berücksichtigung ihrer Vergangenheit und Gegenwart nebst Hinweis auf die Zukunft* | Bonn 1897 f., pag. 12 ff.

stücke und ein zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich bestehender Flurzwang den Wirtschaftsbetrieb außerordentlich erschweren und verteuern. Während nun dieses Erbsystem in Gegenden, wo durch Fruchtbarkeit des Bodens, mildes Klima und Nähe städtischer Märkte die Vorbedingungen intensivster Kultur gegeben sind, trotz aller Bodenzer splitterung nicht unbedingt ungünstig zu wirken braucht, ist es in der Eifel, wo diese Voraussetzungen fehlen, allerdings ein den Landeskulturinteressen höchst schädliches Erbübel. Genosse Andréé ist sich darüber nicht im unklaren, trotzdem versucht er aber immer wieder die relative Armut der Eifelbauern und den noch sehr verbesserungsfähigen Stand ihrer Wirtschaftstechnik dem Kleinbetrieb als solchem zur Last zu legen.⁵⁾ Dabei muß er doch wissen, daß der klein- und mittelbäuerliche Betrieb keineswegs durch die Naturalteilung bedingt ist oder sie notwendig zur Folge hat, und daß durch das Zusammenlegungsverfahren das Übel der Bodenbesitzersplitterung geheilt werden kann, ohne den Klein- und Mittelbetrieb im geringsten in Frage zu stellen. Weshalb sollen nicht die Eifelbauern, der bunten Gemengelage ihrer Zwergparzellen überdrüssig, in dem selben Umfang ihre Fluren bereinigen lassen wie etwa die Bauern der Wetterau?⁶⁾ In der Tat haben sie damit schon einen guten Anfang gemacht, indem sie bis 1907 bereits in 22 Gemeinden der 4 Eifelkreise Schleiden, Daun, Prüm und Bitburg das Zusammenlegungsverfahren durchführen und in 14 Gemeinden einleiten ließen. Dazu kommt, daß sie, seitdem sie nicht mehr unter dem Einfluß des französischen Erbrechts stehen, die naturale Teilung der Felder mehr und mehr als schädlich erkennen und von ihr Abstand nehmen. Nimmt die Entwicklung, wie vorausszusehen, in dieser Richtung ihren Fortgang, so ist zu hoffen, daß dem Eifelbauern doch noch ein anderes Schicksal bevorsteht als das ihm vom Genossen Andréé prophezeit, »langsamer zwar, aber desto sicherer seinem Untergang entgegen« zu gehen.

Außer durch die Ungunst des Klimas und die Streulage zersplitterter Parzellen war die Eifel lange Jahrzehnte hindurch auch durch das Fehlen von Eisenbahnen vor den meisten übrigen Gegenden Süd- und Westdeutschlands benachteiligt. Es ist daher ganz falsch, daß die Eifel eines der »der ökonomischen Entwicklung am nachhaltigsten ausgesetzten Wirtschaftsgebiete« und deshalb »für die Beurteilung der Entwicklung der Landwirtschaft von maßgebender Bedeutung« ist. Solange sie nur auf Landwege und Chausseen angewiesen war, nützte ihr die geographische Nähe der rheinischen Industriegebiete sehr wenig; denn durch die hohen Kosten des Lastwagentransports wurde ihr der Absatz ihrer Erzeugnisse und der Bezug von Futter- und Düngemitteln nahezu unmöglich gemacht. Erst in den letzten Jahrzehnten, ja Jahren hat, mitveranlaßt durch den wachsenden Touristenandrang, der Bau wichtiger Anschließungsbahnen der Verkehrslosigkeit des einst so vereinsamten Landes ein Ende gemacht. Die neuen Bahnen gaben dem Ackerbau und der Viehzucht der

⁵⁾ Auch Professor Wygodzinski-Bonn, auf dessen Arbeit über die Grundverschuldung in der Eifel sich Andréé stützt, macht die selbstverständliche Unterscheidung zwischen dem System der Klein- und Mittelbetriebe, das er billigt, und der durch die Naturalteilung des *Code civil* herbeigeführten Parzellenwirtschaft in Gemengelage, die er verwirft. »Diese unkluge Gesetzgebung«, schreibt er in seinem Werk *Agrarwesen und Agrarpolitik*, 1. Band / Leipzig 1912, pag. 81, »hat stellenweise geradezu zur Verelendung der kleinbäuerlichen Bevölkerung und zu einem unberechenbaren Verlust an nationalem Arbeitskapital geführt, das bei dem unermüdlischen Fleiß dieser kleinen Leute unter günstigeren Bedingungen die reichsten Früchte getragen hätte.«

⁶⁾ In der Wetterau sind nach May (*Die Landwirtschaft in der Wetterau* / Gießen 1903, pag. 56) die mannigfachen betriebswirtschaftlichen Nachteile durch allenthalben vorgenommene Zusammenlegungen größtenteils beseitigt. Bei 28 im Kreis Friedberg vorgenommenen Feldbereinigungen kamen vorher 9,7 Parzellen auf 1 Hektar, nach der Zusammenlegung nur 2,9.

Eifel einen nachhaltigen Anstoß. Wenn Genosse Andréé behauptet, daß diese Betriebszweige auch in der Gegenwart noch »total rückständig« sind, so ist das einfach nicht richtig. Vor allem war der durch die Bahnen erleichterte Bezug der künstlichen Düngemittel für das bergige Land ein wahrer Segen. Von den Handelsdüngemitteln machen die kleinen und mittleren Bauern reichlichen Gebrauch, und der Eifelkreis Prüm stellt sogar mit 70 Kilo Thomasmehl auf 1 Hektar im Konsum dieses Düngemittels in Deutschland an der Spitze. Auch die Raubbaumethode des *Schiffelns*, das heißt das alle 15 Jahre wiederholte Abbrennen der Heidenarbe, um in der Asche einige Jahre hindurch Getreide bauen zu können, wird nach Schmitz gegenwärtig nur noch auf einer kleinen Fläche der Kreise Schleiden und Prüm ausgeführt und hat sonst meist künstlich gedüngten Feldgrasanlagen Platz machen müssen. Dadurch sind der Rindviehhaltung neue Futterquellen erschlossen worden. Diese war in der Eifel zwar schon von jeher sehr stark: nährten sich doch in den genannten 4 Eifelkreisen 1907 102,8 Rinder auf 100 Hektar Anbaufläche gegen 92,4 in der Rheinprovinz und 57,2 im preußischen Staat; aber infolge der Anlage von Kunstwiesen und -weiden ist sie bei qualitativer Verbesserung der Formen und Leistungen von 1900 bis 1907 um 12,72 % gewachsen, während die ganze Rheinprovinz trotz ihrer gesegneten Weidefluren am Niederrhein im gleichen Zeitraum ihren Rindviehbestand nur um 6,91 % vermehren konnte. Auch die Schweinehaltung hat nach Schmitz »in jüngster Zeit einen ungeahnten Aufschwung genommen«. Unter diesen Umständen kann der Sachverständige der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* sein Schlußurteil dahin zusammenfassen, »daß die Eifeler Landwirtschaft, die unter recht ungünstigen natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen arbeiten muß, sich in den letzten Jahren bedeutend emporgeschwungen hat«, und die Erwartung aussprechen, daß »die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo sie ein ebenbürtiges Glied der deutschen Landwirtschaft darstellt.«⁷⁾ Im Hinblick auf diese sichtlichen Fortschritte, die Andréé allerdings verschweigt, wird seine Lehre, »daß den bedrängten Kleinbauern nur auf dem Wege der Aufhebung des Privateigentums Hilfe gebracht werden kann«, in der Eifel schwerlich Gläubige finden, und ich fürchte, die kleinen und mittleren Landwirte des Rheinlands sehen der ihnen zum hundertsten Mal in Aussicht gestellten »Proletarisierung« ganz kaltblütig und selbstsicher entgegen und sind »verblendet genug die helfende Hand zurückzuweisen«, mit der Andréé sie aus »dem Sumpf der Verelendung und Arbeitsqual« emporziehen will.

Auch durch den statistischen Beweis, durch den Genosse Andréé ihnen und uns das »Tragische in diesem aussichtslosen Kampf der Kleinen um ihre Existenz« klarzumachen sucht, werden sie schwerlich zum *Agrar marxismus* bekehrt werden. Andréé muß für den Regierungsbezirk Trier, der zum großen Teil von der Eifel ausgefüllt wird, folgende Zahlen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Hauptbetriebe mitteilen:

Zählungs- jahr	1 bis 2 Hektar	2 bis 5 Hektar	5 bis 20 Hektar	20 bis 100 Hektar	über 100 Hektar
1882	7544	16 507	15 269	1219	30
1895	7400	17 242	16 165	1208	27
1907	6472	17 627	16 610	1101	22
	- 1072	+ 1120	+ 1341	- 118	- 8

⁷⁾ Siehe Schmitz, loc. cit., pag. 176 ff.

Damit läßt sich nun allerdings seine These, »daß sich die Zurückdrängung der Kleinen auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz, wenn irgendwo, dann bei den Eifelbauern verfolgen läßt«, beim besten Willen nicht beweisen. Er muß daher die Zahlen für die ganze Rheinprovinz zu Hilfe nehmen. Nun haben in der Tat in den gewerbereichen Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Aachen und in dem durch Naturschönheiten ausgezeichneten Regierungsbezirk Koblenz Großindustrielle und Großkaufleute in den letzten Jahrzehnten eine größere Anzahl Bauernhöfe zusammengekauft, um sich auf dem Land Herrnsitze zu schaffen. Auf diesem an die englische Entwicklung gemahnenden Weg ist in der Rheinprovinz die Zahl der Großbetriebe über 100 Hektar seit 1882 um 64 gestiegen. Trotzdem haben wenigstens die bäuerlichen Familienwirtschaften von 5 bis 20 Hektar den beklagenswerten Verlust reichlich wettgemacht und sich in gleicher Zeit sogar um 3278 Hauptbetriebe vermehrt. In krassem Widerspruch zu diesen Tatsachen behauptet Andréé, »daß heute schon der rheinische Kleinbetrieb im unaufhaltsamen Niedergang begriffen ist«, und die Zunahme der Großbetriebe in 25 Jahren um ganze 64, unter denen sich zudem viele reine Luxusgüter befinden, veranlaßt ihn zu der komischen Übertreibung, von einer »e n o r m e n« Verdrängung des bäuerlichen Kleinbetriebs durch die Großen und Größten« zu sprechen.

Aber diese kleinen Künste sind für die heutige Rat- und Hilflosigkeit des *Agrar Marxismus* noch nicht derart bezeichnend wie der beredte Umstand, daß er, um die von ihm behauptete produktionsunfähige Leistungsfähigkeit, Verschuldung und Verelendung der kleinen und mittleren Bauern zu beweisen, nun schon zur Eifel seine Zuflucht nehmen muß. Denn wem will Genosse Andréé es aufreden, daß diese durch Bodenbeschaffenheit und Klima wie kaum eine andere *b e n a c h t e i l i g t e* und bis in die jüngste Zeit von großem Verkehr abgeschlossene Gebirgslandschaft »das klassische Gebiet des deutschen kleinbäuerlichen Besitzes« ist? Indem ich nun, um nicht in bloßer Polemik stecken zu bleiben, mich anschicke auch den *p o s i t i v e n* Beweis für meine dem *Agrar Marxismus* widersprechenden Ansichten zu führen, will ich nicht in den entgegengesetzten Fehler verfallen und mir ein in natürlicher oder wirtschaftlicher Hinsicht besonders *b e v o r z u g t e s* Land als Demonstrationsobjekt aussuchen. Ich will vielmehr zwei Gebiete wählen, die infolge ihrer Gebirgigkeit und ihrer Entfernung von den großen Industriezentren eher unterhalb des Niveaus der typischen Wirtschaftsbedingungen des süd- und westdeutschen Bauerntums stehen.

II

ZWEI Meilen westlich von Freiburg ragt aus der badischen Rheinebene, einen Flächenraum von 1100 Quadratkilometer einnehmend, der Gebirgsstock des Kaiserstuhl empor. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Gebiet dieses längst erloschenen Vulkans hat uns vor kurzem ein Autor, der in seinem Bereich aufgewachsen und als Landwirt tätig gewesen ist, sachkundig geschildert.⁸⁾ Zwar ist der Verfasser,

⁸⁾ Siehe Hirtler *Verschuldungsverhältnisse der Kleinbauern des Kaiserstuhls* (Karlsruhe 1912). × Es mag hier daran erinnert werden, daß wir klassische Schilderungen der Verhältnisse badischer Kleinbauern in den beiden Werken Hechts *Drei Dörfer in der badischen Hardt* (Leipzig 1895) und *Die badische Landwirtschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts* (Karlsruhe 1903) besitzen. An diese Werke schließen sich die Artikel des Genossen David *Bäuerliche Barbaren* und *Die badische Landwirtschaft* in den Sozialistischen Monatsheften, 1899, pag. 62 ff., und 1903, 1. Band, pag. 113 ff., an.

Dr. Heinrich Hirtler, mit einem ganz speziellen Interesse, nämlich mit der Absicht den Grad der Verschuldung der Kaiserstuhlbauern klarzustellen, an seine Arbeit gegangen, hat dann aber, was ja bei einem Werk über Agrarverschuldung allein sachgemäß ist, seine Untersuchung auf die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Zustände und Entwicklungsvorgänge seiner Heimat ausgedehnt.

Der Kaiserstuhl ist von einer dichtgesiedelten Bevölkerung von annähernd 25 000 Menschen bewohnt, von denen 77 % oder, wenn wir die Nebenberufe hinzurechnen, 88 % in der Landwirtschaft tätig sind. Auch die in Gewerbe, Handel und Verkehr beschäftigten Personen sind zum größten Teil Besitzer und Bewirtschafter kleiner landwirtschaftlicher Grundstücke, und besonders die Fabrikarbeiter halten in der Regel am ererbten Landbesitz fest, vergrößern ihn sogar oftmals durch Zupacht oder legen ihre in der Industrie gemachten Ersparnisse in landwirtschaftlichen Grundstücken an. Mit Recht schreibt Hirtler dieser innigen Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft einen heilsamen Einfluß auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Fabrikarbeiterfamilien zu. Bevölkerungsbewegung und Geburtenhäufigkeit sind günstig, die Kindersterblichkeit ist die geringste in ganz Baden. Zwar ist auch dieser überwiegend landwirtschaftliche Distrikt ein Abwanderungsgebiet, aber lange nicht in so großem Maß wie die Gegenden des Großgrundbesitzes, und wenigstens ein Teil des Geburtenüberschusses bleibt der Heimat erhalten, so daß die Einwohnerzahl langsam steigt.

Betriebsgliederung und Grundbesitzverteilung sind für Südwestdeutschland typisch. Auch hier liegt sowohl der Zahl wie der Fläche nach das Schwergewicht in den Familienbetrieben, das heißt in den Betrieben, deren Inhaber ohne fremde Arbeitskräfte auskommen und andererseits nicht genötigt sind Nebenverdienst zu suchen. Als solche Familienbetriebe sind in dieser Gegend mit ausgedehntem Weinbau die Betriebe zwischen 0,5 und 3 Hektar zu bezeichnen. In diese Größengruppe fallen 60 % aller Betriebe mit der Hälfte der Gesamtfläche. Die genannte Betriebskategorie hat auch seit der Berufszählung von 1895 am meisten zugenommen, und zwar an Zahl um 30 %, an Fläche um 51 %, während die auf Lohnarbeit angewiesenen und daher für den Rohbau weniger geeigneten Betriebe von 5 bis 30 Hektar an Zahl wie an Fläche bedeutend verloren haben, und die beiden einzigen Betriebe in der Größenklasse von 30 bis 50 Hektar sogar verschwunden sind. Es zeigt sich also auch in dieser süddeutschen Landschaft die selbe, auf Vermehrung der Familienbetriebe gerichtete Tendenz wie in Ostdeutschland, wobei natürlich zu beachten ist, daß der Familienbetrieb im Osten eine erheblich größere Fläche benötigt.⁹⁾ Der Eigenbesitz spielt die weitaus wichtigste Rolle, nur 100 Betriebe, deren Inhaber aber nicht Landwirte sondern Pfarrer, Lehrer oder sonstige Angehörige anderer Berufe sind, haben kein Grundeigentum. Noch nicht einmal 1 % aller Betriebe sind reine Pachtbetriebe und die Pacht ist nur als Zupacht häufig. Bedeutend dagegen ist die Allmende; sie umfaßt eine Fläche, die nahezu halb so groß ist wie die Eigentumsfläche, und nicht weniger als 1763 Betriebe, fast ein Drittel aller Wirtschaften, sind an ihrer Nutzung beteiligt. Zwischen den beiden Berufszählungen von 1895 und 1907 hat die Eigentumsfläche erheblich zugenommen, während die Pacht zurückgegangen

⁹⁾ Siehe meinen Artikel *Das Vordringen des landwirtschaftlichen Familienbetriebs und des Kleingrundbesitzes in Ostböhmen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 424 ff.

und die Allmende ungefähr gleichgeblieben ist. Was ist nun die Ursache, daß die Betriebe über 5 Hektar und besonders über 20 Hektar einen solchen Rückgang zeigen und dabei doch keine Zersplitterung in Zwergbesitz eintritt? Nach Hirtler ist es vor allem der Arbeitermangel und der für die qualifizierte Weinbergarbeit gezahlte hohe Lohn, der die Besitzer größerer Grundstücke nötigt ihren Betrieb einzuschränken, indem sie ablaufende Pachtverträge nicht mehr erneuern oder einen Teil ihrer Grundstücke verpachten oder verkaufen. Andererseits wird eine Auflösung der Grundstücke in Zwergwirtschaften dadurch verhindert, daß in Jahren reichlicher Ernte die kleinen Leute danach streben ihren Besitz zu vergrößern, um so ihre überschüssige Arbeitskraft nutzbringend zu verwerten. Infolge der großen Nachfrage und des geringern Angebots werden die Grundstücke oftmals bedeutend über ihren Ertragswert hinaus bezahlt. Die hierin liegende Gefahr wird jedoch dadurch gemildert, daß es sich meist nur um kleine Grundstücke und um Zukauf handelt. Der Verkauf geschieht zudem direkt zwischen den Landwirten, und so verbleibt der Gewinn immerhin der Landwirtschaft.

Die Haupteinnahmequelle des Kaiserstuhls ist der Rebbau. Jahrzehntelang hing das wirtschaftliche Gedeihen seiner Bewohner ganz vom Ausfall der Weinernte ab. Darin lag wegen der Schwankungen der Erträge eine wirtschaftliche Gefahr. Noch in den achtziger Jahren waren die Wirkungen eines schlechten Herbstes ruinös. Das ist seitdem anders geworden. Zwar ist der Weinbau noch immer der wichtigste Betriebszweig. Fast ein Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist mit Reben bebaut, und 94 % aller Betriebe treiben Rebbau. Aber daneben sind andere Kulturarten erstarkt, deren gleichmäßigere Ertragsfähigkeit das Risiko des Weinbaus vermindert: eine höchst intensive Ackerwirtschaft, Obst- und Gemüsebau, Rindviehzucht, Milchversand und vor allem Schweinehaltung. Gerade die Schweinemast bietet in kleinen Wirtschaften eine Kompensation für den Herbstausfall derart, daß in Haushaltungen, in denen in guten Weinjahren zwei Schweine geschlachtet werden, in schlechten Weinjahren nur eins geschlachtet wird, während das andere zum Verkauf gelangt. Infolge der steigenden Einnahmen aus diesen Betriebszweigen und der bessern Ausbildung des Kreditwesens sind die Folgen eines Fehlherbstes nicht mehr so schlimm wie früher. Das zeigte sich besonders im Weinmißerntejahr 1910, als die Lese nur ein Fünfzigstel des Herbstausfalls von 1905 ergab und für die geernteten Trauben und gekelterten Weine nur ein Zwanzigstel des Gelderlöses von 1905 erzielt wurde. Trotzdem trat eine wirtschaftliche Depression mit ihrem Gefolge von Zwangsvollstreckungen und Konkursen nicht ein.

Die letzten Kapitel des Buches beschäftigen sich mit den Vermögens- und Verschuldungsverhältnissen und mit der Tätigkeit der ländlichen Kreditgenossenschaften des Kaiserstuhls. Das vorhandene nicht unbeträchtliche Kapitalvermögen verteilt sich auf sehr viele Landwirte:

»Wohl gibt es auch am Kaiserstuhl arme Leute; ihre Zahl ist aber verhältnismäßig klein. Dieselben finden am Kaiserstuhl gute Arbeitsgelegenheit und können aus ihren Ersparnissen einen kleinen Betrieb anfangs pachten, später käuflich erwerben. Trotz der Kleinheit mancher Betriebe dürfen wir am Kaiserstuhl nicht von einem ländlichen Proletariat sprechen, da die Preise der Liegenschaften sehr hohe sind.«

Besonders interessant sind die Feststellungen Hirtlers über die hypothekarische Verschuldung, da sie sich auf die vom badischen statistischen Landesamt veranstalteten, durch Genauigkeit hervorragenden Erhebungen aus dem Jahr

1903 stützen können. Vertreter der agrarmarxistischen Richtung in unserer Partei suchten noch vor kurzem in der *Neuen Zeit* und im *Vorwärts* zu beweisen, daß die süd- und westdeutschen Kleinbauern bis über die Ohren verschuldet seien, viel mehr als die benachbarten Großlandwirte und sogar die Großgrundbesitzer des Ostens. Zugute kam den Anhängern K. Kautskys dabei der Umstand, daß die preußische Verschuldungsstatistik aus dem Jahr 1902 nur die Verhältnisse solcher Landwirte erfaßt hat, die mindestens 60 Mark Grundsteuerreinertrag zahlen. Im Gegensatz dazu haben die badischen Erhebungen, die sich unmittelbar an die Neuanlage der Grundbücher anschlossen und fast gleichzeitig mit einer Neueinschätzung der Liegenschaftswerte zu Steuerzwecken erfolgten, den Stand der hypothekarisch gesicherten Schulden aller, auch der kleinsten Bauern festzustellen gesucht. Im Widerspruch mit den Behauptungen unserer Agrarmarxisten und in Übereinstimmung mit den Resultaten fast aller neueren Enquêtes ergibt sich nach den Berechnungen, die Hirtler auf Grund des ihm vom statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten amtlichen Materials vorgenommen hat, die Tatsache, daß die Hypothekerverschuldung der Kleinbauern auch in Baden gering ist. Sie beträgt innerhalb des Kaiserstuhlgebiets rund 14,7 Millionen Mark. Diesen Schulden steht nach der steuerlichen Einschätzung ein liegenschaftliches Vermögen im Wert von 72 Millionen Mark gegenüber, wovon 45 Millionen Mark auf landwirtschaftliche Fläche und 27 Millionen Mark auf Gebäude fallen. Die gesamte Grundverschuldung beträgt also nur 18 % des Liegenschaftswertes. Bei den Landwirten fallen im Durchschnitt nur 1318 Mark auf den einzelnen Schuldner. Der Hypothekarkredit wird zudem heute zum größern Teil (7,5 Millionen Mark) von Kreditinstituten und nur zum kleinern Teil (7,2 Millionen Mark) von Privatleuten gewährt. Der private Kredit ist *nota bene* fast durchweg der weniger gefährliche Besitzkredit (Kaufschillingsreste und Erbgleichungsgelder), während nur die Kreditinstitute in größerem Umfang auch Darlehen gewähren. Bekanntlich hat Genosse K. Kautsky in seiner *Agrarfrage* behauptet, daß der Bauer mehr und mehr in die Schuldknechtschaft des Großkapitals gerate und von ihm durch Konzentration des Eigentums in den Hypothekenbanken allmählich expropriert werde. Wie falsch das ist, zeigt auch die badische Erhebung. Die Kreditinstitute, die dem Bauer Geld leihen und ihn angeblich *enteignen*, sind danach keineswegs großkapitalistische Gebilde sondern ganz überwiegend die ländlichen Spar- und Darlehenskassen, denen gerade Bauern, Arbeiter, Dienstboten und andere kleine Leute ihre Ersparnisse anvertrauen. Sie haben in etwa 4700 Fällen eine Gesamtforderung von über 5½ Millionen Mark; daneben haben Fonds und Stiftungen in 1700 Fällen zusammen 1,8 Millionen Mark und Gemeinden in 270 Fällen 283 000 Mark auf liegenschaftliche Sicherheit ausgeliehen. Von der behaupteten Expropriation der Kleinbauern durch das Großkapital auf dem Umweg über die Hypothekerverschuldung kann also gar keine Rede sein.¹⁰⁾ Hirtlers lehrreiche Studie bestätigt also die revisionistische Auffassung der Agrarfrage im allgemeinen und der Verschuldungsfrage im besondern.

¹⁰⁾ Auch Genosse André (loc. cit., pag. 600) behauptet, daß »wirklicher Eigentümer« der Produktionsmittel des Eifelbauern der kapitalistische Gläubiger ist, ohne einen Beweis dafür, daß die Pfandbriefe der ländlichen Bodenkreditanstalten des Rheinlands im Besitz von Kapitalisten sind, auch nur zu versuchen. Schon Hertz (*Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus* / Wien 1899, pag. 21 ff.) hat gezeigt, daß ganz andere Kreise als die Kapitalisten, nämlich gerade die kleinen Leute des platten Landes, ihr Vermögen in Hypotheken, die auf bäuerlichen Grundstücken lasten, und in Pfandbriefen anlegen, und daß daher die Behauptung, das bäuerliche Eigentum konzentriere sich auf dem Umweg über die Grundverschuldung, eine agrarmarxistische Fabel ist.

III



IT nicht geringerm Recht als Baden kann auch die bayrische Pfalz als typisches Land des Klein- und Mittelbauernturns bezeichnet werden. Entfallen doch auf die Betriebsgrößenklassen bis zu 20 Hektar 89,2 % der Gesamtfläche des landwirtschaftlich genutzten Bodens und 99,2 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. Den landwirtschaftlichen Verhältnissen dieses landschaftlich so schönen, aber in seinem größern gebirgigen Teil, dem sogenannten *Westrich*, erst durch vielhundertjährige saure Arbeit in Fruchtgefülle umgeschaffenen Landes hat vor kurzem Dr. Adolf Müller eine recht instruktive Darstellung gewidmet.¹¹⁾ In eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 302 880 Hektar mußten sich 1907 114 781 landwirtschaftliche Hauptbetriebe teilen, so daß für jeden einzelnen eine Durchschnittsfläche von nur 2,63 Hektar verfügbar war. Natürlich ist bei solchem Vorherrschen des Kleinbesitzes der Familienbetrieb die Regel. Von den in der Berufsstatistik nachgewiesenen landwirtschaftlichen Arbeitern machen die Söhne, Töchter, Brüder, Schwestern und sonstigen Verwandten des Haushaltungsvorstands 81 % aus und nur 19 % entfallen auf das familienfremde Arbeitspersonal. Die agrikole Bevölkerung der Rheinpfalz bildet also eine homogene, durch Klassengegensätze nicht gespaltene Masse. Aber die weitgehende Zersplitterung des Bodenbesitzes hat auch die Gegensätze zwischen Konsumenten und Produzenten abgeschwächt und in noch höherm Grad als im Kaiserstuhlgebiet eine enge Interessengemeinschaft zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Bevölkerung zustande gebracht. Denn nicht weniger als 105 971 Personen, die in anderen Berufen ihre Hauptbeschäftigung finden, beziehen nebenberufliches Einkommen aus der Landwirtschaft. Prozentual ausgedrückt sind das von den in anderen als in der organischen Urproduktion Erwerbssuchenden 39,2 %. Auch von den Industriearbeitern, Bergleuten und Bauhandwerkern hat ein Viertel noch Einkommen aus der Landwirtschaft. So kommt es, daß die Pfalz 285 208 teils haupt-, teils nebenberuflich tätige Landwirte aufweist, das sind 65 % aller Erwerbssuchenden. Es sind daher in dem so stark industrialisierten Land beinahe drei Viertel aller Erwerbstätigen noch unmittelbar mit der Mutter aller Berufe verknüpft, indem sie ganz oder teilweise in der Bodenkultur ihren Lebensunterhalt finden.

Bei ihren ar- gesprochen klein- und mittelbäuerlichen Betriebs- und Besitzverhältnissen müßte die bayrische Pfalz, wenn die Anschauungen der Genossen K. Kautsky und Andréé richtig wären, das klägliche Bild einer rückständigen und leistungsunfähigen Agrikultur und einer verelendeten Bauernschaft darbieten. In Wirklichkeit aber zeigt schon die rege Maschinenbenutzung, zum Beispiel die Verwendung von 14 142 Dampfdreschmaschinen,¹²⁾ daß die pfälzischen Bauernwirtschaften einen erheblichen Grad der Intensivierung und Rationalisierung erreicht haben. Noch deutlicher sprechen die Produktions-

¹¹⁾ Siehe Müller *Die Grundlagen der pfälzischen Landwirtschaft und die Entwicklung ihrer Produktion im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart* / Leipzig 1912/.

¹²⁾ Auch im gleichfalls klein- und mittelbäuerlichen Kreis München-Gladbach ist nach Frensen (*Untersuchungen über die Entwicklung der Landwirtschaft im Kreise Gladbach in den letzten 50 Jahren* / München-Gladbach 1907/1, pag. 53 ff.) die Maschinenbenutzung nicht gering. »Die kleineren Landwirte helfen sich vielfach durch Zusammenschluß oder genossenschaftliche Anschaffung von seiten der Kasinos und Ortsgruppen des Bauernvereins. Auf solche Weise wurden Dampfdreschmaschinen, Düngertreumaschinen, Reinigungs- und Sortiermaschinen, Viehwagen, Wieseneggen, Instrumente für Geburtshilfe usw. beschafft . . . Vermittelt der überall in den landwirtschaftlichen Verbänden vorhandenen Getreidereinigungs- und Sortiermaschinen ist es auch dem kleinsten Landwirt möglich sein Getreide von Unkraut zu befreien und zur Aussaat das beste Korn zu verwenden.«

erträge, die sich in den letzten Dezennien beträchtlich gehoben haben und den Durchschnitt der ostelbischen Großgüterdistrikte weit überragen. Wie erheblich in der Pfalz die Durchschnittserträge der wichtigsten Feldfrüchte in Zentnern pro Hektar von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gewachsen sind, zeigt folgende Übersicht:

Zeitraum	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Tabak
1833 bis 1863	24,22	23,36	26,58	21,93	—	—
1871 bis 1880	26,25	28,07	31,93	29,25	204,91	31,00
1881 bis 1890	27,44	28,87	34,29	29,71	213,90	35,58
1891 bis 1900	31,90	36,31	41,37	32,73	226,40	37,82
1901 bis 1908	36,00	34,65	45,72	38,92	274,50	38,10

Die Steigerung des Körnerertrags der Hauptgetreidearten betrug hiernach in der Zeit von 1833 bis 1908 bei Roggen 48 %, bei Weizen 49 %, bei Gerste 72 % und bei Hafer 77 %, während die in großem Umfang angebaute Kartoffel in den letzten 40 Jahren eine Ertragssteigerung von 34 % und die wichtigste Handelspflanze der Rheinebene, der Tabak, eine solche von 22 % erreichte. Auch die Krone der pfälzischen Landwirtschaft, der Weinbau, wurde verbessert, und die Rebfläche erweiterte sich von 10 483 Hektar oder 1,78 % der Gesamtfläche in 1863 auf 15 506 Hektar oder 2,61 % in 1907. Allerdings leiden auch die rund 30 000 pfälzischen Winzer, von denen 81 % Weingärten in einer Größe von weniger als 1 Hektar besitzen, ebenso wie die badischen unter den Zufallserträgen des Weinstocks; hatte doch die pfälzische Weinproduktion beispielsweise im Jahr 1907 einen Gesamtwert von 28 Millionen Mark, im Jahr 1906 aber nur von 6,9 Millionen Mark. Der wichtigste betriebswirtschaftliche Fortschritt des Winzerstands besteht daher ebenso wie im Kaiserstuhlgebiet darin, daß er sich in den letzten Jahrzehnten von »des liebevollsten Fleißes zweifelhaft Gelingen« (wie Goethe im *Faust* das Risiko der Winzerei charakterisiert) besonders durch Ausdehnung der Tierhaltung immer mehr unabhängig gemacht hat. Diese hat sich im letzten Jahrhundert riesig vermehrt, wie folgende Aufstellung ergibt:

Zählungstermin	Es betrug in der Pfalz die Zahl der					
	Rinder	Pferde	Schweine	Schafe	Ziegen	Bienenvölker
Oktober 1810	143 741	24 524	71 765	60 807	4 624	—
Januar 1854	197 353	31 939	41 804	47 012	20 673	20 920
Januar 1883	218 975	33 891	74 339	37 619	40 734	19 968
Dezember 1892	247 139	35 395	104 801	26 456	50 504	23 643
Dezember 1907	253 873	39 849	189 465	19 731	67 468	26 769

Der Rinderstapel hat seit 1810 um 76 %, der Schweinebestand um 164 %, die Pferdehaltung um 62 %, die Zahl der Bienenvölker seit 1833, wo 11 366 erstmals gezählt wurden, um 135 % zugenommen, der Ziegenstapel hat sich sogar beinahe verfünffach und nur die Schafzucht ist zurückgegangen. Natürlich ist dabei auch die Mehrung des durchschnittlichen Lebendgewichts, die beispielsweise im Königreich Bayern bei den Rindern von 1883 bis 1900 39 Kilo betrug, nicht zu vergessen. Beachtenswert ist, daß die Rinderbestockung der Pfalz mit 76,9 Haupt auf 100 Hektar nur von Oldenburg mit 86,6, Württemberg mit 86,2 und Baden mit 78,9 also lediglich von bäuerlichen Staaten übertroffen wird, während die Großgrundbesitzländer Ostpreußen mit 43,6, West-

preußen mit 40,9, Mecklenburg-Schwerin mit 39,9, Brandenburg mit 38,1, Pommern mit 37,0 und Mecklenburg-Strelitz mit 33,6 Rindern auf ein Quadratkilometer weit zurückstehen. Außer durch vermehrte Tierhaltung suchen die Winzer und die übrigen Bauern der Pfalz auch durch verstärkten Obstbau ihre Wirtschaftsbetriebe auf eine breitere und stabilere Grundlage zu stellen. Die Zahl der Obstbäume vermehrte sich demgemäß von 1878 bis 1906 um 62,56 %, so daß im letztgenannten Jahr schon 499 Obstbäume auf 100 Hektar kamen. Nur Elsaß-Lothringen mit 516, Hessen mit 538, Baden mit 553 und Württemberg mit 558 Obstbäumen übertrafen die Pfalz, während die Obstbaumdichtigkeitsziffer Preußens durch seine entvölkerten Großgüterprovinzen auf 259 herabgedrückt wird. Es sei mir gestattet die Schilderung, die Müller von einem pfälzischen Obstbaudorf entwirft, hier abgekürzt wiederzugeben:

»Die großartigsten Obstkulturen sind im Dorf Weisenheim zu sehen. Werder bei Berlin mit seinen staunenerweckenden Anlagen muß hinter diesem Plantagendorf zurückstehen . . . 3 bis 4 Kulturarten dient hier der sandige Boden zu gleicher Zeit . . . Auf einem und dem selben Stück Ackerfeld pflanzt der Weisenheimer zu gleicher Zeit Stachel- und Johannisbeeren oder Wein, darunter Spargel oder Erdbeeren als Zwischenkulturen, und über beiden Aprikosen und Pfirsichbäume oder reichtragende Kirschbäume. Die Pflege dieser verschiedensten Kulturen ist sehr sorgfältig und individuell, und deshalb ist der Besitz und Betrieb der einzelnen Wirtschaft recht klein. Nach den Erhebungen von 1882 betrug die durchschnittliche Größe eines Besitztums nur 1,19 Hektar. Trotz dieses Zwergbesitzes leben die Bewohner in guten Verhältnissen. Daran ist ganz besonders der kaufmännische Sinn des Bauern schuld, der mit nicht geringem Erfolg als er dem leichten Boden reiche Erträge abnötigt seinem Produkt Absatzgebiete erschließt. Ohne Zwischenhändlerum bringt er seine Erzeugnisse an den Verbraucher. Mit bewundernswertem Geschick sortiert er seine Kirschen, Aprikosen, Zwetschen und Äpfel. In Hunderten von Postkollis zu 5 Kilo schickt er seine Kirschen dem Konsumenten direkt zu. Die glückliche Verbindung zwischen Bauer und Händler in einer Person sichert dem Weisenheimer seinen Erfolg.«

Wo eine so intensive Bodennutzung Platz gegriffen hat, haben natürlich die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, in denen die Arbeiten mit größerer Sorgfalt, mit mehr Liebe und mehr Individualität verrichtet werden, gegenüber den auf familienfremde Lohnarbeiter angewiesenen Großbetrieben, wie auch Müller konstatiert, eine bedeutende Überlegenheit. Aber auch in den gebirgigen Teilen der Pfalz, vor allem im Westrich, wo der Getreidebau und die Graswirtschaft in Verbindung mit der Viehaufzucht und Viehmast eine große Rolle spielen, hat die kleine Bauernwirtschaft nach Müller im Hinblick auf den Roh- und Reinertrag gleichfalls einen Vorsprung vor dem Großbetrieb:

»Schon oft habe ich mich verwundert gefragt, woher es kommen mag, daß zwei Nachbarn in dem selben Dorf, die ungefähr gleiche persönliche Tüchtigkeit, gleich gute Felder und Wiesen besitzen, die aber sehr verschiedene große Betriebe haben, so auffallende, mit ihren Betriebsgrößen in umgekehrtem Verhältnis stehende Erfolge erzielen. Der kleinere Besitzer, der seine Felder mit eigener und höchstens einer fremden ständigen Arbeitskraft bestellt, macht von Jahr zu Jahr sichtlich Fortschritte, der größere Besitzer, der 3 bis 7 ständige Arbeitskräfte braucht, ist froh, wenn er seine Jahresrechnung ohne Verlust abschließt. Bei ihm ist selten ein stetes Fortschreiten und Erweitern seines Betriebs zu beobachten. Auch ist nur in Ausnahmefällen ein Anhäufen von Geldkapitalien zu bemerken. Aus diesen Tatsachen erkennen wir, daß nur jene Bauernwirtschaft in der Pfalz sichtlich Fortschreiten zuläßt, die ihren Bedarf an Arbeitskräften in der Hauptsache in der eigenen Familie zu decken vermag.«

Mit diesen Darlegungen eines klarschauenden Beobachters ist die Erklärung der Veränderungen geliefert, die in der Betriebszählung zahlenmäßig erfaßt wurden.

Die Statistik zeigt, daß der Großgrundbesitz über 100 Hektar in der Pfalz von 1895 bis 1907 sowohl in der Zahl seiner Betriebe (und zwar von 37 auf 30) als auch in seinem Anteil an der Gesamtfläche zurückgegangen ist (und zwar von 2,67 % auf 1,5 %, also um 43,8 %).¹³⁾ Dagegen hat das Bauerntum der Größenklasse 5 bis 20 Hektar von 1882 bis 1907 790 Betriebe und 6010 Hektar gewonnen, so daß es jetzt 48,40 % der Gesamtfläche (gegen 45,71 % in 1882) im Besitz hat.

Unser Gemälde der produktiven Leistungen der pfälzischen Bauernschaft wäre aber unvollständig, wenn wir nicht noch zum Schluß ihrer größten Tat gedächten: der Kultivierung alles überhaupt kultivierbaren Bodens im Land. Angespornt durch die Antriebe, die vom freien Eigentum an ihrem Grund und Boden ausgingen, haben sie dem wüsten Fels der Hardt ein prangendes Frucht- und Weinland abgerungen, so daß dort, wo dereinst Dorn und Distel starteten, heute an edler Rebe in goldner Fülle die Traube glüht, deren köstlicher Saft weltweiten Ruhm genießt.

IV



WOLLTEN wir unsere agrarpolitische Rheinreise weiter fortsetzen und etwa noch der badischen Pfalz, Rheinhessen, der Wetterau einen Besuch abstatten, so würden wir bei aller Verschiedenheit im einzelnen im Grunde doch das gleiche Bild finden. Dieses Bild hat sogar solche Männer bezwungen, die ganz andere Ideale der Bodenbesitzreform im Herzen, kamen es zu sehen. So mußte der bedeutende französische Agrarpolitiker Georges Blondel, der Verehrer des durch Anerbenrecht gesicherten Großbauerntums, nachdem er die kleinbäuerlichen Wirtschaften des Rheinlands studiert hatte, bekennen: »Ich habe festgestellt, daß sie zu Resultaten gelangen, die in keiner Hinsicht denen der blühendsten Großwirtschaften weichen.«¹⁴⁾ Und nicht anders erging es einem Engländer, der als Führer der *Land Nationalisation Society* in seinem latifundiengesegneten Vaterland nicht ohne Erfolg für Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden kämpft. Als aber dieser Engländer, Herr Joseph Hyder, jüngst das dörfliche Leben am Rhein und am Main kennen gelernt hatte, wurde er über Nacht ein Lobredner des privaten Eigentums des Bauern an seinem Boden, und mit Begeisterung und nicht ohne Neid schildert er seinem bauernlosen Volk den heilsamen Einfluß des deutschen Bodenrechts.¹⁵⁾ Nicht viel anders als dieser

¹³⁾ Infolge der größern Rentabilität des Kleinbetriebs und des lebhaften Verlangens landwirtschaftlicher und industrieller Arbeiter nach Bodennutzung ist in Süd- und Westdeutschland die parzellenweise Verpachtung von Großgrundbesitz weit verbreitet. So berichtet Aengenheister (*Die Landwirtschaft des Kreises Geldern* / Köln 1901 /, pag. 25), daß die ursprünglichen 22 Rittergüter des Kreises Geldern mit einer Gesamtfläche von 14 049 Morgen mit alleiniger Ausnahme 346 Morgen in Pachtbewirtschaftung werden, von der natürlich die Holzungen ausgeschlossen sind.

¹⁴⁾ Siehe Blondel *Études sur les populations rurales de l'Allemagne et la crise agricole* / Paris 1897 /, pag. 18.

¹⁵⁾ Siehe Hyder *A Trip to Germany in Land and Labour*, 1910, pag. 131. Es sei mir gestattet hier einige Sätze wiederzugeben: »Da waren keine Lustschlösser inmitten vornehmer Parks, herrlich anzuschauen, aber verboten zu betreten. Allüberall sahen wir Beweise dafür, daß auch wenig vermögende Leute Land erwerben können. Kein Fleckchen Erde war vergeudet für den Sport der Reichen . . . Die Zahl der hochgewachsenen, starken, breitschulterigen Männer war zweifellos größer als in unserm Land, wo vier Fünftel aller Menschen Stadtbewohner sind. Die deutschen Bauern schienen mir alle Vorzüge aufzuweisen, die Männer haben, die ihre eigenen Herren sind, ihre Arbeit selbst regeln und daher die Fähigkeit zur Initiative bis zu einem Grad entwickeln müssen, der einem landlosen Mann unerreichbar ist, da dieser immer der Knecht eines andern ist. Nicht einer von ihnen würde mit einem durchschnittlichen englischen Farmarbeiter tauschen wollen. Sie arbeiten hart, aber sie haben das Auftreten freier Männer.«

Franzose und dieser Engländer denkt über Betrieb und Besitz des kleinen und mittleren Bauern heute wohl schon die Mehrheit besonders der süd- und westdeutschen Sozialdemokraten. Vor einigen Jahren erklärte Genosse Kolb im badischen Landtag offen: »Der kleine und mittlere bäuerliche Besitz ist existenzfähig und existenzberechtigt.« Und damit sprach er nur eine Überzeugung unzweideutig aus, nach der unsere süd- und westdeutschen Landtagsfraktionen schon lange handeln. Nur unsere Agrar*marxisten* sind noch immer unbelehrbar. Sie fühlen sich noch immer wie Genosse Andrée gedrungen die »Ideologie des freien Eigentums, das ja bisher doch nur eine Fiktion war,« zu zerstören. Sie halten sich wie Genosse Andrée noch immer für berufen »den bedrängten Kleinbauern die ganze Wahrheit zu sagen«, worunter sie den anscheinend . . . unausrottbaren groben Irrtum verstehen, daß ihnen ebensowenig zu helfen ist, wie die Mittelstandspolitik dem kleinen Handwerker genützt hat«. Sie feiern die Forderung der Abschaffung des Privateigentums des Kleinbauern an seinem Arbeitsmittel, dem Boden, wie es auch Andrée tut, als »Kardinalpunkt unserer ganzen Agrarpolitik« und glauben sogar hiermit und mit der vom Genossen K. Kautsky neuproklamierten Forderung der Umwandlung der bäuerlichen Eigentümer in Staatspächter dem Zentrum, den Agrarparteien und den Liberalen, was vielleicht von allem das Schnurrigste ist, bäuerliche Anhänger abzujagen. Natürlich haben sie mit all dem nur eine Wirkung: nämlich die, daß der Fonds an Vertrauen zu unserer Partei, den die im ganzen doch auch auf agrarpolitischem Gebiet positiv aufbauende Politik unserer süd-, west- und mitteldeutschen Landtagsfraktionen allmählich auch in der arbeitenden Landbevölkerung mühevoll angesammelt hat, leichtfertig vermindert oder gar zerstört wird. Das aber kann uns nicht gleichgültig sein, und deshalb ist es endlich an der Zeit der ebenso törichten wie der Partei schädlichen Doktrin durch Aufstellung eines sachgemäßen Agrarprogramms entgegenzuwirken.

XX

AUGUST KOLB · WAHLEHREN FÜR AGITATION UND ORGANISATION



US den neuen Reichstagswahlziffern sind neue Winke für die Agitation und Organisation der Partei zu entnehmen. Der Zuwachs der Partei verlangt immer intensivere Arbeit, Ausbildung neuer Agitationskräfte. Die Wahl von 1907 hat der Partei gezeigt, daß die übliche Agitation nicht mehr genügt, daß solche mehr zu spezialisieren ist, daß neue Formen gefunden werden müssen, und nebenher eine besondere Bildungsarbeit zu leisten ist. Bildungsausschüsse wurden ja vermehrt und ausgebaut, Jugendbünde geschaffen und anderes mehr. Es wäre aber nötig die Bildungsbestrebungen noch viel intensiver auszubreiten, womöglich sogar zur Gründung von privaten Schulen zu schreiten, wenn der Staat die aufstrebende Intelligenz der Proletarier nicht berücksichtigt. Das ist da möglich, wo die Partei so starke Organisationen besitzt, daß neben der Frequenz- auch die Rentabilitätsfrage gelöst werden kann.

Vor allem dürfte die Methode der sozialen Differenzierung der Wählerschaft, worin Berlin schon früher und neuerdings Magdeburg so mustergültige Beispiele geliefert haben, eine möglichst starke Verbreitung finden. Alle städtischen Wahlkreise können sich damit befassen, und es wäre wünschenswert,

wenn von seiten der Partei einige Instruktooren gestellt würden, die für diese erfolgreiche Arbeit die ersten Anleitungen geben und immer mehr Kreise aussuchen, in denen diese Arbeit einen Erfolg verspricht. Dabei genügt es nicht einfach anzunehmen, daß sich die Kreise erst ökonomisch entwickeln müssen, und daß man bei jeder Wahl einfach die jeweils stärkere oder schwächere Vermehrungsmöglichkeit an Wählern der einzelnen Wahlkreise feststellt. Gewiß, die ökonomische Struktur ist von Bedeutung, aber die Wahl von 1912 hat Zeugnis von besonderer Tüchtigkeit und Initiative einzelner Agitatoren. erbracht. Hier kann noch mehr geleistet werden. Als Beleg seien einige Zahlen angeführt. So die Zunahme der Wähler in den einzelnen Wahlkreisen, die man möglichst bald vor der Wahl ermitteln muß, wozu die relative Zunahmeziffer den Maßstab liefert. Die Wahl 1912 ergibt folgende Übersicht:

Anzahl der Kreise	Zunahme der Wähler in %	Anzahl der Kreise	Zunahme der Wähler in %
4	über 30	92	5 bis 8
4	20 bis 30	42	4 bis 5
16	15 bis 20	45	3 bis 4
37	10 bis 15	38	2 bis 3
44	8 bis 10		
105	über dem Reichsdurchschnitt	217	unter dem Reichsdurchschnitt

Es bleiben als Rest 48 Kreise mit 0,1 bis 2 %, die stagnieren, und 27 Kreise, deren Wählerzahl gegen 1907 abgenommen hat. Nun sind die sozialistischen Mandate zur einen Hälfte aus den Kreisen, die über dem Durchschnitt stehen, zur andern aus den Kreisen unter dem Durchschnitt geholt. Ein Beweis, daß nicht allein der starke Zuwachs an Neuwählern einen Erfolg bringt, sondern daß es durch intensivere Agitation auch gelungen ist in einer Anzahl Kreise alte Wähler aus anderen Parteien zur sozialistischen Fahne zu bringen. Dazu tragen die erwähnten neuen Agitationsmethoden bei.

Ich nenne einige spezielle Beispiele. Besonders starke Zunahmen an sozialdemokratischen Stimmen, über 10 %, (es kommen hier nur die Kreise in Betracht, in denen die Sozialdemokratie schon hohe Stimmenniffern besitzt) zeigen die Kreise Nordhausen, Eschwege, Sondershausen, Einbeck, Meiningen, Bensheim, Böblingen, Kaiserslautern, Mansfelder Kreis usw.: fast alle Kreise, die früher nicht in sozialdemokratischem Besitz waren. Dagegen stehen alle diese Kreise unter der Durchschnittszunahme der Wählerschaft, Nordhausen und Sondershausen zeigen Abnahme der Wähler, bei den anderen Kreisen ist die Prozentziffer sehr gering, nur Eschwege und Meiningen kommen auf 5 % Zunahme, also bei geringer Wählerzunahme doch starke sozialdemokratische Stimmzunahme. Dieser Erfolg erklärt sich durch die intensivere Agitationsarbeit der betreffenden Kandidaten. Soll diese nun allgemeiner geleistet werden, so muß auch die Organisation reformiert werden.

In der Partei bestehen zurzeit 45 Agitationsbezirke, die sehr verschieden große Bevölkerungsdichten aufweisen, so daß einzelne Landesvertrauensmänner an Arbeit stark überbürdet sind, und daher eine Neuabgrenzung nötig wird. Dadurch soll die Arbeit gleichmäßiger verteilt, übersichtlicher gestaltet und so zur Intensivierung geeigneter werden. So große Unterschiede, wie zum Beispiel bei den beiden industriellen Agitationsbezirken Niederrhein mit 3 696 000,

Saargebiet mit 700 000 Einwohnern müssen beseitigt werden. Hier ist Dezentralisation am Platz. Ich schlage statt der 45 Bezirke deren 55 vor, die besser ausgeglichen, auch zweckmäßiger gehalten sein müssen. Wobei natürlich auch auf die geographische Lage Rücksicht genommen ist. Die neue Einteilung könnte folgende Agitationsbezirke aufweisen:

Num- mer des Bezirks	Sitz	Anzahl seiner			Num- mer des Bezirks	Sitz	Anzahl seiner		
		Wahl- kreise	Einwohner	Partei- blätter			Wahl- kreise	Einwohner	Partei- blätter
1	Brandenburg	9	2 700 000	1	29	Straßburg	10	1 080 000	2
2	Berlin	6	2 070 000	1		(Elsaß)			
3	Elberfeld	5	2 021 000	5	30	Würzburg	9	1 073 000	1
4	München	12	1 981 900	1	31	Kiel	6	1 022 000	2
5	Köln	11	1 828 000	1	32	Leipzig	4	1 021 000	2
6	Kattowitz	7	1 753 000	1	33	Landsberg	8	1 019 000	1
7	Nürnberg	12	1 734 000	4		(Warthe)			
8	Breslau	12	1 723 000	1	34	Darmstadt	6	971 600	3
9	Frankfurt (Main)	9	1 709 000	1	35	Koblenz	8	942 000	—
10	Dortmund	7	1 680 000	3	36	Ludwigshafen	6	935 000	1
11	Hamburg	6	1 665 700	2	37	Bielefeld	7	933 000	1
12	Posen	11	1 587 000	1	38	Görlitz	8	895 000	1
13	Bochum	4	1 540 000	1	39	Freiburg	7	890 000	1
14	Stuttgart	10	1 509 000	4	40	Osnabrück	6	877 000	—
15	Königsberg	12	1 475 000	1	41	Kottbus	7	877 000	1
16	Düsseldorf	7	1 426 000	2	42	Waldenburg	8	870 000	2
17	Hannover	8	1 402 000	2	43	Zwickau	4	862 000	1
18	Metz	8	1 394 000	—	44	Ulm	8	857 000	1
19	Stettin	11	1 341 000	1	45	Braunschweig	6	854 800	1
20	Danzig	11	1 336 800	1	46	Rostock	7	746 226	1
21	Elbing	10	1 330 000	—	47	Gotha	5	689 300	3
22	Halle	8	1 303 000	2	48	Kassel	6	615 000	1
23	Magdeburg	8	1 263 000	1	49	Zittau	4	609 000	2
24	Karlsruhe	7	1 251 000	3	50	Erfurt	4	522 000	3
25	Dresden	5	1 176 000	4	51	Saalfeld	4	454 200	2
26	Chemnitz	6	1 157 000	1	52	Gera	3	441 600	3
27	Augsburg	9	1 151 000	1	53	Gießen	4	413 600	1
28	Bremen	6	1 083 600	3	54	Dessau	2	331 047	1
					55	Lübeck	3	257 000	1

Ich betone zunächst, daß ich nicht schablonisieren will. Die Zunahme der Partei bedingt eine Änderung; die starken Stimmenzahlen beweisen, daß immer weitere Kreise der Partei zugeführt werden können. Die Kopffzahl der Agitationsbezirke ist ausschlaggebender für die Arbeitsteilung als die mechanische Einteilung nach Landes- oder Provinzgrenzen; auch wird durch die Neubegrenzung mancher wirtschaftliche Wirkungskreis zusammengefaßt. Ebenso ist auch die Frage der Presse damit verknüpft, die doch unbestreitbar die beste Waffe bleibt. Aber wenn man die Parteipresse gegen die bürgerliche mißt, sieht man, daß die erstere noch ein kleiner Prozentsatz ist. Als Beispiel diene das Königreich Sachsen. Nach Aufzeichnungen der Firma Haasenstein & Vogler zählt Sachsen 273 Zeitungen, wovon 10 sozialdemokratisch sind, also kaum 4 %, während unsere Stimmenzahl 44,5 % aller Wähler ausmacht. Wie aus der Tabelle ersichtlich, sind ganze Agitationsbezirke noch ohne Parteiblatt. Auch hier soll die Neuabgrenzung bessere Ausbreitungsmöglichkeiten schaffen. So würde zum Beispiel das industrielle Gebiet von Lothringen und der Saar durch den Hauptsitz Metz einen bessern Stützpunkt haben als in Saarbrücken. Eine Tageszeitung wäre in Metz auch sofort möglich. Und ähnlich steht es

noch in anderen Gegenden. Die Parteipresse muß zahlreicher werden. Dazu kommt das lokale Kolorit, was auch beachtet werden muß. Der Agitationsbezirk Erfurt besitzt schon 3 Tageszeitungen, und was da möglich ist, muß bei ähnlichen Verhältnissen auch in anderen Orten zu erreichen sein. Meines Erachtens sind folgende Tagesblätter möglich: Metz-Saarbrücken, Kattowitz-Beuthen, Goslar-Einbeck-Göttingen, Koblenz-Wiesbaden, Posen-Bromberg; sodann Wochenblätter: Elbing, Osnabrück, Aachen-Gladbach, Kaiserslautern-Trier, Plauen-Annaberg usw.

Bleibt noch die Deckungsfrage. Die Kassenverhältnisse der Partei haben sich so günstig entwickelt, daß sie jetzt jährlich fast eine Million an Einnahmen und aus Beiträgen einbringen. Dadurch wird für solche Vorschläge, die ja zugleich wieder neue Einnahmequellen einschließen, wohl ein Anlagekapital erübrigt. Vielleicht äußern sich die Genossen im Land dazu. Es wäre zu wünschen, daß dann konkrete Anträge für den Parteitag in Chemnitz herauskommen. Jedenfalls ist es besser mit praktischen Vorschlägen für die Zukunft aufzuwarten als die Zeit mit unfruchtbaren Diskussionen über Vergangenes zu verträdeln. Denn, wie neulich ein Genosse mit Recht meinte, »die Erfolge unserer Partei bei der Reichstagswahl haben die Gegner so wenig entmutigt wie uns eine Niederlage mutlos macht. Wir sehen die bürgerlichen Parteien überall rüstig an der Arbeit.«¹⁾

XX
**OTTO SCHEMBOR · SELBSTKULTUR UND GE-
 MEINSCHAFTSLEBEN**



S gibt im pulsierenden Leben der Gegenwart moderne Kultureinsiedler, die in selbstzufriedener Zurückgezogenheit alle Dinge außerhalb ihrer vier Wände ignorieren und das Leben draußen nur gelegentlich durch die blankgeputzten Scheiben ihres Tuskulums beobachten. Höchstens werden sie einmal aus ihrer idyllischen Ruhe aufgeschreckt, wenn der Kampf mit den Mächten der öffentlichen Meinung besonders heftig tobt, also in den Zeiten politischer Hochkonjunkturen; in solchen Zeiten stecken sie wohl ein wenig ihre Fühler heraus, um sich aber gleich danach wieder in ihr Schneckenhaus zu verkriechen. Wir finden, besonders in den Kreisen der sogenannten *Intelligenz*, Leute, die da meinen, der edlere Mensch habe im Grunde mit dem öffentlichen Leben nichts zu schaffen, geistige Freiheit und persönliche Vornehmheit gediehen am besten in der Abgeschlossenheit des privaten Daseins. Denn das Gemeinschaftsleben sei ja doch stets nur von einer Atmosphäre brutalen Streits erfüllt. Dort erblühe der Haß gegen alle Eigenart und die Sterilen führten einen ewigen Krieg gegen die Fruchtbaren, in dem diese fast stets unterliegen müssen, weil sie ja immer in der Minderheit sind. Kurz, diese Pessimisten glauben, die Berührung mit der Öffentlichkeit könne die Individualität nur verschandeln, es sei deshalb ganz berechtigt, wenn besonders die stark ausgeprägte Persönlichkeit sich mit tiefem Ekel von dem öffentlichen Leben abwende. Trotzallem können sie als Kulturmenschen nicht leugnen, daß sie aller vorgegaukelten Weltabgeschiedenheit zum Trotz an dem Lauf der Dinge in der Öffentlichkeit ein sehr lebendiges Interesse haben, da diese Dinge eben doch gar zu tief auch in das Dasein des Einzelmenschen einschneiden. Umgekehrt existiert auch das Gegenstück zu jenen Leuten, solche, die das Ideal in

¹⁾ Siehe Knauf *Aus der Praxis der Agitation in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 2. Band, pag. 676.

einem absoluten Herdenleben sehen, die die Widerwärtigkeiten gar nicht empfinden, an denen das Wirken in der Öffentlichkeit sicher krankt, die sich von deren Wogen treiben lassen, ohne je zur rechten Selbstbesinnung zu gelangen. Schließlich gibt es noch eine dritte Art: solche, die eigentlich gegen ihren Willen ganz in den Strudel des öffentlichen Lebens hineingerissen wurden, und denen es zum Schaden ihrer eigenen Persönlichkeit dann nie wieder recht gelingen will einen Ruhepunkt zu finden und neue Kräfte zu sammeln.

Jene ersten nun, die Verächter des öffentlichen Lebens, vergessen, daß für den einzelnen nicht nur ein Recht besteht die kulturellen Früchte des vergangenen und gegenwärtigen Menschheitsschaffens zu genießen, sondern umgekehrt auch eine Pflicht dem allgemeinen Kulturleben seiner Zeit, wie es sich eben hauptsächlich in den verschiedenen Formen des öffentlichen Lebens abspielt, nach Kräften zu dienen. Das kann aber niemals geschehen, solange man sich einbildet, die allgemeine außerpersönliche Welt liege irgendwo fern da draußen und existiere gar nicht für das Ich, weil — nun, weil da draußen Wind, Staub, Hitze und Kälte das zarte Selbst in seinem Wohlbefinden stören könnten. Nur in der Einsamkeit sollen die Kräfte des Geistes blühen? Und sollen denn diese angesammelten Kräfte brach liegen und vergehen wie die eines ungenutzten Magneten? »Kämpfen und Ringen stählt dir die Kraft«, sagt ein Dichterwort, und will man im Strom des Lebens schwimmen lernen, so muß man sich schon ins Wasser stürzen, auch wenn es einem dabei unbehaglich ankommt. Sicher gehört es zum Charakteristikum des intelligenten Menschen auch persönliche Interessen zu besitzen. Aber sein Leben in der Pflege solcher Interessen erschöpfen ohne Rücksicht auf die allgemeine menschliche Kulturarbeit, die jeder zu leisten hat, das heißt sein Dasein verändeln. Deshalb begeht jeder einzelne ein Verbrechen an der Kultur, der imstande wäre etwas für sie zu leisten, sich aber von der öffentlichen Wirksamkeit zurückzieht, sei es aus Widerwillen sei es gar aus Furcht vor jenen Unfruchtbaren, die ihm im Weg stehen könnten. Niemals dürfen die Fruchtbaren vor diesen Unfruchtbaren zurückweichen, sie müssen sich unbedingt gerade ihnen gegenüber durchzusetzen und dadurch das Ganze mit der Zeit auf eine höhere Stufe zu heben suchen. Möge nur jeder, der das reale Leben fliehen möchte, an jene Goetheschen Worte denken:

»Die Welt ist nicht aus Brei und Mus geschaffen,

Deswegen haltet euch nicht wie Schlaraffen.

Harte Bissen gibt es zu kauen;

Wir müssen erwürgen oder verdauen.«

Freilich, das Wirken im öffentlichen Leben darf niemals der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit hemmend im Weg stehen. Ja, diese Entwicklung ist gerade im Interesse des allgemeinen Ganzen dringend zu wünschen. Deshalb darf die Individualität im Schaffen für die Öffentlichkeit nicht völlig aufgehen; es genügt auch nicht, daß sie dem Gemeinschaftsleben etwas von ihrer Art und Willensrichtung beimischt, auf ein eigenes Dasein aber vollständig verzichtet; nein, die Persönlichkeit muß der Baum sein, dessen Früchte wohl für das Ganze reifen, in dem jedoch stets das eigene Leben blüht, der die Säfte und Kräfte der Kultur in sich sammelt, um damit eine qualitativ und quantitativ immer reichere Ernte für das Ganze zu bieten. Von der Forderung des völligen Aufgehens der Individualität im Wohl des Ganzen ist die individualistische und auch die modern sozialistische Ethik weit entfernt. Gerade die vollkommene und zweckmäßige Herausbildung der individuellen Art und damit

ihrer besonderen Fähigkeiten scheint zum Wohl der Kulturgemeinschaft dringend erforderlich. Die individuelle Selbstkultur muß die Basis der künftigen Menschheitskultur bilden. Jeder, der im gesellschaftlichen Leben wirkt, wird diesem sicher mancherlei für seine eigene Bereicherung zu danken haben, manche wertvolle Erfahrung, Wissen und Können. Mehr jedoch als die Gesellschaft dem Individuum hat dieses der Gesellschaft zu geben. Aber nur dann werden die Persönlichkeiten, die im Leben des Ganzen wirken, ihre Leistungsfähigkeit für die Gesellschaft voll entfalten können, wenn sie intensivste Selbstkultur treiben, das heißt nicht nur ihr Wissen und ihren Intellekt planmäßig erweitern sondern überhaupt die individuellen Qualitäten in sich zur höchstmöglichen Entfaltung bringen.

Wir kommen nun zu der Frage, wie weit die Mitwirkung an den verschiedenen Formen des Gemeinschaftslebens die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit an sich fördern oder hemmen kann. Dabei verstehe ich unter öffentlichem- oder Gemeinschaftsleben zum Beispiel auch die modern sozialistische Bewegung. Hier gerade haben meine Neigung auf der einen Seite im Sinn meiner Weltanschauung öffentlich zu wirken und auf der andern meine Persönlichkeit zu vervollkommen, mein Wissen zu bereichern und zu vertiefen, schon oft genug im Widerstreit mit einander gestanden, und ich weiß wohl, daß es auch anderen in ähnlicher Lage so geht; deshalb ist es vielleicht zweckmäßig diese Frage einmal eingehender zu erörtern. Dabei möchte ich mich, wie gesagt, gerade mit dem Gebiet des öffentlichen Lebens befassen, das mir persönlich am nächsten liegt: mit dem Wirken in der sozialistischen Bewegung und der Partei. Denn gerade in unserer Bewegung wird in dieser Beziehung zuweilen ganz unverantwortlich gesündigt, jede Rücksicht auf die persönliche Entwicklungsmöglichkeit wird außer acht gelassen und natürlich nicht zum Nutzen der Bewegung selbst. Ich habe Genossen mit einem vielversprechenden Blütenansatz von Fähigkeiten gekannt, die sich nie so recht entwickeln konnten, und die daher nicht so fruchtbar in der Bewegung haben wirken können wie dies bei maßvoller Nutzung der Kräfte möglich gewesen wäre, Menschen, deren Fähigkeiten man nicht weise nutzte, sondern an denen man Raubbau trieb, die man aufgebraucht hat. Diese Erscheinung, die in unserer Bewegung sehr häufig ist, ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Zunächst auf die in der Partei noch mangelnde Arbeitsteilung, sowohl im allgemeinen wie auf den einzelnen Gebieten, dann aber auch auf den Mangel an Verständnis bei den Parteigenossen für die Notwendigkeit der persönlichen Entwicklung, und zwar oft gerade bei solchen Genossen, die eine ausschlaggebende Rolle in den Organisationen spielen.

Die sozialistische Bewegung hat sich innerhalb weniger Jahre sowohl an Umfang wie an Tiefe derartig entfaltet wie wohl nie eine andere geschichtlich bekannte Volksbewegung. Nicht nur wachsen die Zahlen der Organisationen ins Gigantische, auch die Gebiete, in denen sich der Einfluß des Sozialismus geltend macht, werden stetig umfangreicher. Damit stieg auch der Bedarf an systematisch geschulten Arbeitskräften, und dieser Bedarf führte wiederum zur Gründung von Schulen, die aber freilich bei dem gegenwärtigen Umfang ihrer Lehrpläne nur *quasi* Vorbereitungsanstalten für ein weiteres systematisches Selbststudium darstellen können. Der Zweck dieser Schulen wird deshalb sofort völlig illusorisch, sobald man hinterher die selbständige wissenschaftliche Weiterarbeit der Schüler hemmt oder ihre persönliche Entwicklung

dadurch vereitelt, daß man sie mit Tagesarbeit überlastet. Doch dies nur nebenbei. Jedenfalls erfordern die einzelnen Arbeitsgebiete in unserer Bewegung immer mehr einen Stab tüchtiger Genossen, und da greift man natürlich immer gern wieder auf die zurück, die sich in irgendeiner Hinsicht bereits als brauchbar erwiesen haben, statt erst neue, vorläufig noch unerprobte Kräfte heranzuziehen und auszubilden. Für den aber, der auf einem bestimmten Gebiet Tüchtiges leisten soll, ist es nicht allein notwendig sich zunächst in dieses Gebiet einzuarbeiten sondern auch sich fortdauernd weiter damit zu beschäftigen und immer tiefer in die Materie einzudringen. Dazu jedoch gehört Zeit und nochmals Zeit. Man denke zum Beispiel nur an das viel umfassende Gebiet der Kommunalpolitik. Will hier der Sozialist in all den zahlreichen Problemen beschlagen sein, um dem Gegner stets schlagfertig gegenüberstehen zu können, so muß er nicht nur mit der größten Aufmerksamkeit alle Ereignisse in den städtischen und ländlichen Gemeinden verfolgen sondern auch die einschlägige Literatur sehr fleißig studieren. Es ist genügend bekannt, wie oft gerade dieses Studium unterbleibt, und zwar einfach, weil die Genossen keine Zeit dafür finden. Ein Parteigenosse, der auf kommunalem Gebiet tätig sein soll, müßte eben, wo das nur irgend möglich ist, von allen sonstigen Pflichten befreit bleiben. Im Gegensatz dazu sehen wir immer von neuem, wie man unseren Gemeinderatsvertretern und Stadtverordneten allerhand Ämter und Ämtchen aufhalst und ihnen dadurch jede gründliche Tätigkeit auf ihrem Arbeitsfeld unmöglich macht. Freilich gibt es auch Leute, die von dem merkwürdigen Ehrgeiz beseelt sind in der Bewegung den Hans Dampf in allen Gassen zu machen. So kannte ich einen an sich ganz intelligenten Genossen, der Gemeinderatsmitglied war, außerdem aber noch Vorsitzender des politischen Ortsvereins wie des Gewerkschaftskartells, Gewerbegerichtsbeisitzer und sonst noch verschiedenes. Dabei ließ er es sich auch nicht nehmen bei jedem Gewerkschaftsfest wie bei jeder andern Parteiveranstaltung die erste Geige zu spielen und jedes Wurstschnappen, Topfschlagen und Sackhopsen in eigener Person zu kommandieren. Daß bei einem so vielseitigen Betätigungsdrang schließlich überall ein Minus herauskommen mußte, ist selbstverständlich. Immer wird es sich zwar nicht umgehen lassen, daß einem Genossen mehrere bedeutendere Posten anvertraut werden; indes, wo dies irgend möglich ist, sollte man es im Interesse der Selbstentwicklung des einzelnen Mitarbeiters an unserer großen Sache zu vermeiden suchen.

Jedenfalls zeugt es dafür, wie wenig man die Notwendigkeit steter persönlicher Weiterentwicklung in der Partei begreift, daß Genossen, die in der Bewegung bedeutendere Posten bekleiden (besonders freilich dann, wenn sie eine Anstellung haben, also gewissermaßen berufsmäßig öffentlich wirken), durchaus nicht in genügendem Maß von sozusagen unqualifizierter Arbeit befreit bleiben. Es wird ihnen dadurch unmöglich gemacht sich auf ihrem besondern Gebiet weiter fortzubilden und so in großem Stil wirken zu können. Und zwar gibt es merkwürdigerweise bei uns so manchen Genossen, der sonst soziale Einsicht genug besitzt, um die Arbeitsteilung als den bedeutendsten Faktor im Wirtschaftsleben zu erkennen, für den diese Erkenntnis auf dem Schaffensgebiet der sozialistischen Bewegung jedoch keinerlei Geltung zu haben scheint. So fordert man von vielen Gewerkschaftsbeamten aus unangebrachter Sparsamkeit, daß sie die massenhafte mechanische Kleinarbeit miterledigen, ohne zu überlegen, daß solche Genossen schon ihrer Entlohnung entsprechend nur qualifi-

zierte Arbeit leisten müßten, zu der ihnen indessen bei dem üblichen Modus die Zeit völlig fehlt. An die Tatsache, daß zum Beispiel eine fachlich-technische Ausbildung respektive Selbstschulung dieser Leute, die ja meist nur einfache Arbeiter in ihrem Beruf waren, der Gewerkschaft sehr zustatten käme, denkt selten jemand. Eine Tätigkeit als Redner oder Lehrer wird einem solchen Beamten nur dann möglich sein, wenn ihm die genügende Muße zum Studium und zur gewissenhaften Bearbeitung seines Stoffs bleibt. Gewiß kann man ein Referat auch schon aus irgendeiner Broschüre zusammenschustern, wenn man solche Aufgaben mit der nötigen Leichtfertigkeit aufsaßt. Findet man aber nur dann Befriedigung in rednerischem Wirken, wenn man seinen Stoff nach allen Richtungen hin gründlich durchstudiert und sich ein eigenes festes Urteil darüber gebildet hat, fordert man von sich selber, daß man in einem Referat ein solches Urteil auch voll begründen kann, dann braucht man zur Vorbereitung für einen Vortrag nicht nur Stunden sondern etliche Tage oder Abende, ja unter Umständen die freie Zeit mehrerer Wochen, da unsere Genossen für derartige Arbeiten eben meist nicht, wie etwa ein Pastor für seine Sonntagspredigt, ihre volle Zeit zur Verfügung haben. Und man sollte einen Vortrag über ein wissenschaftliches Thema überhaupt nur halten, wenn man überzeugt ist die Materie meistern und mit eigenen Gedanken durchtränken zu können.

Noch durch etwas anderes wird in unserer Bewegung die volle Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten zurückgehalten. Nämlich durch die Hyperdemokratie, die in vielen Dingen herrscht und wohl aus der irrigen Auffassung hervorgeht, Demokratie sei, um mit Plato zu reden, ein System, in dem alle sich in alles mischen müssen. Das ist sie aber durchaus nicht sondern vielmehr ein Vertrauensmännersystem. Wohl sollen die Grundsätze und Richtlinien wie die hauptsächlichsten Einzelfälle auf einem Arbeitsgebiet von allen Beteiligten gemeinsam bestimmt werden, in der Ausführung jedoch darf nicht kleinliche Eifersüchtelei in alles hineinreden wollen. Hier muß eben die Arbeitsteilung Platz greifen, und die Initiative, diese kostbare Kraft, muß sich geltend machen können. Die Ausführenden dürfen in ihrer Bewegungsfreiheit nicht an allen Ecken und Enden beschränkt sein. Statt dessen werden bei uns oft um lächerlicher Kleinigkeiten willen langatmige Beratungen gepflogen, so daß so mancher befähigte Parteigenosse durch unaufhörliche Sitzungen und Versammlungen in Anspruch genommen wird, bis sich seine Kraft unter der Last des Kleinkrams verzettelt und aufbraucht. Wo aber bleibt unter solchen Umständen noch Zeit und Lust zu eigener Weiterbildung? Und dabei sollte der einzelne nicht nur Muße haben sein Wissen auf dem Spezialgebiet fortwährend zu bereichern, auf dem er gerade arbeitet und sich also eigene Urteile bilden muß: nein, jeder Sozialdemokrat soll und muß sich auch ein gewisses Maß allgemeiner Bildung aneignen; wie denn überhaupt jeder Gebildete über die täglich neuen Erscheinungen und Fortschritte des modernen Kulturlebens orientiert sein sollte. Wie aber könnte ein Autodidakt bei aller Lust und Liebe zur Arbeit so hohen Anforderungen genügen, wenn ihm die Zeit und damit jede Möglichkeit zur Weiterbildung so entzogen wird? Auch der stärkste Wille zur persönlichen Fortentwicklung kann die Grenzen der Arbeitsintensität nicht bis ins Unmögliche verschieben, und wer die Segel des Geistes zu straff spannt, kommt in Gefahr auf Sand zu laufen.

Schließlich darf man auch die Forderungen der Körperpflege, der Gesundheit und Erholung nicht vergessen. Auch sie gehören, und nicht zuletzt, zur Per-

sönlichkeitskultur, wie sie die Vorbedingung aller rationellen Tätigkeit für die Gemeinschafts- wie für die individuellen geistigen Ziele bilden. Wir machen der bürgerlichen Gesellschaft oder ihrer Wirtschaftsordnung den berechtigten Vorwurf, sie züchte ein Berufsmenschentum. Hier frißt der Erwerbssinn die Persönlichkeit auf. Der Gewerbetreibende, der Landwirt, der Kaufmann, alle jagen vom frühen Morgen bis zum späten Abend mit allen Fasern ihres Wesens dem bürgerlichen Lebensideal, dem Einkommen nach. Und in dem Konkurrenzkampf erheischt dies auch wirklich oft genug das wirtschaftliche Selbsterhaltungsinteresse. Der Sozialismus will die Menschheit dieser sinnlosen Lebensführung entreißen und ihr reichere Daseinsziele stellen. Da sollte die Sozialdemokratie also wohl dafür sorgen, daß die Einzelpersönlichkeiten nicht von der Tätigkeit für die Partei, die Gewerkschaft, die Genossenschaft, die Gemeinde oder sonst für irgend etwas mit Haut und Haar verschlungen werden. Das aber ist jetzt leider oft genug der Fall.

Die *ganze Kraft* sollen wir in unserm Wirkungskreis einsetzen? Mit Verlaub: Gewiß müssen wir stets Energie und Schaffensfreudigkeit entwickeln, indes ein Stück der persönlichen Kraft soll uns auch noch für die Eigenzwecke des Individuums verbleiben. Wenn der Sozialismus allen Menschen die Teilnahme an der Kultur ermöglichen will, so müssen diejenigen, die für dieses hehre Ziel arbeiten, auch selber an der Kultur der Gegenwart partizipieren können. Wie mancher tüchtige Mitstreiter fühlt sich in dieser Hinsicht benachteiligt. Wie oft schon hörte ich die wehmütige Klage: Ich komme zu nichts mehr vor lauter Sitzungen und nochmals Sitzungen, kaum recht zum Zeitunglesen. Zum Zeitunglesen: Die Tageszeitungen sind leider für viele Genossen die einzige geistige Nahrung, während doch fraglos systematische Bücherlektüre für die geistige Durchbildung von weitaus höherer Bedeutung ist. Hier aber hapert es sehr. Das Quantum von Zeitungen (außer der Tageszeitung die Fachblätter, die Frauenzeitung, die Jugendzeitung, die Vereinsblätter usw.), das heute im Lauf einer Woche in manchen Familien verdaut wird, ist oft recht erheblich. Interesse für diesen Lesestoff ist ja vorhanden, und die wenigen Stunden der Muße, die die meisten zur Verfügung haben, genügen kaum, um sich durch den Berg hindurchzufressen. Nun möchte ich nicht mißverstanden werden: Gewiß ist die Tageszeitung das tägliche Brot unserer geistigen Ernährung, und ich unterschätze ihren Wert durchaus nicht. Dennoch müssen wir uns eingestehen, daß Zeitunglesen im Übermaß jede Konzentration des Geistes hindert. Die Gedanken müssen hier natürlich, nach oft sehr flüchtigem Verweilen, schnell von einem Thema zum andern überspringen, und da die Zeitung nicht wie das Buch Gedanken an Gedanken zu einer Kette reiht, haftet ihr Inhalt weit weniger fest im Geist als der des Buches. Nietzsche prägte das Wort von der »zeitunglesenden Halbwelt der Geister«. Man kann ruhig zugeben, daß etwas Wahres an diesem Wort ist.

Raum, Luft und Licht braucht die Pflanze Individualität zur Entfaltung. Deshalb dürfen wir uns den Kopf nicht ausschließlich mit Alltäglichkeiten vollpfropfen und uns unsere Muße nicht so beschneiden lassen, daß wir nicht mehr zur systematischen Weiterbildung und zur Selbstkultur gelangen. Denn diese ist von eminenter Bedeutung für das Gemeinschaftsleben im sozialistischen Sinn. Wir brauchen ausgeprägte Persönlichkeiten um so mehr, je größer die Eroberungen sind, die unsere Kulturbewegung macht. Deshalb muß den Persönlichkeiten, die sich in den Dienst unserer Sache stellen, das Erdreich gelassen

werden, auf dem sie reifen können. Stehen wir fortwährend im Strom der öffentlichen Angelegenheiten, so können wir nicht zur Sammlung, zur Selbstbesinnung, zum Aufbau und Ausbau von Gedanken kommen, aus denen uns erst ein volles Urteil erwächst. Nicht einseitig informierte, halbgebildete Menschen braucht das öffentliche Leben, nicht Menschen mit Urteilen, auf Sand gebaut, den der Wind von ungefähr zusammengetragen hat, sondern Kämpfer, deren Urteil auf festem, steingefügtem Boden steht. Vom Sturm und Unwetter des öffentlichen Lebens gestählt, voller Willens- und Tatkraft, vom Sonnenschein der Selbstkultur befruchtet und das Gemeinschaftsleben wieder befruchtend, so sollte, wie mir scheint, der Typus des wahrhaften Intellektuellen sein. Nicht des Intellektuellen im gesellschaftlich-technischen sondern im wahren Sinn dieses Wortes. Wer sein teures Selbst dauernd wie in einem weich gefütterten Etui hütet, um es nur ja nicht von der rauen Wirklichkeit des Lebens ramponieren zu lassen, wer zwar die Erkenntnis besitzt, daß die Dinge außerhalb seiner Pfähle schließlich auch für sein eigenes Leben Bedeutung haben, und gleichwohl Gewehr bei Fuß alles gehen läßt wie es eben geht, der hat keinen Anspruch auf den schönen Namen eines Intellektuellen. Erst die Mitwirkung an der Höher- und Aufwärtsentwicklung der Menschheit zeugt von dem Vorhandensein eines vollkommenen Intellekts. Und die Tat erst adelt die Individualität, die sonst über die Bühne des Lebens geht wie ein Schatten, ohne eine Spur zu hinterlassen.

XX
**FRANZ STAUDINGER · KLASSENKAMPF UND
 KONSUMVEREIN**



IEDER einmal hat sich der alte Streit darüber erhoben, ob die Konsumvereine klassenkämpferischer Natur sind oder nicht. Edmund Fischer und Paul Göhre sind darüber sehr verschiedener Meinung.¹⁾ Nun wären ja zu beiden Artikeln etliche Anmerkungen zu machen. Aber es möchte kaum nützlich sein sich in diesen Streit selbst zu mischen. Das führt zu leicht auf Nebendinge, deren Erörterung nicht geeignet ist das, worauf es ankommt: die Wahrheit über die Sache, zu fördern. Daher will ich, statt auf die Streitpunkte selber einzugehen, lieber ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen, die vielleicht denen, die unbefangen prüfen wollen, einen kleinen Wegweiser bieten.

Zunächst das Wort *Klassenkampf* selbst. »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.« So heißt es bekanntlich am Anfang des *Kommunistischen Manifests*. Aber was sind Klassen? Marx gibt die Beispiele: »Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell«, und er fügt hinzu: »kurz Unterdrücker und Unterdrückte«. Halten wir diese Begriffsbestimmung fest, so sind zum Beispiel Grundrentner, Händler, Industrielle, Bauern im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht ohne weiteres als Klassen in Anspruch zu nehmen, obwohl auch sie fortwährend Kämpfe um den Vorrang mit einander führen; aber das sind mehr Konkurrenzkämpfe als Klassenkämpfe nach obigem Begriff, wenn auch die Grenzen da in einander laufen. Nach dieser Begriffsbestimmung wären zum Beispiel auch die Kämpfe zwischen Feudalismus und Bürgertum

¹⁾ Siehe Fischer *Genossenschaft und Klassenkampf* und Göhre *Klassenkampf und Genossenschaft*, in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 845 ff. und 921 ff.

im spätern Mittelalter, obwohl sie gewaltige Ausdehnung angenommen haben und höchst erbittert geführt worden sind, nicht als Klassenkämpfe zu bezeichnen. Denn es waren nicht Kämpfe zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, die einer und der selben Wirtschaftsart angehört hätten, sondern Kämpfe zwischen den Trägern ganz verschiedener Wirtschaftsformen.

Man könnte nun allerdings außer dem Gegensatz zwischen Unterdrückern und Unterdrückten in der selben Gesellschaftsart auch andere Gesichtspunkte zur Unterscheidung heranziehen. Wie man aber auch gruppieren, welchen Gesichtspunkt man als Einteilungsgrund wählen möge, in jedem Fall tritt eine fundamentale Verschiedenheit zwischen solchen Kämpfen hervor, die sich zwischen den Trägern der selben Wirtschaftsweise um die Machtverteilung abspielen, und solchen, die sich zwischen den Trägern ganz verschiedener Wirtschaftsweisen um die Existenz oder Nichtexistenz einer bestimmten Wirtschaftsweise entspinnen. Im zweiten Fall will der jeweilige Träger der Macht den Konkurrenten einfach beseitigen. Im ersten Fall aber läßt er die beherrschte Klasse vollkommen unangetastet. Er will sie sorglich erhalten, sie nur sich zu Willen zwingen. Und umgekehrt will der Unterdrückte meist keineswegs eine andere Wirtschaftsart einführen. Er hegt gewöhnlich nur Ideale einer *gerechtern Verteilung* von Besitz und Recht, ohne irgend zu erkennen, daß die organisatorische Stufe, die bereits erreicht war, trotz aller Unterdrückung immerhin einen Fortschritt gegenüber solcher Zersplitterung darstellte. Die wenigen kommunistischen Ansätze hatten keine Zugkraft. Alle diese Bewegungen mußten deshalb entweder die Vorteile der überlegenen Organisationen sich anzueignen suchen und selber Herren werden, oder sie gingen zugrunde. So die Sklaven, die sich von der römischen Kapitalmacht befreien wollten, so die Bauern am Ausgang des Mittelalters, so die Kleinbürger der Revolution. Sie bahnten gerade stärkerer, ausgebildeterer Herrschaftsorganisation den Weg. Zum erstenmal in der Geschichte tritt in der heutigen Arbeiterbewegung die Erscheinung zutage, daß sich eine große Volksschicht von Unterdrückten bewußt das Ziel steckt die Wirtschaftsweise selbst auf eine ganz neue, bestimmt berechnete Basis zu stellen. Aber auch diese Bewegung, wenigstens wie sie bisher war, hängt noch in einer Hinsicht geistig ebenso einseitig an der Nabelschnur des bestehenden Wirtschaftsverhältnisses wie die bisherigen Befreiungsversuche der Unterdrückten es immer taten.

Der Arbeiter steht im Klassenkampf dem Unternehmer gegenüber. Als Klassenkämpfer hat er da zunächst nur sein Produzentenverhältnis zum Unternehmer vor Augen. Er will vom Produktionsertrag mehr Lohn, der Unternehmer mehr Gewinn. Und da über beiden weder eine kalkulatorische Instanz steht noch eine Möglichkeit vorhanden ist im zersplitterten Handelsverhältnis, das alles beherrscht, Normen für eine *gerechte Verteilung* zu finden, so können bloß die gegenseitigen Machtverhältnisse, also der Kampf darüber entscheiden. Zwischen den Kämpfen können, wie bei den heutigen Nationen auch, nur waffenstillstandartige Friedensschlüsse zustande kommen. In diesem Produzentenverhältnis war und blieb das Bewußtsein der Arbeiter sowohl wie auch das ihrer Führer in der ganzen Zeit der freien Konkurrenz festgebannt. Man begriff zwar, daß man über den Klassenkampf hinauskommen und eine die Klassen aufhebende Wirtschaftsorganisation erstreben müsse. Aber der kapitalistische Bann, der auch auf den Geistern der Arbeiter lag, konnte sie nur ganz einfach als Organisation der Arbeiterproduzenten denken lassen und flößte den durch-

aus natürlichen Glauben ein, als könne der Klassenkampf als solcher nicht nur die Triebkraft sondern auch das Mittel zur Befreiung sein. Indes, seit etwas mehr als einem Jahrzehnt beginnen die Arbeiter meist instinktiv in die Konsumvereine zu strömen, und die anfangs widerstrebende politische Bewegung muß dies nunmehr gutheißen. Mit diesem Hinströmen zu den Konsumvereinen ist aber an sich noch herzlich wenig getan. Der Arbeiter (und ebenso auch das Mitglied anderer Stände) stellt nur zu leicht den neugewonnenen Gesichtspunkt einfach unvermittelt neben den früheren und will individualistisch hier mehr Lohn und dort billigere Ware erlangen. Man sieht aber nicht, daß es vor allen Dingen darauf ankommt die Verbindung der beiden Gesichtspunkte zu erkennen und danach wirtschaftliche Macht und Selbständigkeit zu erstreben. Die Möglichkeit dessen bezweifelt der im Marxismus ältern Stils gebannte Kopf. Er meint, der Konsumverein könne höchstens ein kleines Palliativmittelchen oder eine Erziehung zu größeren Zwecken sein, die auf politischem Gebiet liegen. Nun ist zwar die Politik in keiner Weise als unwichtig und unbedeutend beiseite zu schieben. Aber hier handelt es sich um etwas anderes. Hier handelt es sich darum gerade aus Marx eine Konsequenz zu ziehen, die bisher nicht aus ihm gezogen worden ist, die aber gezogen werden muß, wenn er nicht Einseitigkeit und Halbheit bleiben soll.

Marx lehrt, und zwar ganz mit Recht, daß die Arbeit die Werte erzeuge, und daß im kapitalistischen Verhältnis der Arbeiter dem Unternehmer, nicht sich selbst diese Werte schaffe und nicht so viel Lohn erhalte wie deren Wert beträgt. Er muß also noch eine Mehrarbeit leisten, die sich als Mehrwert für das Kapital, schlechthin und allgemein betrachtet, darstellt, auch wenn wir den Unternehmerlohn für Leitung des Betriebs abziehen. Dieser Wert und Mehrwert in den Waren wird jedoch erst dann realisierter, das heißt wirklicher Wert und zugleich Profit für den Unternehmer, wenn dieser die Ware verkauft hat. Bleibt die Ware unverkäuflich, so ist der in ihr angesammelte latente Wert samt Mehrwert verloren. Soll aber verkauft werden, so bedarf es des Käufers. Es fragt sich allerdings, wer der Käufer ist. Nun, der Käufer, das ist bisher ein Hammel, der dahin geht, wo ihm ein scherbegieriger Schäfer das schönste Büschel Gras zeigt, und der sich dabei willig ein Flöckchen von seiner Wolle abschneiden läßt. Die menschliche Intelligenz, die für Produktion und deren Vertrieb ganz mächtig vom Kapitalismus entwickelt worden ist, blieb in der Eigenschaft des Menschen als Kunde gänzlich unentwickelt. Sie blieb biologisch noch buchstäblich auf der niedersten Tierstufe stehen. Und das ist nicht wunderbar. Denn auch unsere geistigen Kräfte entwickeln sich wie die leiblichen nur in den Hinsichten, in denen sie geübt und gepflegt werden. Und sie werden nur gepflegt, wenn ein Antrieb dazu vorhanden ist. Diesen Antrieb aber hat der frühere Kapitalismus für das Konsumentenbewußtsein gerade nicht gegeben, im Gegenteil mit aller Macht hintangehalten. Wäre das nicht der Fall, so hätte es keiner besondern Geistesanstrengung bedurft, um zu erkennen, daß der Kunde, indem er die Werte und Mehrwerte realisiert, den ausschlaggebenden Einfluß auf die Produktion selbst ausübt. Zwar, die Maschinen, die Werkstätten, die Schiffe, kurz die großen Produktionsmittel werden von den Unternehmern unter sich realisiert. Aber alle diese Produktionsmittel haben doch nur dadurch diesen ihren Wert, daß sie Güter erzeugen oder vermitteln, die dem Gebrauch dienen. Sie müssen in diesen Gebrauchsgegenständen atomweise mitbezahlt werden.

Die Erzeugung der Werte oder vielmehr der Wertgegenstände ist Sache der Arbeiter. Die Abnehmer der Gebrauchsgüter aber sind es, die direkt und indirekt den ganzen Wert und Mehrwert des Kapitals verwirklichen. Sie sind es aber auch, die den Mehrwert unter die Kapitalisten verteilen. 1000 Kunden, die das Geschäft des Hinz frequentieren und ihm jeder durchschnittlich 100 Mark zutragen, bringen ihm und den hinter ihm stehenden größeren Unternehmern eine Wertverwirklichung von 100 000, vielleicht einen Profit von 8- bis 12 000 Mark. Tut nun daneben Kunz ein neues Geschäft auf, und springen ihm, weil es moderner aussieht oder wirklich besser geführt wird, 900 von den 1000 Kundenhammeln zu, so hat nun dieser 90 000 Mark Umsatz und entsprechenden Gewinn, während Hinz, wenn er nicht Kunden zurückerobern oder neu anziehen kann, wahrscheinlich nicht auf seine Kosten kommt sondern die Bude schließen muß. Und ebenso ergeht es den verschiedenen Fabrikanten, Transporteuren usw., die hinter den Detaillisten Hinz und Kunz stehen. Die realisierten Mehrwerte verteilen sich als Profite nach Maßgabe des Absatzes, nicht nach Maßgabe der in den Waren als solchen latent steckenden Werte. Es ist ein (nebenbei gänzlich unmarxistischer) Aberglaube vieler Arbeiter, daß die in einem Geschäft gemachten Profite von der Arbeit der Arbeiter eben dieses nämlichen Geschäfts herrührten. So einfach geht das nicht. Beim schlechtgehenden Geschäft reichen die Werte nicht zu den Unkosten. Die Arbeiter haben aber als Arbeiter keinerlei maßgebenden Einfluß auf die Verwertung ihrer Produkte. Nur wo sie als Käufer in Masse erscheinen, da fließen dem Kapital die Reichtümer stromweise zu. Aber damit vollbringen sie noch etwas, vielleicht das für sie Wichtigste. Wo der Kunde dem Fabrikanten oder Händler viel Absatz bringt, da muß dieser auch viele Leute anstellen. Und wo der Absatz zurückgeht, da muß er Leute entlassen. Die Kunden sind also auch die eigentlich maßgebenden Faktoren, die die Anstellung der Arbeiter bedingen.

Die Kunden realisieren die Werte, sie verteilen die Profite, sie stellen die Arbeiter an. Sie sind also der wirtschaftlich geradezu ausschlaggebende Faktor. Der Unternehmer ist nur ihr Handlanger. Und doch ist er heute der Herr über alles. Woran kann das liegen?

Nun, woran anders als daran, daß die Menschen in ihrer Eigenschaft als Konsumenten noch nicht mehr menschliche Eigenschaften entwickelt haben als besagte Hammel. Sie haben gar kein Bewußtsein von der ungeheuren latenten Macht, die hier in ihrer Hand liegt, die stärker sein könnte als alle Kapitalmächte zusammengenommen. Und darum laufen sie traumhaft und unorganisiert bald dahin bald dorthin, wo der Schein einer bessern Ware sie lockt. Darum kann das Großkapital Herr werden. Darum müssen sie ihm zahlen, was es verlangt. Darum erhalten die Arbeiter weniger als den Wert ihrer Ware. Darum kann das Kapital den Kleinbürgern oder Kleinbauern für je 10 Pfennig, die es ihnen zuweist, 11 und mehr Pfennig aus der Tasche holen und in die Hände des größeren und ganz großen Kapitals führen, ohne daß sie es merken. Darum allein kann das geschehen, weil sie als Kunden dem Zufall gehorchen und die Macht, die sie haben, nicht zu gebrauchen wissen. Sie haben latent die ganze, die ausschlaggebende Macht. Das ist mit aller Schärfe zu betonen. Die 30 Millionen Erwerbstätige unter 3000 Mark Einkommen realisieren nach R. E. May von dem auf 40 Milliarden geschätzten National-einkommen 30 Millionen Mark, also drei Viertel, und von diesen 30 Milliarden

wieder fallen auf die Arbeiter und Angestellten allein an 20 Milliarden. Die anderen 10 Milliarden werden von der einen Million Erwerbstätiger realisiert, die über 3000 Mark Einkommen haben. Und unter diesen sind die Millionäre die wenigst zahlreichen. Und dabei sind die Milliarden eingeschlossen, die die Unternehmer an Produktionsmitteln unter sich selbst realisieren.

Die Konsumvereine haben in Deutschland heute etwa 500 Millionen Umsatz. Das ist der 80. Teil der genannten Gesamtsumme, nicht der 60. Teil des Gebrauchsguts, also ein minimaler Bruchteil; und dessen Nutzergebnis wird obendrein bis auf kleine Reste individualistisch verpufft, nicht sozialistisch verwendet. Diese Zahlen geben einen Maßstab für die bereits erreichte Fähigkeit des Volks sich wirtschaftlich selbst zu regieren. Denn wäre diese Fähigkeit in größerem Umfang vorhanden, warum könnten es nicht statt der 500 Millionen wenigstens 10 bis 20 Milliarden sein? Sie könnten die Güter im eigenen Laden mindestens gerade so billig erhalten wie wenn sie ihr Geld dem Kapital zu tragen. Und dann könnten statt der heute geringfügigen Summe von kaum ein paar Millionen bald Hunderte von Millionen, alljährlich zuwachsend, dazu dienen Betriebe anzulegen, Landgüter für die Masse selbst zu erwerben und endlich auch direkt und indirekt in die Hochburgen der Kartelle zu dringen. Warum geschieht das nicht? Die technische Möglichkeit ist vorhanden; die praktische Möglichkeit wäre auch vorhanden; äußere Hindernisse wiederum sind heute noch nicht vorhanden, wenigstens nicht solche wesentlicher Art, wenn auch bereits etliche Großbetriebe und Staatslenker daran sind ihre Arbeiter auch als Konsumenten zu knebeln. Also ist nur der Mangel an sozialistischer Einsicht und an sozialistischem Willen die Ursache der Unterdrückung. Wenn die Menschen als Konsumenten, ja die Arbeiter allein allgemein wollten und wüßten, so könnten sie in wenigen Jahren der Kapitalmacht eine nicht zu überwindende Sozialmacht gegenüberstellen. Und die heute um den Augenblicksvorteil zeternden Kleinbürger und die wenigstens in Deutschland noch den Schlaf des Gerechten schlafenden Bauern würden dann schon bald sehen, ob ihr Heil bei dem auch sie allgemach zerquetschenden Kapital oder beim Bund mit dem organisierten Konsum liegt. Der Arbeiter also vor allem muß einsehen, daß er hier, im Konsumverein, Unternehmer und Kunde zugleich ist, und verstehen, daß er dem Kapital die Werte verwirklicht und die Arbeiter also sich selbst anstellt. Das muß ihn treiben so rasch wie möglich so viel Absatz im eigenen Geschäft zu schaffen, daß er eventuell auch sich selber im eigenen Betrieb anstellen kann oder doch wenigstens durch den Konsumverein Einfluß auf den Fabrikanten seiner Bedarfsgüter erhält. Ist er aber im eigenen Geschäft angestellt, so ist er hier Arbeiter, Kunde und Unternehmer in einem. Das heißt, der Betrieb ist ein sozialistischer Betrieb.

Hier beginnt eigentlich erst die rechte Probe für den Arbeiter, ob er sozialistisch arbeiten und regieren kann, ob er den Klassenkampf, den er im Kapitalgeschäft führen muß, auch hier in seinem eigenen Geschäft gegen sich selbst weiter führt, oder ob dieser hier, wie es sein müßte, ausgelöscht ist. Hat der Arbeiter es gelernt seine Produzenten- und seine Konsumenteninteressen in einem sozialen Dauerinteresse in Einklang zu setzen? Das ist die entscheidende Lebensfrage für den Arbeiter wie für die gesamte untere Bevölkerung. Und erst wenn diese Frage beantwortet ist, kommt die andere Frage, wie sich die Genossenschaften zur Politik im allgemeinen und wie sie sich zu den heutigen politischen Parteien sowie speziell zum Klassenkampf zu stellen haben. Wird

diese letzte Frage zuerst gestellt, so bleibt die erste, wichtigste leicht im Hintergrund. Wird sie erst danach gestellt, so beantwortet sie sich ganz von selbst.

Zur Politik im allgemeinen hat die Genossenschaft zu fordern, daß das heute noch bestehende Recht der freien Konkurrenz im Inland nicht zu ihren Ungunsten gebeugt werde, weder steuerlich noch in anderer Weise. Alles übrige haben die Mitglieder der Konsumvereine als Staatsbürger, nicht die Vereine als solche zu erledigen. Das staatliche Verbot, daß die Konsumvereine sich nicht in die Politik mengen sollen, wäre, wenn dies notwendig würde, zwar durchaus kein Hindernis. Denn die Vereine könnten, falls sie es für zeitgemäß hielten, sich sogar in der Form der Aktiengesellschaft, vielleicht noch viel besser in wirklich wirtschaftsdemokratischer Weise organisieren. Und da bestände kein Hindernis. Also nicht die Angst vor dem Verbot, sondern das klare Bewußtsein, daß politische Betätigung die Genossenschaft zu inneren Unzutraglichkeiten führen müßte, ist der Beweggrund, der davon abhalten muß. Damit aber ist auch gesagt, daß die Genossenschaft sich den politischen Parteien der heutigen Wirtschaftsordnung gegenüber vollkommen neutral gegenüberzustellen hat. Denn diese vertreten, ob sie sich nun der Konsumentenorganisation gegenüber freundlicher oder minder freundlich verhalten, im wesentlichen Interessen, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft auszufechten sind, und hierin kann und darf sich die Genossenschaft nicht mengen. Selbstverständlich werden die Genossenschaftler solchen Parteien oder solchen Personen in den Parteien, die ihnen freundlich gegenüberstehen, ebenfalls freundlich, solchen, die ihnen unfreundlich gegenüberstehen, unfreundlich gesinnt sein und die Liebe, falls es keine bloße Freßliebe ist, zu schätzen wissen. Aber alles, was darüber hinausgeht, ist vom Übel. Gegendienste leistet die Genossenschaft durch ihre Existenz und wirtschaftliche Wirksamkeit, durch nichts anderes. Die allgemeine Genossenschaft, wie sie der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* vertritt, hat zwar zweifellos seiner Mehrheit nach sozialdemokratische Mitglieder. Aber wenn auch kurzsichtige oder interessierte Liberale einen Teil der Genossenschaften abgesprengt haben, um sie (schwerlich mit Dauererfolg) als gehorsame Babies des Kapitals klein zu erhalten und nicht zu wirklich genossenschaftlicher Entwicklung im Sinn ihres eigenen Meisters Schulze gelangen zu lassen, wenn auch parteibefangene Katholiken einen Teil ihrer Konfessionsgenossen abgetrennt halten, wenn auch vielfach im Norden und in Bayern die Beamten unter ungesetzlichem Druck verhindert werden in den allgemeinen Verein zu treten: dieser dokumentiert sich trotzdem immer mehr als der wirklich allgemeine Verein und enthält heute sicherlich Hunderttausende von Mitgliedern, die anderer politischer Richtung als der sozialdemokratischen sind. Diese durch einseitig sozialdemokratische Parteinahme von Genossenschaft wegen geradezu ins gegnerische Lager hinüberzutreiben und die Genossenschaft damit zu schwächen, das muß, auch wenn gar keine höheren Gesichtspunkte obwalteten, schon vom Standpunkt gewöhnlichster Klugheit als Wahnwitz erscheinen. Das sehen heute auch die französischen sozialdemokratischen Genossenschaften ein, und sie schicken sich an sich mit ihren neutralen Brüdern zu verbinden. Auch die weitaus größte Mehrzahl der sozialdemokratischen Genossenschaftler Deutschlands, sofern sie einmal Verständnis gewonnen haben, pflegt in immer zunehmendem Maß den Neutralitätsstandpunkt auf das allerschärfste zu betonen. Und noch kaum jemals ist

auf einem Genossenschaftstag ein so brausender Beifall erklangen wie in Leipzig, als Kaufmann einigen Kritikern mit ein paar knappen Worten erklärte: »Es bleibt bei der Neutralität.«

Es bleibt bei der Neutralität. Und die da glauben, das werde anders werden, haben ganz zweifellos die Rechnung ohne den Wirt gemacht und werden vermutlich meist selbst bei genauerm Eindringen in die Genossenschaft früher oder später bei der Neutralität landen. Kämpfen sie doch schon heute nur gegen eine sogenannte *Überneutralität*, einen Begriff, der allerdings über den Verstand eines neutralen Genossenschafters hinausgeht. Freilich glauben auch etliche von der Partei, von ihr aus könne und müsse der Genossenschaft erst der wahre sozialistische Geist eingehaucht werden. Das ist ja auch in Magdeburg ausgesprochen worden. Nun, wer diesen Geist hat, nur her damit! Damit ist er hoch willkommen. Denn davon haben wir noch lange nicht genug, können wir nie genug bekommen. Aber es muß auch wirklich sozialistischer, die Zusammenhänge zwischen Produzententum und Konsumententum erkennender und danach wollender Geist sein, nicht etwa bloß der einseitige Geist des noch Genossenschaftsunkundigen, bei dem Lohnfrage und Klassenkampf alles andere beherrschen. Dann tritt vielleicht auch zuweilen instinktiv die Gegenwirkung gegnerischer Befehdung zutage. Die Gegner erklären die Genossenschaft, da sie antikapitalistisch und sozialistisch ist, natürlich ohne weiteres für sozialdemokratisch. Die Sozialdemokratie dagegen ist ihr nunmehr freundlicher geworden. Also, meint man, müsse die Genossenschaft sich ihr in die Arme werfen. Das mag zuweilen auch im Gefühl des noch genossenschaftlich ungeschulten Sozialdemokraten liegen. Aber falsch ist es deshalb doch. Selbst wenn die Sozialdemokratie im Alleinbesitz wirklichen Sozialismus, und alle ihre Mitglieder geschulte Sozialisten wären, so ginge es doch nicht an, daß ein Zweck einem außer ihm stehenden Mittel diene. Gerade dann würden die Mitglieder das auch am allerwenigsten verlangen. Heute aber, wo draußen noch der Klassenkampf tobt, und sozialistisches Wollen sich mit mancherlei sonstigen Überzeugungen und Interessen verbinden kann, darf das erst recht nicht angängig sein.


Freilich, den Klassenkampf wird niemand schelten, der die Zusammenhänge des heutigen Wirtschaftslebens auch nur oberflächlich erkannt hat und weiß, daß die Beziehung zwischen Arbeiter und Unternehmer in sich den Kampfstadium latent einschließt. Aber es gibt doch auch andere als klassenkämpferische Beziehungen, sogar zu den Unternehmern selbst. Die Genossenschaft jedenfalls steht nicht im Klassenkampf, wohl aber im Konkurrenzkampf, und zwar in einem Konkurrenzkampf, der ganz genau von der selben Art ist, wie zwischen den Geschäften eines beliebigen Hinz und Kunz. Denn nur die inneren Verhältnisse der Genossenschaft zu ihren Kunden und Arbeitern sind denen im Kapitalgeschäft durchaus entgegengesetzt, die Formen aber sind diesen gleichartig, müssen es heute sein. Die Genossenschaft kann sich also ihrem Wesen nach nicht in den Klassenkampf mischen. Umgekehrt freilich steht es jedem Mitglied der Genossenschaft frei ihre Einrichtungen so zu benutzen, daß sie seinen sonstigen Zwecken dienlich sind. Ob der Arbeiter die Rückvergütung zum Ankauf einer neuen Hose oder zu einem Streikbeitrag verwendet, geht die Genossenschaft ebensowenig an wie es die Aktiengesellschaft etwas angeht, wenn der Herr Aufsichtsrat seine Tantième zur Sommerreise oder zur Subventionierung einer konservativen Zeitschrift verwenden will. Es

steht hier dem sozialdemokratischen Arbeiter vollkommen frei Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft zusammenzudenken, nur muß es auch dem Genossenschaftler, der nun einmal nicht der Gewerkschaft und der Partei angehört, ebenso frei stehen seinen Willen zur Genossenschaft mit anderen Faktoren zu verbinden.

Das sind einfache und plane Dinge. Man sollte meinen, sie verständen sich von selbst, da man doch auch im übrigen Leben jedes Ding nach seiner Art zu behandeln pflegt. Um das zu können, muß man freilich erst dessen Eigenart verstanden haben. In dem Maß wie die Erkenntnis der Genossenschaft zunimmt werden sich denn auch, wie schon jetzt die Erfahrung zeigt, die Willensbeziehungen zu ihr zum Bessern ändern. Man wird die Dienste, die sie leisten kann, und die noch lange nicht erschöpft sind, besser benutzen lernen, aber keinerlei Gegendienste fordern, die außerhalb ihres Bereichs liegen; denn dadurch verkümmert man nur sie und damit auch sich selber das, was sie leisten könnte.

XX

WALLY ZEPLER • ALEXANDER L. KIELLAND

 S ist ganz sonderbar nach einer langen Reihe von Jahren die Bücher noch einmal zu lesen, die uns in der Jugend tiefen Eindruck machten. Ein Stück unserer eigenen Geschichte ist mit ihnen verknüpft: es ist, als sähen wir uns selber wieder, so wie wir waren und heute nicht mehr sind. Solche Bücher gibt es gewiß für jeden und in jeder Zeit und doch nicht ganz in dem Sinn wie für die Menschen, die eine der geistigen Revolutionsperioden mitdurchlebten. In solchen Perioden verkörpert sich das typische Zeitempfinden gewöhnlich in bestimmten Schriftstellern, und zwar meist nicht so sehr in den eigentlichen Künstlern als in den Gedankendichtern, den Satirikern, den Sittenschilderern, in denen, die man mit Recht oder Unrecht *Tendenzdichter* zu nennen pflegt. Ist die Geschichte später über diesen besonderen Ideen- und Gefühlskreis hinweggegangen, so werden solche Kinder ihrer Zeit bald zu den Toten geworfen; das Zeitkleid überdeckt in ihnen allzu sehr das Ewigmenschliche. Für die aber, für die sie einmal lebendig waren, bleibt in ihnen immer etwas von ihrem eigenen Wesen, so daß es schwer ist sie nur in ihrer Dichterqualität zu werten.

Zu dieser Art gehörte für uns Alexander Kielland. Er war einer von der ersten großen Skandinavergeneration; er zählte zu den vier älteren Norwegern: Ibsen, Björnson, Lie, Kielland. Erst nach ihnen gewannen Garborg und Hamsun und dann die ganze Reihe der bedeutenden Dänen und Schweden Einfluß im europäischen Geistesleben. Von jenen Vier hat dichterisch jeder seine eigentümliche Stellung und seine besondere Physiognomie. Was sie für uns zu einer innern Einheit verbindet, ist mehr etwas Ideengemeinsames, das der Gemeinsamkeit und zugleich der Stärke der geistigen Zeitgedanken entsprang. Es ist ja ein alter Streit, wie weit Tendenz und Kunst vereinbar sein kann. Daß an sich Kunst nichts mit irgendwelchen Zwecken zu schaffen hat, also auch nichts mit der Propagierung sozialer oder sonstiger Ideen, glauben wir heute. Nur in der Kraft des Bildens, Gestaltens, Lebendigwerdenlassens, in der Fülle des erweckten Lebens sehen wir die Höhe des Künstlertums. Aber so mystisch der künstlerische Werdeprozeß in seinem eigentlichen Wesen wohl stets für uns bleiben wird, dies eine ist uns doch deutlich: was lebendig werden soll, muß

vor allem im Künstler selber leben; es darf nicht ausgedacht oder anempfunden, es muß in seelischen Erschütterungen zum Eigenen geworden sein. In den Zeiten mächtiger geistiger Strömungen, revolutionärer Neubildung, schöpferischer Umgestaltungen, in den bewegten Menschheitsepochen, in denen sich wieder aus dem Chaos eine neue Welt zu formen scheint, in diesen Zeiten wird nun der sensitive Seelenapparat des Künstlers begreiflicherweise von allem Neuen ringsum zuweilen in so heftige Schwingungen versetzt, daß gerade dieses Neue die bildnerische Kraft in ihm löst. Dann reden wir wohl auch von Tendenz in dem Geschaffenen. Und doch besteht in solchem Fall nichts Gewolltes, nicht Zweck und Absicht, sondern künstlerisches Erleben. So ist die düster frauenfeindliche Stimmung, die Schwarzmalerei des weiblichen Geschlechts bei Strindberg sicher nicht Tendenz. Geschehnisse, die in alltäglicheren Geistern vielleicht nur eine skeptisch-satirische Betrachtung von Liebe und Ehe auslösen würden, haben hier vielmehr in einer leidenschaftlich erregbaren, eminent eindrucksfähigen Künstlernatur unverwischbar zerstörende Spuren gegraben, Spuren, die in den künstlerischen Nachbildern seiner Seele nun immer wieder sichtbar werden. Es ist nicht Tendenz, wenn umgekehrt bei Ibsen Größe und Willensstärke vielfach gerade den Frauencharakteren eignet; auch das ist nur Erleben, wie bei Strindberg durch die eigenen Wesenszüge des Dichters bedingtes, hier gerade entgegengesetzt gerichtetes Erleben. Tendenz dagegen oder mindestens These könnte man möglicherweise in Ibsens frühesten Gesellschaftsdramen finden, weil hier die Menschen zuweilen der Idee untergeordnet werden, oder es wenigstens scheint, als sei die Idee das Primäre, der Mensch und sein inneres Leben das Sekundäre.

Objektiv unterscheidbar sind solche Dinge nun sicher so wenig wie irgend etwas anderes in der Kunst. Das Maß des künstlerischen Urteils ist nun einmal ausschließlich die Sinnen- und Empfindungsfeinheit des Betrachters. Ob der Dichter der Gott ist, der Lebensodem in seine Gestalten hauchen kann, oder ob sie tote Formen bleiben, unfähig neue lebendige Kräfte auszuströmen: das ist nur zu fühlen, nicht zu beweisen, und wo unter den Genießenden über einen bestimmten Künstler starke Gefühlsdifferenzen herrschen, da wird der eine im andern deshalb immer wieder einen Mangel an Sinnen- und Seelenunmittelbarkeit sehen.

Wie also steht es mit der Tendenz bei Kielland? Er selber hat sich sehr offen, ja »mit Stolz« als »ehrlicher Anhänger der Tendenzpoesie« bekannt; nichts Besseres konnte man ihm sagen, als daß seine Werke »im rechten Geist« geschrieben seien, und er blieb dieser Gesinnung treu bis zur letzten Zeile, die er dichtete. Die künstlerischen Einwendungen von Brandes und Jonas Lie gegen seine *Arbeiter* (sie warfen ihm »Übertreibung« vor) ließen Kielland vollständig kalt: »Wer die Menschen aufwecken will, der muß übertreiben. . . . Daß ich übertrieben habe, ist sicher, da es mit der Kraft der Einseitigkeit geschrieben ist; das sauersüße Gebräu, das man objektiv-unparteiische Schilderung nennt, ist Unsinn und Kindergeschwätz.« Und als später die Kunst andere Bahnen ging und die *L'art pour l'art*-Theorie aufzukommen begann, schreibt er an Georg Brandes: »In einer Zeit, wo die Reaktion stark und gefährlich wird, wo sie sich nicht mehr versteckt sondern mehr und mehr mit Gott im Bunde auftritt und sich drehtrotz, in einer Zeit, wo so viele Vorzeichen auf eine blutige Lösung der einfachen wirtschaftlichen Magenfrage deuten: in solch einer Zeit fühlt sich die Dichtung berufen sich zu verkriechen und psycholo-

gisch zu werden! Statt das Feuer zu schüren und immer wieder zu schüren, beschäftigt man sich und die anderen mit beleidigendem Nachschnüffeln in allen Stubenecken: wer hier eingetunkt hat, und wer da, und wie es geschmeckt hat. Und was für ein verdammtes Gewäsch ist das mit dieser Seele des Weibes, die so kompliziert sein soll?«

Kielland wollte ein Sitten- und Gesellschaftsschilderer sein; ihm galt es Fäulnis und Unwahrheit der bürgerlichen Welt aufzudecken. Die religiöse Heuchelei, die Knechtung des Geistes, den sinnlosen Drill der Schule, die innere Hohlheit der Wissenschafts- und Gesellschaftsgrößen, die moralische Feigheit der Menschen, ihr armseliges Zusammenknicken vor der Spießbürgersittlichkeit, das bornierte Überlegenheitsgefühl des männlichen Philisters gegenüber der selbständigen und denkenden Frau und (dies vor allem) den großen Gegensatz des satt genießenden Bourgeoisiums zu denen, die die Werte schaffen, die Lasten schleppen, den Druck des Lebens tragen und in ewiger Mühsal nichts anderes als dürftiges Brot und allenfalls den Sorgenbrecher der Armut, Schnaps, gewinnen: dies alles bewegte Kielland, dies galt es ihm darzustellen. Gerade in seinen ersten Schöpfungen, den Novelletten und in *Garman & Worse*, dem Roman, der seinen Ruhm begründete, sind die sozialen Zeitgedanken zuweilen mit packender Kraft gegeben. Szenen, wie die *Siesta*, wo nach einem üppigen Festmahl unter sybaritischen Genießern und leichtsinnigen Dämchen in Paris ein junger irischer Musiker am Klavier die *Armut* spielt, bis die ganze gedankenlos blöde Gesellschaft von Grauen gepackt wird, oder die *Ballstimmung*, in der einer gefeierten Schönheit, die ein reicher Graf einmal in einer Pariser Gosse aufas, beim Aussteigen aus ihrer luxuriösen Kutsche ein paar zufällig erlauchte Worte aus dem zynischen Jargon der Großstadthefe den längst vergessenen Kindheitsjammer wecken, solche Szenen vergißt man nicht leicht. Sie gehören nicht zu den Ewigkeitsbildern der Kunst; sie sind nicht mit Zolas gigantischer Pinselführung gemalt; sie haben nicht die erschütternde Gewalt der großen sozialen Anklagedichtungen, etwa der *Macht der Finsternis* oder der *Weber* oder den detaillierten Realismus der späteren Russen; aber es weht doch aus ihnen der herbe Hauch wahrhafter sozialer Empörung; es durchbebt sie ein echtes Gefühl der Auflehnung gegen die kalte Gleichgültigkeit der Besitzenden, ein tiefes, sympathisches Mitempfinden mit denen, die draußen stehen, mit den Elenden und Ausgestoßenen.

Überhaupt sind gerade diese leicht hingeworfenen, manchmal nur ein paar Seiten langen Novelletten fast durchgängig kleine Kabinettstücke feiner, ironisch-humorvoller und im letzten Grund doch stets schwermütig mitleidender Lebensbetrachtung. Wie ist in den *Welken Blättern*, in der Schilderung eines Gemäldes, die bittere Enttäuschung junger Liebe gegeben! »Und Enttäuschung und Bitterkeit gruben sich tief in das junge Herz. Während die Blumen starben, reifte sie für den Winter des Lebens. So verschwanden sie in der Allee. Aber der leere Stuhl blieb in der halb welken Laube stehen, und der Wind begann von neuem die Blätter eifrig zu einem kleinen Grabhügel zusammenzuwehen. Und im Lauf der Zeiten kommen wir alle (wie jeden die Reihe trifft), um uns auf den leeren Stuhl in dem Winkel des Gartens zu setzen und einen kleinen Grabhügel von welken Blättern anzustarren.« Und wie die Fortsetzung dazu scheint dann *Erotik und Idyll*. Ganz gewöhnliche banale Menschen sprechen ganz gewöhnliche Worte, wie wir alle sie tausendmal im Leben selber hörten oder sprachen; doch wenn wir die Geschichte zu Ende ge-

lesen haben, ist es, als läge uns eine schwere Last auf der Brust, die Schwere des Alltagskampfes um das tägliche Brot, der doch für die übergroße Mehrzahl aller Menschenkinder den einzigen Daseinsinhalt bildet. Vorzüglich in ihrem Sarkasmus gegen die sozialen Anwandlungen reicher Bourgeoisdamen ist auch *Ein gutes Gewissen*. Die sittliche Empörung dieser Menschenfreundinnen, als sie aus ihrer gewohnten Atmosphäre von Wohlleben und Weichlichkeit einen flüchtigen Blick in die Welt des Elends tun, die ganze humoristisch-tragische Situation, wie sie da in wenigen Strichen festgehalten wird: heute noch wie damals spiegelt sich darin der furchtbare Gegensatz der *zwei Nationen* in allen Völkern. Noch heute gibt es kaum etwas anderes, was in solcher Kürze gleich schneidend und scharf diesen Gegensatz zum Ausdruck bringt wie Kiellands Novellen, was sich deshalb gleich vorzüglich zu einer poetisch-sozialen Vorlesung in Arbeiterkreisen eignet. Und aus diesem lebendigen sozialen Gefühl heraus, das ihn so völlig erfüllt, zieht es Kielland auch in seinen großen Romanen immer wieder zu der Welt der Arbeit. Freilich, nicht zu dem, was man in den hochentwickelten Industrieländern heute so nennen würde, den Eisenwerken und Fabriken, den mächtigen industriellen Betrieben, sondern zu dem, was er selber aus seiner Heimat und seinem Dasein kannte, dem Leben des Hafens und der Schifffahrt, des Herings- und Fischfangs, dem Leben der kleinen und großen Handelswelt, der Kaufmannsläden der Provinz, wo in unaufhörlich mühsamem Schaffen fleißige Hände Groschen um Groschen zusammensparen, bis hinauf zu den Schifffahrts- und Bankhäusern der Hafenerorte, in denen die Reichtumsvorstellung der weltentlegenen Städtchen des Nordens gipfelt.

Die Arbeit als das, was dem Dasein Wert und Inhalt gibt, was den einzelnen im Gegensatz zu den Schmarotzern und Parasiten der Gesellschaft erst in den pulsierenden Kreislauf des Lebens einreihet und ihm damit das Bewußtsein wirklichen Menschentums leiht: diesen echt modern sozialen Gedanken verkörpern auch einige der schönsten Kiellandschen Frauengestalten. So die Rachel in *Garman & Worse*, die dem Mann, der sie Jahre hindurch liebt, ihre Gegenliebe erst gesteht, als sie sich durch eigenes Schaffen selbst eine Stellung in der Welt und das Gefühl des Könnens erobert hat. In Kiellands Frauen spricht sich überhaupt fast am reinsten das spezifisch Revolutionäre, das typisch Neue aus der Ideenwelt der achtziger Jahre bei ihm aus. Außer Ibsen und Björnson gibt es vielleicht nur noch einen, Arne Garborg, in dem die feministischen Zeitströmungen in gleicher Stärke wie bei Kielland wiedertönen. Rachel, Gabriele in *Schnee* und Frau Wenche in *Gift* haben für uns alle damals zu den Gestalten gehört, die unser eigenes tiefstes Fühlen und Sehnen trugen, Rachel mit ihrem stürmischen Verlangen nach erfüllender Tätigkeit, Gabriele und besonders Frau Wenche mit ihrer Auffassung von Liebe und Ehe.

Nicht ohne innere Notwendigkeit ist ein eigentliches Problem der Ehe erst mit der Entwicklung des Persönlichkeitsempfindens in der Frau erstanden. In einer dauernden, die gesamte Lebensführung umspannenden Daseinsgemeinschaft zweier Individualitäten, in der künstlichen Vereinheitlichung zweier selbständiger Willenskräfte nach außen, wie sie psychologisch die Ehe darstellt, liegt in sich eine unverstehbare Quelle innerer Reibungen, die wohl durch die Glut erotischer Leidenschaft eine Zeitlang dem Bewußtsein ferngehalten oder bei wenig ausgesprochenen Naturen durch gegenseitiges sympathisches Mitgefühl überbrückt werden können, bei starren, eigenartigen oder fest ge-

prägten Charakteren sich aber schließlich in einem ewigen innern Ringen, einem geistigen Machtstreit äußern müssen. So ist der Kampf der Individualitäten in der Ehe eine der allgemeinsten Ausdrucksformen des modernen Persönlichkeits- und ganz speziell des modernen Frauenempfindens geworden. Darum ist er bei Ibsen geradezu der Grundakkord des Schaffens, darum ist auch der psychologisch ergreifendste der Kiellandschen Romane auf den gleichen Ton gestimmt. *Gift* stellt den tapfern Seelenkampf einer starken, durch und durch wahrhaftigen Frau im Zusammenleben mit einem anscheinend bedeutenden, innerlich leeren und eiteln Konventionenmenschen dar, einen Kampf, der zunächst um die Erhaltung ihres eigenen Selbst und später um den Einfluß auf den einzigen Sohn geht. Hier steht ihr als Gegner nicht nur der Gatte, sondern mit ihm im Bund vor allem die Schule, die Geistlichkeit und schließlich die ganze kleinstädtische Philistergesellschaft entgegen. Frau Wenche unterliegt in dem Kampf um ihr Kind, wie sie in der Ehe und wie sie in einer leidenschaftlichen Liebesneigung zu einem andern Mann unterlag, nicht weil sie sich beugte, nicht weil sie die Schwächere, sondern weil sie die Größere und Echtere war, und ihre Umgebung dem schweren Ernst ihrer Forderungen nicht standhalten konnte. Es ist eine der auch dichterisch erschütterndsten Stellen in Kielland, als Frau Wenche nach der letzten schmerzlichen Enttäuschung das Fazit ihres Lebens zieht und sich ruhig eingesteht, daß überall nur ein großes Minus bleibt. In *Fortuna* und endlich in seinem letzten Werk *Johannisfest* hat der Dichter dann die Fortsetzung zum *Gift* geschrieben. Nachdem Frau Wenche freiwillig aus dem Leben geschieden ist, gerät der Sohn ganz in das Fahrwasser des Vaters. Wohl warnt ihn die Erinnerung an die unbestechlich ehrlichen Augen der Mutter zuweilen noch vor Lüge und Heuchelei; schließlich aber treiben ihn die Einflüsse der Außenwelt immer weiter auf den Weg der Schwäche, und in der trostlosen Ehe mit einer seelenleeren Frau geht er zuletzt ganz zugrunde.

Eine gewisse Übereinstimmung der gesamten Lebensauffassung mit Ibsen ist hier, wie man sieht, unverkennbar. Die Ehedichtung an sich ist ja, wie gesagt, ein Charakteristikum der ganzen modernen, mindestens der skandinavischen Literatur jener Tage. Wir besitzen Eheromane und -dramen von Jonas Lie, Amalie Skram, von Björnson, Garborg, ganz zu schweigen von den jüngeren Schweden, wie dem freilich sehr abseits stehenden Riesen Strindberg, Geijerstam, der Edgren-Leffler und allen den anderen. Nirgends aber ist die geistige Verwandtschaft der Anschauungen so merkbar, die Richtung so gleichartig wie bei Ibsen und Kielland. Die Wahrheit gegen Heuchelei und Konvenienz und die Frau als Trägerin der Wahrheit und naturrechten Fühlens im Streit mit allen niederziehenden Mächten enger Philistermoral, kleinlicher Eitelkeit und pfäffischen Vertuschens: das sind die Wesenszüge, die Ibsens ältere Gesellschaftsdramen wie Kiellands ganzes Schaffen beherrschen. Ebenso ist beiden Dichtern der Haß gegen den Pietismus gemeinsam, dem Kielland besonders in *Schiffer Worse* eine furchtbar lebenszerstörende Gewalt zuspricht. Dieser Haß, der allerdings stärker oder schwächer durch die gesamte norwegische Dichtung geht, mutet die Deutschen immer ein wenig fremd und seltsam an; ihn kann wohl in seiner ganzen Glut nur mitempfunden, wer wie die Freiheitskämpfer des Nordens selbst die dunklen Wirkungen der pietistischen Heilslehren durchlebt hat.

Noch einmal also: Ist dies alles nun Tendenz im unkünstlerischen Sinn? Ge-

weiß nicht. So wenig ist Kielland in dieser Bedeutung Thesen- oder Tendenzschriftsteller wie es Arne Garborg oder Ibsen, so wenig wie es Zola, Tolstoj, Dostojewskij oder Gorkij sind. Er ist ein Sohn seiner Zeit wie sie alle, ein Mensch, der mit leidenschaftlicher Anteilnahme die Kämpfe dieser Zeit durchkämpft, der ihr Leben lebt, ihren Atem atmet, den wir aus dem Boden nicht losreißen können, in dem er mit Geist und Seele verwurzelt ist, ohne ihn selbst und sein Künstlertum zu zerstören. Und ist er nicht wie Ibsen und Zola, wie Dostojewskij und Tolstoj einer der Großen, die lebendig bleiben, wenn längst ihre Welt mit allen ihren Ideen tot und versunken ist, so nicht deshalb, weil er (wie eben jene auch) zu den fanatisch Subjektiven gehört, zu denen, die sich im Streit der Parteien mit glühendem Eifer auf die eine Seite schlagen, sondern aus ganz anderen, künstlerischen Gründen. Möglich vielleicht, daß die paar Ewigen der Westliteratur tatsächlich mehr unter den objektiven Künstlern zu suchen sind, unter denen, die, wie Homer, Shakespeare und Goethe mit gleich verstehendem Schöpferblick die Bösen wie die Guten, die Starken und Schwachen, die Schönen und die Häßlichen umfassen, die mit fruchtbarer Hand eine unendliche Schöpfung erstehen lassen, die, morallos wie die wirkliche, sich nur nach eigenem Gesetz bewegt. Das künstlerisch Ausschlaggebende ist dennoch nicht dieses. Das ist einfach die Fülle und Größe der schaffenden Gewalten im Künstler, der Reichtum seiner eigenen Seele, die Quell- und Gestaltungskraft der Phantasie. Diese schöpferischen Mächte, der eigentliche Künstlergenius selbst ist in Kielland nun freilich nicht so stark wie in jenen Größeren. Nicht in allen seinen Menschen pocht lebendiges Blut. Nur in einzelnen Momenten leuchtet bei ihm der intuitive Seherblick des Dichters in die Tiefe der Seelen, so daß wir in mitfühlendem Leid erbeben. Frau Wenches Tod, die halb unbewußt tragische Liebe Johans und Kristines, zweier armer Menschenkinder, denen das Schicksal erst auf Kristines Sterbebett die Seligkeit des Zusammenseins gewährt, die prächtigen Figuren der beiden Brüder Garman, die sich bei aller Gegensätzlichkeit des Wesens in einer unauslöschlichen, zart verstehenden Zuneigung begegnen, dieser ganze, naiv gesehene, verschwenderische, kindlich unbesonnene Legationssekretär und die köstlich anschauliche Episode seines Lebens als Leuchtturmwächter mit der wilden, zärtlich geliebten Tochter, dann das Liebesidyll dieser Tochter mit dem einfachen Fischer, das in seiner unschuldsvollen Leidenschaft fast die Unmittelbarkeit einer Volksliedszene erreicht: dies alles sind Episoden von echtestem dichterischen Zauber. Hier tritt auch am kräftigsten in Kielland das besondere Lokalkolorit, der Farbenton der norwegischen Hafenstädte hervor, in denen der Dichter bis auf wenige Jahre des Auslandsaufenthalts sein ganzes Dasein verbrachte.

Kielland ist einer von denen, die die Luft der Heimat nie entbehren konnten. In seiner Geburtsstadt Stavanger, die er über alles liebte, hat er nach dem frühen Abschluß seiner Dichterlaufbahn (die sich über nicht viel mehr als 15 Jahre erstreckte) noch ein Jahrzehnt als Redakteur und dann als Bürgermeister gelebt. Ihn trieb es nicht unwiderstehlich, wie Ibsen, Garborg, Hamsun, aus den engen und kleinlichen Verhältnissen des Vaterlands in die Ferne, oder es zog ihn doch von dort immer wieder mit stürmischer Gewalt in die Heimat zurück. Für ihn war der Heimatsort der »Mittelpunkt der Erde«, der Himmel über diesem Küstenstrich der »eigentliche Himmel«. Und diese tiefe Heimatsliebe fühlt man in Kielland, wenn er vom Meer und der Meeres-

küste erzählt, von dem Leben der Fischer draußen auf See oder von den großen Handelsschiffen, dem Stolz der nordischen Kaufmannsstädte. So ist Kiellands Dichterpalette gewiß aus den Farben seiner Heimat gemischt; in allem, was er schreibt, weht norwegische Luft, überall stehen wir auf norwegischer Erde, an manchen Stellen schlägt uns förmlich der typische Geruch der norwegischen Hafenzstädte, der salzig-tranige See- und Fischgeruch entgegen.

Und dennoch: Etwas völlig anderes sind Meer und Landschaft zum Beispiel bei Knut Hamsun. Vielleicht läßt sich die ganz eigentümliche Mischung des volksmäßig Generellen und des rein Persönlichen in jedem Künstler kaum je so gut studieren wie in dem menschlich dichterischen Gegensatz dieser beiden norwegischen Künstlertemperaturen: Kiellands und Hamsuns. Der erste, soweit das dort oben möglich ist, scharf, klar, festumrissen, geradlinig und unzweideutig. Hamsun dagegen intuitiv, ein Künstler mit expansiver Phantasie, mit überquellenden Gefühlen, schillernd, nebelhaft, in einem unablässigen Ab und Auf der Stimmung, mit den ungezählten Schattierungen und Übergängen, dem zarten Licht- und Schattenspiel, der Gewitterschwere und der sonnklaaren Stille, mit dem Sturm und der Ewigkeitsruhe des Meeres. Kiellands Gestalten stehen in der norwegischen Küstenlandschaft, sie tragen die Züge des norwegischen Schiffer- oder Kaufmannstypus, weil der Dichter nur diese Landschaft und diese Menschen so völlig kannte, weil er nur sie so tief erlebt hatte, daß sie in ihm zum Bild erwachsen. In Hamsun dagegen sind das Land und der Künstler nur eines; Norwegens Meer und Norwegens Himmel spiegeln sich in seiner eigenen Seele. Und wohl erst diese letzte Erdständigkeit, dieses völlig unlösliche Verbundensein des Menschen mit der Atmosphäre und dem Boden, aus denen er erwuchs, wohl erst dies ist das Zeichen der ganz ursprünglichen Künstlernatur. Deshalb ist in den feinsten Dichtern stets der durchdringende Heimatston; deshalb klingt es und singt es in ihnen wie in der Luft des Landes, dem sie entstammen, deshalb blühen in ihrer Sprache die Farben ihrer Wälder und Gärten, deshalb sind sie mit so unzerreißbaren Fäden in ihr spezifisches Volkstum verknüpft, daß wir sie nur im Zusammenhang mit diesem Volkstum wirklich innerlich empfinden können. So begreift vielleicht nur der erst die eigentümlichen Wesenszüge, die scharf durchgehende bildliche Art Differenz dänischer und norwegischer Dichtung, der einmal die Landschaft dort oben selbst gesehen und durchwandert hat. In Dänemark die schwellende Weichheit, die bunte, trunkene, lebensdurstige Fülle der sonndurchglühten blauen Sommertage, die träumerische Melancholie blühender Heidestrecken, Wälder und Felder und Hügel und immer in lockender Nähe der unendliche Blick über das Meer. In Norwegen stundenweite, tiefe Einsamkeit, schroffe Unzugänglichkeit, die starren, wilden, großartigen Linien mächtiger Hochgebirge, düstere, in ewige Sonnenlosigkeit getauchte Bergseen neben lichtübergossenen Gletscherfeldern, kahle Schluchten fast dicht bei fruchtbar blühenden, südlich reichen Ebenen, ein ewiger, seltsamer, phantastisch-märchenhafter Wechsel der Landschaft. Nur hier wird uns Brands eisern starre Kraft, aber auch nur hier wird uns Peer Gynts wilde, wahn-sinnig schweifende Phantasie lebendig. Der dunkle Ernst, die gedankenvolle Schwere, das Grüblerische, Lebensfremde, Religiöse und auch wieder der mystisch urweltliche Zug der großen norwegischen Dichter wird begreiflich aus der norwegischen Landschaft wie Jacobsens weiche Sinnlichkeit und quellende Farbenfreude, die Glut seines Lebensgefühls auf dänischer Erde ge-

SELA ROON · BISSOLATI UND DIE EMSER DEPESCHE



OEBEN hatte Bismarck den beiden Freunden die von ihm unredigierte Depesche vorgelesen. »Vorher war es eine Chamade, jetzt ist es eine Fanfare«, rief Moltke hocheifrig. Da öffnete sich die Tür, und herein stürzte Leonida Bissolati. Ohne auch nur den Hut vom Kopf zu nehmen, sprudelte er mit südländischer Beredsamkeit eine glänzende Rede hervor über die entsetzliche Verantwortung einen Krieg zwischen zwei Kulturvölkern zu entfesseln, selbst wenn ein solcher auf die Dauer unvermeidlich erscheine; jeder Aufschub sei hier Gewinn, und wer wolle es wagen die unumgängliche Notwendigkeit des Krieges zu beschwören.

Mit einem wurschtigen Lächeln auf seinen Zügen hatte Bismarck ruhig zugehört. Moltke und Roon waren sichtlich ergriffen; es war mehr als zweifelhaft, ob sie das Spiel des Kanzlers weiter unterstützen würden. Da öffnet sich die Tür von neuem, und Oda Olberg betritt atemlos das Zimmer: »Habe ich endlich das Bürsechen erreicht mit seinem Glauben an die entscheidende Bedeutung der Persönlichkeit? Hat er etwa auch hier der Meinung Ausdruck gegeben, daß vielleicht sein Eintritt in das Kabinett den Krieg verhindern könne? Diese Bemerkung erhellt wie ein mächtiger Scheinwerfer die ganze reformistische Taktik der letzten Jahre. Man begreift, daß die Reformisten ein quälendes, ja ein erdrückendes Verantwortlichkeitsgefühl in ihrem politischen Wirken haben. Wenn sie einem einzelnen Menschen die Fähigkeit zutrauen geschichtliche Ereignisse zu lenken, dann muß der bloße Gedanke einen Kabinettswechsel herbeizuführen ihnen eine ganze Welt von Besorgnissen und Verantwortlichkeit aufrollen. Der neue Minister könnte ja sogar einen europäischen Krieg herbeiführen! Für Menschen, in deren Kopf sich das geschichtliche Werden in dieser Form spiegelt, und die natürlich nicht nur dem Minister sondern auch sich selbst die Fähigkeit zuschreiben müssen durch die Arbeit ihres eigenen Gehirns Geschichte zu machen, ist kaum eine andere Aktion denkbar als die des Sichanschniegens an das Bestehende und Erprobte . . .«¹⁾

Bissolati hatte, trotz seines ruhmreichen Vornamens, vor diesem Redeschwall bereits Reißaus genommen: stand er doch damals noch im zartesten Knabenalter. Auch Oda Olberg verließ nach tapfer erfüllter Parteipflicht (selbstverständlich ohne Gruß) das Zimmer. Auf Bismarcks Gesicht lag noch immer das wurschtige Lächeln. »Aber die Dame hat ja noch gar nicht das Licht der Welt erblickt«, murmelte Roon, wie aus einem Traum erwachend. Der Bann war gebrochen, auf Bismarcks Gesicht kehrte der Ernst zurück, und die Weltgeschichte konnte ungestört ihren Lauf nehmen. Unser Wilhelm Liebknecht aber konnte seine »geschichtliche und wahrheitsgetreue Darstellung der wahren Ursachen und der wahren Urheber des deutsch-französischen Krieges« mit den lapidaren Worten schließen: »Und von unschätzbarem Nutzen wird es sein, wenn das Volk durch die Fälschung der sogenannten *Emser Depesche* Klarheit darüber erlangt, was heutzutage für *geniale Staatsmannskunst* gelten kann, was für Menschen und was für Grundsätze die Geschehe der

¹⁾ Den Wortlaut der Rede Oda Olbergs hat diese selbst veröffentlicht: Siehe Olberg *Der Parteitag von Reggio Emilia* in der *Neuen Zeit*, 1912-1913, 2. Band, pag. 602.

Völker noch in dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts regieren konnten.«²⁾

Für den historischen Materialismus ergeben sich hieraus 2 mögliche Schlußfolgerungen:

Entweder: Eine einzelne Persönlichkeit vermag zwar einen Krieg zu entfesseln, der ohne ihr Eingreifen nicht zum Ausbruch gekommen wäre, dagegen vermag sie nicht einen Krieg hintanzuhalten.

Oder: Solche persönlichen Eingriffe konnten zwar noch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Erfolg haben, im ersten Drittel des 20. sind sie bereits unmöglich.

Hoffen wir das letzte!

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Türkei: Die Türkei ist an einem vollständig neuen Abschnitt ihrer zuletzt recht sprunghaften Entwicklung angelangt, und für die nächste Zukunft scheinen die Aussichten, nach innen wie nach außen, wenig friedlich und beruhigend. Die Einsetzung und das Auftreten des Ministers Mukhtar Pascha, die Kammerauflösung vom 4. August war die offizielle Entthronung des Jungtürkentums und seines leitenden Komitees für Einheit und Fortschritt. Werden die Deposierten kampflös beiseite gehen, und wird der lockere Zusammenhalt des national und religiös zerrissenen, von den Schäden der eigenen Vergangenheit niedergedrückten und gehemmten Türkenreichs die neue Erschütterung ohne Katastrophe ertragen?

Die Schwäche der jungtürkischen Revolution wurde anfangs durch den allgemeinen Enthusiasmus, durch die ersten Reformanläufe und Reformversprechungen verdeckt, sie trat jedoch mit der Zeit immer sichtbarer hervor. Die Ereignisse von 1908, die eine glänzende demokratische Umgestaltung des alten orientalischen Despotenstaats einzuleiten schienen, waren im Grunde lediglich das Werk einer aufgeklärten, durch die vorgefundene Armeeverfassung wohlorganisierten Minderheit, nicht, wie sonst in der politischen Geschichte, das Ergebnis einer einheitlichen breiten Massenbewegung. Nachdem sich der erste Rausch der Verbrüderung zwischen früher tod-

feindlichen Elementen: Bulgaren, Griechen, Albanern, Osmanen, Muhammedanern, Christen und Juden gelegt hatte, rührten sich die alten Gegensätze sofort von neuem. Nicht einmal geordnetere Formen zu ihrer Austragung vermochten sich herauszubilden; Parteien im europäischen Sinn kennt die Türkei bis heute nicht. Beeinflussungen von außen, wie im albanisch-makedonischen Wetterwinkel und in Südwestarabien, führten der nationalen und religiösen Verfeindung immer wieder Zündstoff zu. Die jungtürkische Minorität mag von vornherein die fortschrittlichste Kraft in diesem gärenden Chaos dargestellt haben, aber gleich nach ihren ersten leicht erungenen Triumphen vermochte sie die Einheit wie den Fortschritt in ihrem Sinn nur durch künstliche Eingriffe und Übergriffe aller Art, oft mit recht altdespotischem Beigeschmack, aufrechtzuerhalten. Was anfangs nur als Abwehr gegen die zurückgedrängten reaktionären Kräfte gedacht sein mochte, kehrte sich mehr und mehr gegen alle widerstrebenden Volksströmungen. Nur ein unerhörter Wahlterrorismus, vom Ministerium des Innern in Konstantinopel ausgehend und bis in die letzten Provinzecken sich fortpflanzend, sicherte das Übergewicht in der Kammer. Vereins- und Preßfreiheit standen sehr bald lediglich auf dem Papier, die politische Volksbetätigung zog sich in Klubs, in Geheimbünde und zuletzt in munternde, kleinkriegsführende, bewaffnete Banden zurück; mit jedem neuen Monat mußte so die Rückkehr zu einer normalen inneren Entwicklung immer

²⁾ Siehe Liebknecht *Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden* (Nürnberg 1891), pag. 45.

schwieriger werden. Dazu kam, daß der chauvinistische Einschlag bei dem Jungtürkentum immer unverkennbarer sichtbar wurde; die politische Reichseinheit wurde von den neuen Staatsspitzen als gleichbedeutend mit der weitestgehenden Vorherrschaft des Osmanentums angesehen. Druck erzeugt Gegendruck, und sehr bald loderten die alten Aufstandsbewegungen der unterdrückten Nationen und volklichen Splitter wieder empor. Die letzten Kammerwahlen versagten als Ventil erst recht, weil der amtliche Wahllapparat rücksichtsloser denn je alle oppositionellen Regungen erstickte. Doch waren schließlich die tieferen Gegenströmungen dadurch nicht zum Stillstand gebracht. Das Parlament selber zahlte letzten Endes diesen Widerspruch zwischen Schein und Sein mit seiner innern Entkräftung. Es blieb zwar staatsrechtlich-formell allmächtig, konnte Regierungen nach Belieben, durch Mißtrauensvoten stürzen und brach doch beim ersten feindlichen Vorstoß realer Kräfte hilflos zusammen. Am 15. Juli hatte die Kammer noch mit der unnatürlichen Majorität von 194 gegen 4 Stimmen durch ein Vertrauensvotum das jungtürkische Ministerium zu halten und zu kräftigen gesucht; 2 Tage später lag dieses leblos am Boden. Im Augenblick des erzwungenen Auseinandergehens hat die Kammer nochmals dem Ministerium Ghazi Mukhtar Pascha ihr Mißfallen bekundet; aber das Ministerium wich und wankte nicht, während die Kammer in alle Richtungen des Himmels auseinanderstob.

Vorläufig spielt sich die weitere Auseinandersetzung noch in den unblutigen Formen eines Verfassungskonflikts ab. Die Regierung hat Neuwahlen angeordnet und wird diese wahrscheinlich in ihrem Sinn leiten. Die Jungtürken erklären die von der Regierung im Einvernehmen mit dem Senat vollzogene Kammerauflösung für staatsrechtlich unwirksam. Sie planen die Wiedereröffnung des alten, nach ihrer Meinung nur vertagten Parlaments in Saloniki; auch eine entsprechende parlamentarische Regierung, von Saloniki aus, scheinen sie in Bereitschaft zu haben. Nun sind dort aufständische und aufstandslustige Völkerschaften und die gegen sie zusammengezogenen Truppen so nahe, daß jeder heftige parlamentarische Verfassungskampf sehr leicht in Flintengeknatter und Kanonendonner sein Echo finden kann. Bei alledem ist die nächste Frage, wie weit das Jungtürkentum

Anhang noch in der Armeeführung selber besitzt. Zerbröckelt diese letzte Einheit der Armee, dann dürfte das türkische Problem hauptsächlich von außen her seine Lösung finden, unter folgenreichen Entscheidungen für alle europäischen Großmächte.

× **England im Mittelmeer** ×

Die Vielgeschäftigkeit der Diplomatie entspricht schon seit längerer Zeit dieser möglichen Entwicklung im nahen Osten. Die Übersiedelung des Freiherrn von Marschall von Konstantinopel nach London drückte das letzte Siegel auf eine nicht mehr zu umgehende Kursänderung der deutschen Orientpolitik. Der deutsch-russischen Begegnung in Baltischport folgten französisch-russische Verhandlungen. Besonders die Freigabe der Dardanellendurchfahrt ist anscheinend zu einer Frage geworden, bei der Deutschland für sein Entgegenkommen Gegenleistungen von Rußland einzuhandeln sucht, während es der englischen Politik naturgemäß schwerer fällt einer neuen Mittelmeeremacht für alle Zukunft die Tore zu öffnen, selbst wenn diese Macht heute zur Tripelentente gehört. Zusammen mit dem allmählichen Ausbau einer österreichischen Schlagschiffflotte und mit der Besetzung ägäischer Inseln durch Italien hat dies der englischen Mittelmeerpolitik einen plötzlichen Ruck wieder nach der kaum verlassenen, alten Richtlinie hin gegeben. Die Vorschiebung der früheren Mittelmeerstreitkräfte nach Gibraltar und der Nordsee hält man zwar im Augenblick noch immer für die dringendste Forderung. Aber über eine dauernde Selbsteliminierung im Mittelmeer denkt man mit einemmal ganz anders. »Die Seeinteressen«, schreiben die *Times*, »sind für uns eine Lebensfrage. Unter ihnen beansprucht unsere Stellung im Mittelmeer ungleichbar einen hohen Rang. . . . Wie es heißt, hat sich das Reichsverteidigungskomitee letzthin mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und es soll sich mit Entschiedenheit für Festhaltung einer starken Flottenmacht in den mittelmeeerischen Gewässern ausgesprochen haben. Das ist unsere traditionelle Politik, und eine bestimmte Politik wird niemals ohne durchschlagende Ursachen zu einer festen Tradition. Nichts ist in den letzten Jahren geschehen, um diese Ursachen zu erschüttern; vieles hat sie nur verstärkt. Das Mittelmeer ist unsere nächste Straße nach Indien, nach den Dominien im Stillen Ozean, nach dem

fernen Osten. Es ist unsere einzige brauchbare Straße nach Ägypten. Es ist der Hochweg, auf dem uns ein beträchtlicher Teil unserer Lebensmittelzufuhr erreicht, und, wie Sir Edward Grey beim Etat des Auswärtigen Amtes darlegte, die Gegenwart einer genügenden Flottenmacht an dieser Stelle ist für uns unentbehrlich zur Sicherung unseres diplomatischen Einflusses in Europa.« Die Regierung hat in der Tat als nächste, später zu erweiternde Maßnahme beschlossen vor Malta 4 der neuesten Schlachtkreuzer zu stationieren und Malta sowohl wie Alexandrien mit Torpedoflottillen auszurüsten.

Glücklicherweise zunächst ohne praktischen Belang ist der Rücktritt Englands von der internationalen Zuckerkonvention. Aber gerade erfreulich ist er auch nicht, da Englands Haltung eine Verneinung vor der russischen Prämiennißwirtschaft und damit eine Schwächung der Prämiengegner darstellt. Wenn es nach England schon vor den letzten internationalen Verhandlungen gegangen wäre, so hätten die mitteleuropäischen Rübenzuckerländer einer vollkommen unbeschränkten, prämierten Schleuderkonkurrenz Rußlands gegenüber gestanden, und sie vermochten diese indirekte Aufmunterung und Unterstützung des russischen Plünderungssystems durch England ihrerseits nur deshalb zu parieren, weil Rußland nach dem älteren Vertrag noch längere Zeit im Export gebunden war, während ihm nur die Erlaubnis zu rascherer Abstoßung seiner Vorräte einigermaßen Luft verschaffen konnte. Trotz allen widerwilligen Windens und Drehens mußte sich Rußland schließlich zu einer Verlängerung der Konvention bis 1918 verstehen, um durch die erstreute und von den Gegenparteien genehmigte Zulassung vermehrter momentaner Ausfuhr aus den schlimmsten Überproduktionsverlegenheiten befreit zu werden (siehe meinen Artikel *Die Brüsseler Zuckerkonvention in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 418 ff.). Bis zum 31. August 1918 ist somit zu eine Erschütterung des wichtigen internationalen Vertragswerks durch eine vollkommen freigegebene russische Schleuderkonkurrenz nicht zu denken. Englands Rücktritt geschieht unter 1jähriger Kündigung; es ist demnach vom 1. September 1913 ab als ausgeschieden zu betrachten. Bereits in dem neuen Ab-

kommen vom 17. März 1912 war es unter den vertragschließenden Staaten überhaupt nicht mehr aufgeführt; es hat also eigentlich nur noch seinen Nichtanschluß ausdrücklich formell bekundet.

Die holländische Zolltarifkommission hatte die Beratungen mit den Ressortministern im Mai beendet und hat nunmehr ihren Bericht veröffentlicht. Gegenüber den Zollvorschlägen der Regierung sind einige Abstriche vorgenommen worden. Eine Erledigung der Zollfrage noch im laufenden Jahr ist wenig wahrscheinlich. Der amerikanische Senat beschloß am 9. August von den Panamakanalabgaben amerikanische Schiffe freizulassen, falls sie nur in der »Küstenschiffahrt« verkehren (wozu man in Amerika aber auch den Verkehr zwischen den Ost- und Westhäfen, also etwa zwischen New York und San Francisco rechnet, ferner sogar den Verkehr mit den amerikanischen Besitzungen im Stillen Ozean), und falls sie für den Kriegsfall sich der Regierung zur Verfügung halten wollen, was zweifellos bei so erheblichem Abgabengewinn fast allseits geschehen würde. England erhob Widerspruch gegen diese Verletzung des Hay-Pauncefote-Vertrags, der gleiche Behandlung aller Schiffe zusichere. Der Nationalkonvent der Progressisten nominierte am 7. August in Chicago Roosevelt für die Präsidentschaftskandidatur, den kalifornischen Gouverneur Johnson für den Vizepräsidentenposten.

Die schon früher hier empfohlene *Politische Bibliothek*, die bei Eugen Diederichs in Jena erscheint, hat auch den einen großen Vorzug, daß sie deutsche Leser mit hervorragenden Werken der Auslandsdemokratie bekannt macht. So mit Lloyd Georges Reden (*Bessere Zeiten*). Von eigenartigem Reiz sind ferner die naturwissenschaftlich-psychologischen, jeden Skeptizismus abwehrenden Betrachtungen von Graham Wallas (*Politik und menschliche Natur*) über die Funktionen der Wahlen, der Parteibildungen und Parteikämpfe, der Vertretungssysteme, über die Herstellung eines gesunden Maßverhältnisses zwischen Vertreterum und Beamtentum, über die Erziehung der Wähler, über die Beziehung der Rassen- und Nationalitätenfrage zu den humanitären Ideen unserer Zeit. Eine Vorrede Bernsteins

schildert kurz die Stellung und das Wirken des geistvollen Verfassers als *Fabianer* neben Shaw, Olivier und Webb, dann als Reformler und Progressist in den Kreisen des Londoner Grafschaftsrats. X Zu dem hier bereits erwähnten Bändchen der selben Bibliothek *Die Zukunft in Amerika* von H. G. Wells, die einige Grunderscheinungen der amerikanischen Entwicklung (das unbändige Wachstum, die Einwanderung, die Arbeiterklassenlage, die Korruption, die Tragödie der farbigen Rasse, die Staatssehn und Staatsohnmacht und doch wiederum die Fähigkeit zu plötzlichen großen Reformbewegungen) schildert, bildet eine unter gleichem Titel erschienene Abhandlung des Professors Joh. Plenge-Leipzig in den *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung* /Berlin, Springer/ eine feinsinnige Ergänzung. Beide Schriften zusammen eröffnen in engem Rahmen den denkbar besten Einblick in die Struktur des amerikanischen Sozial- und Wirtschaftslebens. X Die geistigen Kräfte, die die Zentrumsparlei um sich zu sammeln verstanden hat, werden in Deutschland noch recht oft unterschätzt. Eine große, im Reich und in Einzelstaaten einflußreiche und gutorganisierte Partei, ein entwickeltes, weitverzweigtes Zeitschriften- und Zeitungswesen, eine stattliche Schaar von Gelehrten an staatlichen und kirchlichen Anstalten und in unabhängiger Stellung ermöglichen selbstverständlich gemeinsame literarische Leistungen von nicht gewöhnlichem Rang. Auf außerordentlich hoher Stufe steht vor allem das *Staatslexikon* /Freiburg, Herder/, dessen redaktionelle Leitung in der erfahrenen Hand Dr. Julius Bachems-Köln liegt, und dessen 2. Auflage in den *Sozialistischen Monatsheften* (1905, 1. Band, pag. 101 ff.) bereits besprochen wurde. Der buchhändlerische Erfolg war ein ganz überraschender; noch während der Fortführung der 3. Auflage machte sich ein Neudruck der ersten 3 Bände notwendig. Zur Kennzeichnung des Gebotenen nenne ich zum Beispiel aus dem 4. Band: die Behandlung des Reichsfinanzwesens durch Müller-Fulda, der Schutzgesetzgebung für Arbeiter durch Professor Hitze, der Presse durch Karl Bachem, der Sparkassen durch Stadtkämmerer Dr. Sperlich. »Das *Staatslexikon* verleugnet nirgends den katholischen Boden«, heißt es in der programmatischen Ankündigung; aber die Art dieser Stellungnahme wird auch auf Gegner nirgends abstoßend wirken, und

andrerseits wird man über das Verhältnis von Staat und Kirche, über Recht und Rechtsgesetz den Ausführungen von Männern wie Freiherrn von Hertling und Cathrein immer Beachtung schenken müssen. X Eine ungewöhnlich tapfere und unabhängige Schrift, auf die wir später noch besonders zurückkommen, ist E. D. Morels *Morocco in Diplomacy* /London, Smith & Elder/. Morel, der für afrikanische Fragen sogar zum Mitarbeiterstab der gehässig deutschfeindlichen *Times* gehört, sieht im Grunde, obwohl er nicht alle deutschen Maßnahmen billigt, Deutschland von dem, zu diesem Zweck vereinigten England und Frankreich schlecht behandelt. In der gewollten Ausschaltung Deutschlands durch die englisch-französisch-spanischen Abkommen über Marokko, »die Deutschland behandeln, als hätte es keine Stimme im Rat der Nationen«, liege die Hauptursache, daß »länger als 7 Jahre die ganze europäische Atmosphäre vergiftet« worden sei. Sogar die Entsendung des Pauthers nach Agadir hält er, zur Erzwingung von Verhandlungen, für notwendig, und das ganze Verfahren des Londoner Auswärtigen Amts, um Deutschland, nach Morel ganz berechtigtes Verlangen nach Kompensationen, nach Möglichkeit zum Scheitern zu bringen, unterzieht er einer bitteren Kritik. Eine reiche Beigabe von Dokumenten vermehrt die Bedeutung des Werks.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Gartenstadt Leipzig-Marienbrunn Die internationale Ausstellung für Bau- und Wohnungswesen, die im Jahr 1913 in Leipzig stattfinden wird, hat den Anlaß zu einem interessanten Zusammenarbeiten von Stadtgemeinde und Gartenstadtgesellschaft mit dem Ziel der Errichtung einer Mustersiedlung gegeben, die nicht nur den Zwecken der Ausstellung dienen sondern dauernden Bestand haben soll. Die Ansiedlung wird neben dem Ausstellungsgelände errichtet und durch eine Schwebebahn mit ihm verbunden. Es wurde zunächst eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung *Gartenstadt Leipzig-Marienbrunn* mit 205 000 Mark Stammvermögen gegründet. Der Gesellschaftsvertrag ist auf den von der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* vertretenen Grundsätzen aufgebaut. Der 4% übersteigende Gewinn ist für gemeinnützige Anlagen innerhalb des Unternehmens und für Rücklagen zu verwenden. Die Ansiedlung wird auf städtischem Gelände

errichtet, das der Ausstellung vorgelagert und bis heute Ackerland geblieben ist. Die Siedlung wird $3\frac{1}{2}$ Kilometer vom Rathaus entfernt sein und eine gute Verbindung mit dem Stadttinnern durch die Straßenbahn erhalten. Dieses Gelände wird nun von der Gesellschaft in Erbbaurecht übernommen. Die Gesellschaft bleibt Eigentümerin der Häuser und gewährt den Mietern ein eigentumsähnliches, auf längere Zeit nur von seiten der Mieter kündbares Erbmietsrecht. Die Mieter erhalten also die Vorteile des Eigentums ohne seine Nachteile. Um aber das Interesse der Bewohner an dem Haus oder der Wohnung zu sichern, haben sie eine hypothekarische Schuldverschreibung auf das Haus in der Höhe der letzten 25 % des Bauwerts zu geben. Bei Mehrfamilienhäusern verteilt sich der Betrag auf die einzelnen Wohnungen. Bei den ganz billigen Wohnungen wird von einer einmaligen größeren Kapitalaufwendung überhaupt abgesehen werden müssen. Da die erste Hypothek bei Erbbauunternehmungen in der Regel nur vom Besitzer des Geländes oder unter dessen Garantieübernahme erlangt werden kann, hat sich die Stadt Leipzig auch bereit erklärt ein entsprechendes Darlehen zu gewähren. Der darüber abgeschlossene, von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 5. Juni genehmigte Erbbauvertrag sieht darüber folgendes vor: Das Erbbaurecht wird an einer Fläche von 85 000 Quadratmeter auf 99 Jahre bestellt. Die Gartenvorstadt ist verpflichtet die errichteten Bauwerke nebst Zubehörenden in einem guten baulichen Zustand zu erhalten. Zu diesem Zweck verpflichtet sie sich bis zum Ablauf des Erbbauvertrags jährlich 0,5 % des Bauwerts einem Fonds zuzuführen, aus dem die Kosten der Ausbesserungen bestritten werden. Der jährliche Erbbauzins beträgt 3 % des Wertes der jeweilig in Bebauung genommenen Flächen und der dazu gehörigen Straßen und Plätze des Erbbaugeländes unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 4 Mark für den Quadratmeter. Bis zum Beginn der Bebauung ist der von den bisherigen Pächtern gezahlte Pachtzins zu entrichten. Für den Erbbauzins wird eine Reallast an dem Erbbaurecht an erster Stelle bestellt. Die Herstellung der Straßen, Fußwege, Plätze und gärtnerischen Anlagen erfolgt auf Kosten der Stadtgemeinde. Die Gartenvorstadt ist verpflichtet diese Kosten mit 4 % jährlich zu verzinsen und mit $\frac{1}{2}$ % zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. Die Stadtgemeinde gewährt für je eine bestimmte Anzahl von Gebäuden, für deren

Errichtung die Einwilligung des Rates notwendig ist, ein Baudarlehen bis zum Höchstbetrag von 75 % des Wertes der auf dem Erbbaugelände errichteten Gebäude. Die Auszahlung geschieht in der Weise, daß 30 % nach Fertigstellung der ersten Balkenlage und weitere 30 % beim Heben des Daches gewährt werden. Die Zahlung der Schlußrate erfolgt erst, wenn die betreffenden Gebäude fertiggestellt und vom Rat der Stadt geschätzt worden sind, und nachdem die Umwandlung der für das Baudarlehen einzutragenden Sicherungshypothek in eine ordentliche Hypothek und die Eintragung der Umwandlung in den Grundbüchern erfolgt ist. Das Darlehen ist bis zum Betrag von 60 % des Bauwerts mit 4 % jährlich zu verzinsen. Darüber hinaus beträgt die Verzinsung (dies eine Verschlechterung der Mittelstandsparteien des Stadtverordnetenkollegiums) $4\frac{1}{2}$ %. Die Tilgung hat mit 0,3 % zuzüglich der durch Tilgung ersparten Zinsen zu erfolgen. Die Tilgung beginnt nach Ablauf des 2. Jahres vom Ende des Jahres an gerechnet, in dem die baupolizeiliche Abnahme der betreffenden Gebäude erfolgt. Die Gartenvorstadt bestellt der Stadtgemeinde zur Sicherung des Baudarlehens und der Zinsen am Erbbaurecht eine Sicherungshypothek bis zum Betrag von 2 Millionen Mark. Sie ist bei der Festsetzung der Schlußrate des Baudarlehens in eine gewöhnliche Hypothek umzuwandeln. Die Gartenstadt ist verpflichtet nach Ablauf des Erbbauvertrags die auf dem Erbbaugelände vorhandenen Bauten und Anlagen an die Stadt Leipzig lastenfrei zu Eigentum zu übertragen. Sie hat jedoch ein Vorrecht, wenn die Stadtgemeinde nach Ablauf des Vertrags wieder ein Erbbaurecht an dem Erbbaugelände bestellen will. Unter bestimmten Bedingungen, wie Auflösung oder Liquidation der Gartenstadt, Konkurs oder Zwangsversteigerung, Rückständigkeit mit Zahlung der Hypothekenzinsen und Tilgungsraten, nicht genehmigte Bebauung des Geländes usw., ist die Stadt berechtigt vor Ablauf der Vertragsdauer und ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist die Rückübertragung des Erbbaurechts mit den auf dem Erbbaugelände befindlichen Bauwerken und Anlagen und seine Löschung im Grundbuch sofort zu verlangen. Um in diesen Fällen die Mieter gegen den Verlust der von ihnen gewährten zweiten Hypothekengelder zu schützen, ist eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen, wonach die den Mietern bestellten Hypotheken ohne persönliche Haftung der Stadtgemeinde,

jedoch höchstens bis zu einem Viertel des zur Zeit des Rückfalls vorhandenen Bauwertes am Grundstück bestehen bleiben. Von den 85 000 Quadratmetern, die zunächst für die Gartenstadt reserviert sind, gehen ungefähr 24 % für Straßen und Plätze ab. Es waren nach dem Entwurf vorgesehen 86 Einfamilien-, 19 Zweifamilienhäuser und 28 Häuser für 4 bis 6 Familien. Die letzteren bilden die Randbebauung im Süden des Geländes. Die Wohnungen in den Ein- und Zweifamilienhäusern sollten in der Hauptsache 450 bis 1000 Mark kosten, und dieser Teil soll zunächst zur Ausführung gelangen. Es waren also keine Kleinwohnungen vorgesehen, sondern mittlere Wohnungen, die auch für den bessern Mittelstand ausreichen. Die Wohnungen in den später zu erbauenden Reihenhäusern sollten 280 bis 400 Mark kosten. Auf die 68 Häuser des ersten Bauabschnitts wollte die Stadt ein Darlehen von 800 000 Mark gewähren.

Gegen die Vorlage des Rates wurde von zwei Seiten Widerspruch erhoben, einmal von den Hausbesitzern, die die Herstellung der Wohnungen für den Mittelstand, an denen kein Mangel in Leipzig sei, aufs nachdrücklichste angriffen und die überhaupt Gegner jedes Eingreifens der Stadt in die Wohnungsherstellung sind, auf der andern Seite von der sozialdemokratischen Fraktion, die eine stärkere Ausnutzung der Anlage für die Mindestbemittelten verlangte. Diese war aber bereit ihren Widerspruch fallen zu lassen, wenn durch eine Abänderung des Planes diesem Wunsch Rechnung getragen würde. Infolgedessen wurde das Verhältnis der Kleinwohnungen zu den Wohnungen im Mietspreis über 450 Mark auf 75 : 25 gebracht, gegen 62 : 38 nach dem anfänglichen Plan. Ferner wurde die Bestimmung aufgenommen, daß von den Kleinwohnungen mindestens 80 % an versicherungspflichtige Mieter abgegeben werden müssen, und endlich die Bedingung aufgestellt, daß ein Teil der Häuser, die Kleinwohnungen enthalten, schon zur Ausstellung fertig sein muß. Infolgedessen wurde auch das Baudarlehen um 225 000 Mark erhöht.

Für die kleinen Wohnhäuser wurden in dem Ortsgesetz über die Bebauung des Areals besondere Bestimmungen festgesetzt. Als kleine Wohnhäuser gelten solche Wohngebäude, die aus höchstens 2 Geschossen bestehen, und deren Hauptsimsoberkante nicht höher als 7,5 Meter über Gelände liegt. Einzelräume (Fremdenzimmer, Mädchenzimmer) sind im Dachgeschoß bis zur Hälfte der Grund-

fläche statthaft, ohne daß dieses als Vollgeschoß betrachtet wird. Selbständige Dachwohnungen über dem ersten Obergeschoß sind in kleinen Wohnhäusern nicht zulässig. Die Umfassungsmauern haben im Keller und Erdgeschoß eine Mindeststärke von 38 Zentimeter (!) zu erhalten. Die Umfassungen des Obergeschosses können aus Fachwerk hergestellt werden, wenn durch innere oder äußere Isolierungen genügender Schutz gegen Kälte und Feuchtigkeit gewährleistet wird. Die Mittelmauern dürfen $\frac{1}{2}$ Stein stark ausgeführt werden, wenn die Tiefe des Gebäudes 12 Meter nicht überschreitet. Die gemeinschaftlichen Brandmauern müssen eine Mindeststärke von 38 Zentimeter im Kellergeschoß und 25 Zentimeter in den anderen Geschossen erhalten. Die Treppenhausumfassungen können in Gebäuden, in denen nicht mehr als 2 Familien wohnen, in $\frac{1}{2}$ Steinstärke ausgeführt werden. Auch kann in solchen Gebäuden ein Verputzen der Untersichten bei Eichenholztreppen unterbleiben. In Einfamilienhäusern hat die Mindestbreite des Treppenlaufs 0,85 Meter, in Zweifamilienhäusern 0,90 Meter im Lichten zu betragen. Über die Höhe der Wohnräume waren die Ansichten geteilt. Die Ratsvorlage schlug eine solche von 2,60 Meter vor, der Ausschuß der Stadtverordneten setzte dieses Maß auf 2,85 Meter hinauf, für Mädchenzimmer von 2,30 auf 2,60 Meter. Schließlich wurde ein Vermittlungsantrag angenommen, der die Maße auf 2,70 und 2,50 Meter festsetzte. Außerdem enthält das Ortsgesetz noch erleichternde Vorschriften für Waschküchen, Schornsteine und Baderäume. Im allgemeinen gehen sie sicherlich nicht über das erforderliche Maß hinaus. Man darf vielmehr wohl die Frage aufwerfen, ob nicht noch weitergehende Erleichterungen namentlich auch für die Treppenbreite, die Herstellung der Treppenhäuser usw. erwünscht gewesen wären. Jedenfalls aber wäre man mit einer lichten Höhe von 2,60 Meter vollständig ausgekommen. Die Erhöhung der Maße bedeutet nur eine Verteuerung der Baukosten, ohne daß ein Gegenwert dafür entsteht.

×
Straßenreinigung Der Gesetzentwurf über die
Reinigung öffentlicher Wege,
der den preussischen

Landtag bereits in den Sessionen 1910 und 1911 beschäftigt hatte, ist endlich in der Session dieses Jahres von den beiden Häusern verabschiedet worden. Der vorjährige Entwurf war daran gescheitert,

daß sich die beiden Häuser nicht über das Fortbestehen der Observanzen und örtlichen Gesetzesvorschriften einigen konnten. Das Abgeordnetenhaus hatte eine Bestimmung eingefügt, nach der diese 3 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes erlöschen; sofern ein Bedürfnis dafür vorliegt, sollten sie durch ein Ortsstatut, das auf Grund des Gesetzes zu erlassen ist, ersetzt werden. Das Herrenhaus hatte aber diesen Absatz abgelehnt, da es eine zu starke Störung des bestehenden Rechtszustandes und eine unnötige Beunruhigung zahlreicher Landgemeinden, in denen der gegenwärtige Rechtszustand befriedigend ist, davon befürchtete. Das Abgeordnetenhaus hat sich im Lauf der diesjährigen Beratungen den Ausführungen des Herrenhauses angeschlossen, namentlich auch auf Grund einer von der Regierung vorgelegten Statistik, wonach in der weitaus überwiegenden Zahl von Gemeinden, in denen eine polizeimäßige Reinigung tatsächlich stattfindet, die Anlieger auf Grund örtlicher Gesetzesvorschrift oder Observanz zur polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Wege ganz oder teilweise verpflichtet sind. Damit wurde ein wesentliches Hindernis für das Zustandekommen des Gesetzes aus dem Weg geräumt.

Der von der Regierung vorgelegte Entwurf stimmt mit dem vorjährigen Gesetzentwurf, wie er aus den Beratungen des Herrenhauses hervorgegangen war, im wesentlichen überein. Er beschränkt sich also auf die Regelung der polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Wege und sieht davon ab eine Bestimmung über die Aufbringung der aus der polizeimäßigen Reinigung den Gemeinden erwachsenden Kosten durch Kommunalabgaben zu treffen. Hierfür bleibt also bis auf weiteres das Kommunalabgabengesetz maßgebend.

Das neue Gesetz bestimmt in seinem § 1, daß die polizeimäßige Reinigung öffentlicher Wege einschließlich der Schneeräumung, des Bestreuens mit abstumpfenden Stoffen und des Besprengens zur Verhinderung von Staubentwicklung als eine von der Polizeibehörde erzwingbare öffentliche Last derjenigen Gemeinde obliegt, zu deren Bezirk der Weg gehört, soweit nicht hierzu ein anderer nach den Bestimmungen des Gesetzes verpflichtet ist. Es wird also weder sachlich noch örtlich die Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung erweitert. Wie der § 2 ausdrücklich feststellt, haben die Ortspolizeibehörden auch in Zukunft, was Art, Maß und räumliche Ausdehnung der polizeimäßigen Reinigung anlangt, mit

ihren Anforderungen sich innerhalb der Grenzen des unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Notwendigen zu halten. Die polizeimäßige Reinigung wird durch das Gesetz auf die Wege beschränkt, die überwiegend dem innern Verkehr der Ortschaften dienen. Sollen Wege, die außerhalb der geschlossenen Ortslage liegen, der polizeimäßigen Reinigung unterworfen werden, so ist durch Beschluß des Kreis Ausschusses respektive des Bezirks Ausschusses festzustellen, ob sie überwiegend dem innern Verkehr der Ortschaft dienen. Eine geschlossene Ortslage ist nur insoweit als vorhanden anzusehen als die Wohnhäuser im wesentlichen in räumlichem Zusammenhang liegen.

Das neue Gesetz will nun eine sichere gesetzliche Grundlage für die Neubildung und Fortentwicklung des örtlichen Rechts durch Ortsstatuten schaffen. Es bestimmt daher in § 4, daß die Gemeinden berechtigt sind innerhalb ihres Gemeindebezirks die einem andern obliegende Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung öffentlicher Wege ganz oder teilweise durch Ortsstatut zu übernehmen. Sie können ferner (§ 5) durch ein unter polizeilicher Zustimmung zu erlassendes Ortsstatut die Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung öffentlicher Wege ganz oder teilweise für die ganze geschlossene Ortslage, einzelne ihrer Teile, einen oder mehrere bestimmte, in ihr belegene Wege oder Wegeteile den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke oder einzelnen Klassen von ihnen auflegen. Die Gemeinde kann also zum Beispiel den bisher Verpflichteten nur die polizeimäßige Reinigung des Straßendamms abnehmen, ihnen dagegen die der Bürgersteige belassen oder auch die polizeimäßige Reinigung des ganzen Weges, jedoch mit Ausschluß der Streupflicht, übernehmen. Den Eigentümern werden die dinglich Berechtigten, also zum Beispiel die Erbbauberechtigten, die Nießbraucher, die Wohnungsberechtigten gleichgestellt. Dagegen kann die Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung nicht solchen Personen auferlegt werden, die zur Nutzung oder zum Gebrauch persönlich berechtigt sind, wie Pächtern und Mietern. Den öffentlich-rechtlich Verpflichteten bleibt es jedoch unbenommen Pächter oder Mieter zur Erfüllung ihrer Pflicht durch Privatvertrag zu verpflichten.

Bei den Verhandlungen spielte die Befürchtung eine große Rolle, es könnten die Gemeinden das Recht die Eigen-

tümer zur Reinigung zu verpflichten zu deren Nachteil mißbrauchen. In der Begründung des Entwurfs wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Grundeigentümer in den Gemeindevertretungen in der Regel die Mehrheit haben, und daß daher eine Überbürdung nicht wahrscheinlich sei. Sollten gleichwohl Mißgriffe vorkommen, so kann solchen Ortsstatuten die Zustimmung von der Ortspolizeibehörde und die Bestätigung von der Aufsichtsbehörde versagt werden. Außerdem soll noch durch eine Ausführungsanweisung diesen Behörden zur Pflicht gemacht werden die Erteilung ihrer Zustimmung zu Ortsstatuten oder deren Bestätigung davon abhängig zu machen, daß 1. eine Überbürdung der Anlieger vermieden wird, 2. den Anliegern nicht Leistungen übertragen werden, die nach den örtlichen Verhältnissen zweckmäßiger durch die Gemeinde bewirkt werden, 3. die Gemeinde Einrichtungen trifft, die es den Anliegern erleichtern sich gemeinschaftlich gegen die Haftpflicht zu versichern, die sie wegen Nichterfüllung oder mangelhafter Erfüllung der ihnen durch das Ortsstatut auferlegenden Verpflichtung trifft, 4. bei Leistungsunfähigkeit eines Anliegers an seiner Stelle die Gemeinde zur polizeimäßigen Reinigung verpflichtet ist. Wie man sieht, gerade genug Fürsorge für die überlasteten Grund- und Hausbesitzer. Trotzdem hielt es das Abgeordnetenhaus für notwendig dem § 5 einen Absatz hinzuzufügen, worin ausdrücklich festgelegt wird, daß die Genehmigung eines Ortsstatuts dann versagt werden soll, wenn die ersten beiden oben genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Örtliche Gesetzesvorschriften, Observanzen und besondere öffentlichrechtliche Titel über die polizeimäßige Reinigung öffentlicher Wege werden aufrecht erhalten. Jedoch ist die Entstehung neuer, dem § 1 des Gesetzes zuwiderlaufender Observanzen und besonderer öffentlichrechtlicher Titel ausgeschlossen. Eine weitgehende Entlastung des Haus- und Grundbesitzes bringt noch der § 6, der durch das Abgeordnetenhaus wesentlich abgeändert wurde. Nach dem Entwurf sollte außer dem zur polizeimäßigen Reinigung Verpflichteten auch ein anderer öffentlichrechtlich verpflichtet sein, wenn er der Ortspolizeibehörde gegenüber die Reinigung übernommen hatte. Dadurch sollte es dem Verpflichteten ermöglicht werden einen Vertreter mit der Wirkung zu bestellen, daß sowohl polizeilicher Zwang zur Ausführung der Reinigung

gegen den Vertreter geübt als auch der Vertreter wegen Nichterfüllung oder mangelhafter Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtung bestraft werden kann. Der Kommission des Abgeordnetenhauses schien aber diese Formulierung nicht klar genug zum Ausdruck zu bringen, daß der Hausbesitzer, der einen tauglichen Vertreter bestellt habe, bei Pflichtverletzung dieses Vertreters nicht bestraft werden könne. Um dies deutlich zu machen, gleichzeitig aber zu verhindern, daß der Feststellung der Haftpflicht präjudiziert werde, wurde die folgende Fassung gewählt: »Hat für den zur polizeimäßigen Reinigung Verpflichteten ein anderer der Ortspolizeibehörde gegenüber mit deren Zustimmung durch schriftliche oder protokollarische Erklärung die Ausführung der Reinigung übernommen, so ist er zur polizeimäßigen Reinigung öffentlichrechtlich verpflichtet. Die Zustimmung der Ortspolizeibehörde ist jederzeit widerruflich. Solange die Verpflichtung des andern besteht, darf die Ortspolizeibehörde sich nur an ihn wegen der polizeimäßigen Reinigung halten.« Auch in dieser Fassung bringt die Bestimmung eine sehr weitgehende Entlastung des Hauseigentümers.

Ortsstatuten, die bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes erlassen worden sind, bleiben aufrecht erhalten, wenn sie den §§ 4. 5 und 8 des Gesetzes entsprechen; andernfalls müssen Mängel bis zum Inkrafttreten des Gesetzes beseitigt werden.

Das Abgeordnetenhaus hat schließlich noch eine Resolution gefaßt, in der die Regierung ersucht wird 6 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Nachweisung darüber vorzulegen, in welchem Umfang die Gemeinden von der Ermächtigung zum Erlaß von Ortsstatuten Gebrauch gemacht haben, in wie vielen Gemeinden noch örtliche Gesetzesvorschriften und Observanzen über die polizeimäßige Reinigung öffentlicher Wege bestehen und inwieweit sie zu widersprechenden Urteilen Anlaß gegeben haben.

×
Kurze Chronik Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zwickau hat beschlossen das Elektrizitätswerk in städtische Regie zu übernehmen. Gleichzeitig wurde mit dem *Erzgebirgischen Steinkohlenaktienverein* ein Stromlieferungsvertrag bis zum Jahr 1928 abgeschlossen. × In Kaiserslautern wurde ein Waldfriedhof mit einer Bodenfläche von 18 Hektar eröffnet. × Auch die Darm-

städter Stadtverordnetenversammlung hat die Anlage eines solchen im Prinzip beschlossen. X Der bayrische Städtetag hat sich in der Frage der Arbeitslosenfürsorge mit allen gegen 5 Stimmen sozialdemokratischer Stadtvertreter im wesentlichen auf den vom deutschen Städtetag in Posen eingenommenen Standpunkt gestellt. Die Durchführung der Arbeitslosenfürsorge wird als eine Reichsaufgabe bezeichnet; nur wenn die Reichsgesetzgebung versagt, soll es den Gemeinden möglich gemacht werden freiwillig und unter staatlicher Zuschußleistung Fürsorgeeinrichtungen für die Arbeitslosen zu schaffen, auf der Grundlage des Zwangsbeitritts der in die Fürsorge einzubeziehenden Arbeiter und der Heranziehung der Arbeiter und der Arbeitgeber zu Pflichtbeiträgen. X Die Stadtverordneten der Stadt Görlitz haben die Einrichtung eines Krematoriums beschlossen. X Die Stadt Mannheim gemeindet die Gemeinde Sandhofen und die Filialgemeinde Rheinau auf den 1. Januar 1913 ein. Sie gewinnt dadurch wertvolle Gebiete zur Ausdehnung der Hafen- und Industrieansiedlungen im Norden wie im Süden der Stadt. X Der Straßburger Gemeinderat hat der Erwerb des Meinaugrundstücks und der südlich der Meinau liegenden Grundstücke (rund 73,7 und 45,82 Hektar) sowie dem Erwerb von Gelände zur Arrondierung der Metzgerau im Umfang von 7,37 Hektar zugestimmt. Das Meinaugelände soll der Fortführung der kommunalen Boden- und Wohnungspolitik dienen, während die Metzgerau für industrielle Unternehmungen bestimmt ist.

Frauenbewegung / Wally Zepfer

Wahlrecht Was man nach der gesamten politischen Konstellation der letzten Monate in England befürchten mußte: die Verwerfung der sogenannten *Conciliation-Bill*, die wenigstens einem großen Teil der Frauen das politische Wahlrecht sichern sollte, ist tatsächlich eingetreten; die Bill wurde bei der 2. Lesung, die im Unterhaus am 28. März stattfand, mit 222 gegen 208 Stimmen abgelehnt, während sie bei der 1. Lesung im Mai 1911 mit der gewaltigen Majorität von 316 gegen 143 Stimmen angenommen worden war. Dieses anscheinend ganz unbegreifliche Resultat wird verständlicher, wenn man die sehr verwickelten politischen Begleitumstände berücksichtigt. Wie ich bereits einmal

in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1623) kurz auseinandersetzte, ist seit der 1. Lesung der Vorlage die Situation dadurch eine ganz andere geworden, daß inzwischen das Ministerium Asquith die Einbringung eines Gesetzesentwurfs für Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts in Aussicht gestellt und diesen nun vorgelegt hat. Es kam dazu, daß das irische *Homerulegesetz* von neuem vor das Parlament kam, und daß ferner infolge der gewaltigen Arbeiterkämpfe der letzten Monate das Ringen zwischen der liberalen Regierung und den Konservativen besonders heftig entbrannte. Das Ineingreifen aller dieser Umstände bewirkte schließlich bei den einzelnen Parteien bei der Abstimmung über die Vorlage allerlei Erwägungen, die an sich gar nichts mit ihrer Anschauung über das Frauenwahlrecht zu tun hatten. So stimmte der größte Teil der Iren gegen die Bill, aus Furcht, es könnte bei längerer Beratung der Vorlage nicht genügend Zeit für die Diskussion des *Homerulegesetzes* verbleiben. Ein Teil der Liberalen wieder opferte offenbar in der Frauenwahlrechtsfrage ihre Überzeugung, um dem Prestige der liberalen Partei in der Öffentlichkeit nicht zu schaden, ein anderer Teil der Liberalen ebenso wie verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei wollte umgekehrt nicht für ein beschränktes Frauenwahlrecht stimmen, während zugleich die Umwandlung des Männerwahlrechts in ein allgemeines in Aussicht stand. Dies alles hat wohl das Endresultat weit stärker beeinflußt als die fortwährend zur Erklärung der Abstimmung herangezogenen Fensterscheiben- und sonstigen Demonstrationen der *Suffragettes* in den letzten Monaten vor der Parlamentsdebatte. MacDonald mißt ihnen freilich die Hauptschuld an der veränderten Situation bei. Indes will mir doch scheinen: So wenig politisch sympathisch oder klug uns (bei aller Anerkennung der Tatkraft der *Suffragettesführerinnen*) diese Art der Ideenpropaganda erscheint, und so viel sie dazu beitragen mag die Bewegung bei dem allgemeinen Publikum zu diskreditieren, die englischen Parlamentarier sind, wie man wohl annehmen darf, zu geschulte Politiker, um eine so wichtige Frage nach politischen Zufälligkeiten dieser Art zu entscheiden. Freilich, einen sehr brauchbaren Vorwand lieferte das Vorgehen der *Suffragettes* immerhin den Leuten, die sich aus anderen Gründen

gegen das Frauenstimmrecht wenden wollten, und schon das genügt, um das Auftreten des linken Flügels der Stimmrechtlerinnen politisch tadelnswert erscheinen zu lassen; denn vom Politiker hat man zu fordern, daß er in erster Linie die Wirkung seiner Handlungsweise richtig abzuschätzen versteht. Ebensovienig kann man sich deshalb der etwas forzierten Empörung der Öffentlichkeit über die gerichtliche Verurteilung dreier *Suffragettes*-führer und -führerinnen ganz anschließen. Revolutionäre Kämpfer (una das wollen die *Suffragettes* ja sein) müssen notwendig auf die Folgen ihrer Taten gefaßt sein, die in diesem Fall nicht einmal allzu schlimme waren; ja, man begreift unter diesem Gesichtspunkt kaum so recht die Flucht Christabel Pankhursts, die damit ihrer revolutionären Demonstration die Spitze abbrach. Welche Aussichten für das Frauenwahlrecht nun für die nächste Zukunft in England bestehen, ist schwer vorauszusagen. Die Arbeiterpartei wird bei der weitem Diskussion der Regierungsvorlage für das allgemeine Wahlrecht ein Amendement für das Frauenstimmrecht zur Abstimmung bringen (was ihr bei der 1. Lesung im Juni dieses Jahres nicht gelang), und wenigstens ein Teil der Mitglieder dieser Partei hat bereits erklärt in den weiteren Lesungen gegen die Gesamtvorlage votieren zu wollen, falls dieses Amendement fällt. Indessen sind die Stimmen der Arbeiterpartei ja für das Abstimmungsresultat bedeutungslos, da ein gleiches Vorgehen sonst höchstens noch von einem kleinen Teil der Liberalen zu erwarten ist. Einem Amendement für beschränktes Frauenwahlrecht im Anschluß an den Gesetzentwurf für allgemeines Männerwahlrecht, wie es die Regierung ebenfalls zu verteidigen versprach, widersetzen sich wiederum andere Liberale und viele Sozialisten. So werden die Frauen in England auf politisch günstigere Zeiten warten müssen. Vernünftigerweise propagiert jetzt die *National Union of Women's Suffrage Societies* bei kommenden Wahlen die Arbeiterpartei als die einzig sichere Verteidigerin des Frauenwahlrechts zu unterstützen. Gegenwärtig sucht man wenigstens für die irischen Frauen das Wahlrecht in dem neuen *Homerulegesetz* dadurch mitzuerobern, daß man in einem Amendement die Gemeindevahlliste als maßgebend für die Aufstellung der parlamentarischen Wählerlisten erklärt, da die Frauen auch

in Irland das Gemeindevahlrecht ja seit langem besitzen.

Die unter der neuen liberal-demokratischen Regierung in Schweden erwartete Vorlage für politisches Frauenwahlrecht kam am 18. Mai zunächst in der Ersten und dann in der Zweiten Kammer zur Verhandlung. Der Premierminister Staaff verteidigte den Gesetzentwurf in beiden Häusern in einer großen und sehr wirkungsvollen Rede. Dennoch gelang es nicht in der Ersten Kammer die Majorität für die Vorlage zu gewinnen. Es stimmten dort 86 dagegen, 58 dafür, während in der Zweiten Kammer 144 Stimmen für Frauenwahlrecht, 66 dagegen fielen. Nach diesem Resultat, das gegenüber der Abstimmung im Vorjahr immerhin einen bedeutenden Fortschritt zugunsten des Frauenwahlrechts darstellt, und nach dem gewaltigen Interesse, das sich bei der lebhaften Voragitation der Stimmrechtlerinnen im Land in allen Kreisen für die Frage kundgab, darf man jedenfalls auf den Sieg des Frauenwahlrechts in den allernächsten Jahren rechnen. Sehr richtig sagte der Ministerpräsident am Tag nach der Kammerabstimmung: Wenn man in 10 Jahren die Reichstagsprotokolle des 18. Mai 1912 hervorsuchen werde, so werde man kaum glauben wollen, daß die ausgedrückten Befürchtungen gegen den Eintritt der Frauen in den Reichstag jemals Wirklichkeit gewesen seien.

Bei Gelegenheit der Wahlrechtsvorlage der Regierung in Italien wurde auch ein Antrag auf Gewährung des Frauenwahlrechts eingebracht, der aber, wie zu erwarten war, mit starker Majorität abgelehnt wurde (218 gegen 47 oder 48 Stimmen). Außer den Sozialdemokraten und den Republikanern stimmte zum Beispiel auch der frühere Minister Sonnino für die Vorlage. Ministerpräsident Giolitti sprach sich dahin aus, daß die Regierung einer Vorlage für kommunales Frauenwahlrecht eventuell ihre Zustimmung erteilen würde. Daraufhin hat die sozialdemokratische Fraktion ein Amendement für kommunales Frauenwahlrecht eingebracht. Von dem italienischen Frauenstimmrechtsverband und anderen Frauenvereinen, von den Sozialdemokratinnen, den Gewerkschaften usw. wurden lebhafteste Protestkundgebungen gegen den Ausschluß des weiblichen Geschlechts in der Wahlrechtsvorlage der Regierung veranstaltet. Infolge des neuen Wahlgesetzes zum böhmischen Landtag entstand die

Frage, ob damit den Frauen das ihnen bisher zustehende aktive und passive Wahlrecht genommen worden sei. Sie wurde einstimmig dahin entschieden, daß den bisher wahlberechtigten Kategorien von Frauen das aktive Wahlrecht belassen, das passive entzogen werden solle, daß dagegen die Wahlberechtigung der Frauen, die bis jetzt für Prag und Reichenberg nicht galt, auch auf diese Städte auszudehnen sei. Sowohl die deutschen wie die tschechischen Frauen demonstrierten lebhaft gegen den dadurch herbeigeführten Verlust ihres passiven Wahlrechts und übergaben dem Statthalter eine Protestresolution. Inzwischen war bei einer Nachwahl von der jungtschechischen Partei trotzdem die Schriftstellerin Frau Kunetitzka als Kandidatin aufgestellt und in der Stichwahl am 13. Juni mit Hilfe der Sozialdemokratie gewählt worden. Nun verweigert der Statthalter Frau Kunetitzka die Ausstellung des Wahlzertifikats. Der Landesausschuß wird das Wahlergebnis dem Landtag unterbreiten.

In den Vereinigten Staaten werben jetzt sowohl Roosevelt wie Taft, die beide keine sonderlichen Freunde des Frauenwahlrechts waren, um die Gunst der Frauen, um sich deren Mitwirkung bei der Präsidentschaftswahl zu sichern. In New York fand am 4. Mai ein glänzender Demonstrationsszug für Frauenwahlrecht statt. Auch etwa 1000 Männer vom *Männerbund für Frauenstimmrecht*, darunter viele Repräsentanten der Universitäten, folgten dem Zug.

Dem Abgeordnetenhaus *Britisch Südafrika* wurden zwei Petitionen um das Frauenwahlrecht mit zusammen 12000 Unterschriften überwiesen. Es wurde die Gründung einer *Parlamentarkommission für das Frauenwahlrecht* beschlossen. Die Regierung in *Südafrika* ist zur Hälfte für, zur Hälfte gegen das Frauenstimmrecht.

Die *Petitionskommission des preußischen Abgeordnetenhauses* ging über eine *Petition des Preußischen Landesvereins für Frauenstimmrecht*, die allgemeines Frauenwahlrecht forderte, mit der Begründung zur Tagesordnung über, es bestehe keinerlei Aussicht dafür, daß im preußischen Landtag eine Mehrheit für das allgemeine Frauenwahlrecht gewonnen werden könnte.

× Anfang Juni gab es eine Sensation für die deutsche Öffentlichkeit: Ein *Deutscher Bund zur Bekämpfung der Frauen-*

emanzipation trat mit einem Aufruf hervor, um Anhänger zum Kampf gegen eine Bewegung zu werben, die »der Gesamtheit zum Verderben, dem Manne zum Unsegen, der Frau zum Fluch gereichen muß«. Da es sich darum handelte das Vaterland vor so ernsten Gefahren zu hüten, war bald eine Anzahl Männer und Frauen zur Mitarbeit bereit, unter ihnen Namen von großem Klang, Gelehrte, Künstler, Staatsminister und vor allem auch verschiedene deutsche Frauen wie die Gattinnen der Professoren Thode und Bartels. »Unsere Vereinigung ist keiner Partei dienstbar. Wir sind aber fest überzeugt, daß nur durch diesen Kampf, den wir vom Gewissen gedrungen aufnehmen, unser geliebtes deutsches Volk vor schweren Schädigungen bewahrt werden kann. Echte Männlichkeit für den Mann, echte Weiblichkeit für die Frau! Das soll unser Wahlspruch sein.« Leute, denen von Natur die Gabe versagt ist ohne weiteres »echte Männlichkeit« und »echte Weiblichkeit« zu erkennen, werden vielleicht versucht sein nach einer näheren Definition dieser fettgedruckten Geschlechtsmerkmale zu forschen; bei den Gründern dieses Bundes wie bei vielen anderen wohlmeinenden Freunden des weiblichen Geschlechts würde indessen solch sinnlose Zweifelsucht nur einem überlegenen Lächeln begegnen. Was »echte Weiblichkeit« ist, haben wir doch wahrlich von den gelehrten Gegnern der Frauenemanzipation zwanzig Jahre hindurch zur Genüge lernen können. Populär, also der Auffassung der Frau angepaßt, könnte man etwa sagen: Es ist einfach das, was den Mann nicht stört. Ganz folgerichtig hat deshalb von jeher der Arzt die Medizin, der Jurist die Jurisprudenz, der Telephonbeamte das Telephonieren und das männliche Geschlecht ganz allgemein das Denken wie (in der Sprache des Aufrufs) »die Auswüchse der Mutterschaftsbewegung«, als durchaus *unweiblich* empfunden. Ebenso folgerichtig wünscht der Bund für die weiblichen Studierenden, die sich leider nicht mehr völlig aus der Welt schaffen lassen, »besondere Akademien« und Ausschluß von den männlichen Hochschulen. Vor allem aber dekretiert er: »Staatsverwaltung, geistliche und richterliche Ämter müssen, wie bisher, dem Mann belassen werden. Eine Unterordnung männlicher Beamter unter weibliche, soweit es solche gibt, muß gesetzlich ausgeschlossen werden.« Ich sehe, wie gesagt, die männ-

liche Logik in diesen Forderungen vollkommen ein und bin überzeugt, daß die Frauen, die trotz dieser neuen Warnung auf die Eroberung der politischen Rechte hinarbeiten, zwar wahrscheinlich über kurz oder lang den Erfolg für sich haben werden, jedoch durchaus auf Kosten der »rechten Weiblichkeit«. Auch den echtesten männlichen Männern der Zukunft wird bedauerlicherweise schließlich nichts anderes übrig bleiben als ihre Liebesgefühle sehr unweiblichen Frauen zuzuwenden.

Und die Frauen, die den Aufruf mitunterschieden haben? Auch sie haben am Ende ganz recht, wenn sie sich gegen die Emanzipation wenden. Sie könnten durch die Emanzipation wohl schwerlich etwas gewinnen; diese ist für eine andere Art.

× **Kurze Chronik** In Salzburg starb Irma von Troll-Borostyani, eine der ersten radikalen Vertreterinnen der Frauenbewegung in Österreich. Ihre Bücher gehörten in den ersten Zeiten der Frauenbewegung auch in Deutschland zu den gelesensten Propagandaschriften. × In Petersburg starb die Seniorin der russischen Frauenbewegung Anna Filosofova im Alter von 75 Jahren. Sie hat viel für die Erweiterung der Frauenbildung und die Verbesserung der Rechtsstellung der Frau in Rußland gewirkt. × Der ungarische Handelsminister hat zur Veranstaltung des internationalen Kongresses des Weltbundes für Frauenstimmrecht in Budapest 1913 1500 Kronen zur Verfügung gestellt und allen Teilnehmern am Kongreß freie Eisenbahnfahrt bewilligt. × Auf dem internationalen Frauenstimmrechtskongreß in Stockholm 1911 hatte sich eine Internationale Männerliga für Frauenstimmrecht gebildet; es wird nun in den Kreisen der männlichen Frauenwahlrechtsfreunde die Frage diskutiert, ob die Gründung einer solchen deutschen Männerliga zweckmäßig sei oder nicht. × Am 12. Mai fand der 2. sozialdemokratische Frauenwahlrechtstag in Deutschland statt. Die Beteiligung war auch diesmal bis in die kleinsten Ortschaften hinein eine äußerst lebendige. In Berlin wie in allen größeren Städten waren die Versammlungen von Tausenden von Frauen besucht. × In Belgien haben sich die Frauen zum erstenmal an den Gewerbeerichtswahlen beteiligt. Sie bildeten in Brüssel ein

Drittel aller Wählenden; sie errangen jedoch im ganzen nur 4 Sitze als Beisitzer. × Für das Parlament der neuen Republik China sind bereits mehrere Frauen als Provinzialdelegierte gewählt, darunter zwei hervorragende Vertreterinnen der Frauenwahlrechtsbewegung in China. × Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbands stimmte einem Antrag zu, nach dem es den sozialdemokratischen Frauenvereinen untersagt sein soll Kollektivmitglieder bürgerlicher Frauenvereine zu sein. Dieser Beschluß ist insofern bedauerlich, als gerade in der Schweiz in letzter Zeit die bürgerlichen Frauen und die Sozialdemokratinnen bei verschiedenen Gesetzesvorlagen (Unfall- und Krankenversicherungsgesetz, Reglementierung der Prostitution, Wahl usw.) sehr gut zusammengearbeitet hatten. × Nach den Veröffentlichungen der italienischen Arbeitskammern gibt es gegenwärtig in Italien 62 543 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen; davon waren 34 486 in der Landwirtschaft, 14 842 in der Industrie beschäftigt; die Berufstätigkeit der übrigen war nicht feststellbar. Die Frauen machen 12,88 % aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus. Seit dem 1. Januar des Jahres erscheint in Italien ein eigenes sozialistisches Frauenblatt, um die Arbeiterinnen weiter aufzuklären und zu organisieren. × In den Vereinigten Staaten wurde kürzlich die Errichtung eines Kinderamts beschlossen, das sich mit allen für die Entwicklung des Kindes wichtigen Fragen befassen soll. Es ist dem Ministerium des Handels und der Arbeit angeschlossen, bildet jedoch ein selbständiges Ressort. Ein Komitee philanthropischer und wissenschaftlicher Gesellschaften schlug für die Leitung dieses Amts Fräulein Julia Lathrop vor, die in Chicago viel für die Gründung des ersten Jugendgerichtshofs gewirkt hat. Fräulein Lathrop wurde zur Leiterin des Amts ernannt.

× **Literatur** Viel besprochen wurde mit Recht Hulda Maurenbrechers Buch von neuer

Ersiehung und Lebensgestaltung, das unter dem Titel Das Allzuweibliche bei Ernst Reinhardt in München erschien. Es ist eins von den Büchern, die wirklich aus eigener Lebensnot und eigener Erfahrung heraus geschrieben wurden, und die darum, wie das selbst Erlebte immer, gut und richtig sind. Hulda Maurenbrecher behandelt die Konflikte

im Leben der modernen Frauen, auf denen die Pflichten der Hausfrau und Mutter lasten, während ihr geistiges Wesen nach andersartiger, streng beruflicher Tätigkeit verlangt, oder eine Berufsausübung schon aus materiellen Gründen für sie notwendig erscheint. Das aber ist nur der innere Ausgangspunkt und gleichzeitig das eigentliche Zentrum des Buches. Um dahin zu gelangen, schildert die Verfasserin in einzelnen Kapiteln eingehend das Dasein der bürgerlichen Frau von den ersten Kindheitsjahren bis zur Mutterschaft. Zahlreiche feine Beobachtungen, besonders über die schon in frühester Jugend einsetzenden Differenzen in der Erziehung der Knaben und der Mädchen, zeichnen diese ersten Kapitel aus. Ein wenig zu viel freilich schreibt die Verfasserin doch wohl dem Milieu, zu wenig der innewohnenden Natur zu, wenn sie in ihrer an sich berechtigten Feindschaft gegen die Bevorzugung des Puppenspiels bei den kleinen Mädchen meint: »Und es ist sicherlich nicht so ganz unmöglich, daß hier der Anfang läge zu jener geringern Kräftigkeit des weiblichen Phantasielebens, das man als nur reproduktiv in Vergleich zu dem produktiven des Mannes stellt.« Sollte es sich nicht vielleicht eher umgekehrt verhalten? Nämlich so, daß die Kraft der Phantasie beim Mädchen oft von vornherein schwächer ist, und gerade erst daraus die größere Einförmigkeit seiner Beschäftigungen und seine Vorliebe für das naheliegende Puppenspiel resultiert? Gewiß ist bei all solchen Dingen auch der Einfluß der Erwachsenen nicht zu unterschätzen. Indes, wo wirklich in einem Kind ein inneres geistiges Interesse arbeitet, läßt es sich schließlich niemals völlig unterdrücken. Wir dürfen bei derartigen Fragen doch eben nicht alles aus äußeren Verhältnissen herleiten wollen, ein Fehler, in den die Frauenrechtsverteidigerinnen von jeher sehr leicht verfielen. Dagegen hat Hulda Maurenbrecher in dem, was sie über die Bewegungsfreiheit der Jungen und die außerordentliche Entwicklung der Beobachtung und der Sinne durch ihr ungehemmtes Umherstreifen und ihre wilden Spiele im Freien sagt, unbedingt recht. Sehr vernünftigerweise tritt sie besonders auch für eine absolut praktische Kleidung des Mädchens ein: »Die Jugend und die Arbeit können gleichermaßen nur bei der Hose zu ihrem vollen Recht kommen. Also müssen wir es beiden schaffen. Das lange Frauenkleid

behält nur als Festkleid seine Berechtigung.« (Über das letzte ließe sich noch streiten.) Ebenso plädiert sie dafür den Mädchen die Haare kurz zu schneiden. Das scheinen Nebensächlichkeiten für Menschen, die nie unter ähnlichen Dingen gelitten haben. Tatsächlich ist jedoch dieses Äußerliche für das Leben der Jugend sehr stark bestimmend. Auch die Darstellung der gewöhnlichen mütterlichen Erziehung mit ihrem unaufhörlichen Herumkorrigieren, das zwar die Freiheit der Kinder tötet, ihnen aber seelisch fast nie etwas gibt, ist jedenfalls der Wirklichkeit für die Mehrzahl der Fälle sehr viel mehr entsprechend als die üblichen Apotheosen der alles verstehenden Mütterlichkeit. Das Allerfreulichste an diesem Buch ist aber die Konsequenz, zu der die Verfasserin gelangt. In schärfster Weise wendet sie sich gegen das ganze oder halbe *Haustochtertum*, das jede Tüchtigkeit in der Frau für ihr ganzes Leben zerstört; nur in der absolut ausschließlichen Erziehung auch des Mädchens zum Berufsmenschen sieht sie die Möglichkeit irgendeiner künftigen Lösung der zahllosen gegenwärtigen Lebenskonflikte für die Frau. »Das Ergebnis des Kompromisses im Mädchenberufsproblem ist die mit einer Berufsbildung übertünchte Haustochter. Bei diesem Kompromiß sind nicht nur wie bei jedem Kompromiß wichtige, sondern es sind gar wesentliche Dinge unter den Tisch gefallen. Dem Berufsmenschen in der Haustochter wie auch der heimlichen Heiratskandidatin in ihr fehlen gerade die wesentlichen Stücke. Dem Berufsmenschen fehlt es ganz und gar an der Überzeugung, daß diese Berufsarbeit eine Selbständigkeit ist und eine lebenslängliche, natürliche Pflicht. Der Heiratskandidatin aber fehlt nicht nur jedes klare und freie Wissen über das Eheleben, sondern es fehlt ihr auch jede Kenntnis vom Kind und von Mutterpflichten. . . . Wie sehr man aber an diesem Kompromiß hängt, beweist die Anstrengung, mit der man ihn neuerdings in glänzender Aufmachung zu propagieren sucht. Und zwar geschieht das nicht durch kurzsichtige und unbeherrschbare Eltern sondern durch berufsmäßige Frauenrechtlerinnen. Denn genau dieser viel betätigte Kompromiß elterlicher Unschlüssigkeit ist es, den sie mit der Forderung stabilisieren; das Mädchen muß sowohl für den Beruf wie für das Haus erzogen werden.« Gerade auch die Frage der Erziehung und Hauswirtschaft, die sie besonders beschäftigt hat, glaubt

Hulda Maurenbrecher durch eine solche allgemeine Berufserziehung später einer vernünftigeren Regelung entgegengeführt zu sehen. Sie entwirft ein annäherndes Bild des Lebens der Familie, wie es in ihrer Zukunftsvorstellung erscheint: eine Art Haushaltsgenossenschaft, die dem Zusammenleben der einzelnen Familien vollkommen Raum läßt, während doch zugleich durch tüchtige berufliche Kräfte für die Haushaltsführung und die sorgsame Pflege und Erziehung der Kinder gesorgt ist, so daß die in nicht häuslichen Berufen tätigen Mütter nicht in ihrer Zeit gehemmt sind. Auf die mehr innerpsychologischen Probleme der Ehe und Mutterschaft, die freilich bei der ganzen Frage noch eine erhebliche Rolle spielen, geht die Verfasserin nicht eigentlich ein; das wäre indes auch wohl der Gegenstand einer besondern Arbeit, und die Frauen können Hulda Maurenbrecher gewiß auch ohne dies für das, was sie in ihrem Buch gegeben hat, dankbar sein.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Else Stoeber - Damm

Massenpsychologie Die Übersetzung des wertvollen Buches von Gustave Le Bon *Psychologie der Massen* /Leipzig, Klinkhardt/ verdanken wir Dr. Rudolf Eisler. Der Rassenseele steht die Massenseele gegenüber, deren Eigentümlichkeit der Verfasser in diesem Werk auf die Spur gehen will. Gegenwärtig tritt dem bewußten Handeln des Individuums die unbewußte Wirksamkeit der Massen entgegen. Le Bon versucht in seinem überaus geistvollen Buch eine psychologische Analyse der Massenseele vorzunehmen, ganz unabhängig von zeitgenössischen Richtungen. Wir stehen augenblicklich in einem Zeitalter der Umbildung, sagt Le Bon, und er sucht die Ursache einmal in der Zerstörung der religiösen, politischen und sozialen Überzeugungen, andererseits in der Schaffung völlig neuer Existenz- und Denkbedingungen, die durch den großen Aufschwung der Wissenschaft mit der Industrie bedingt sind. Wir stehen somit zurzeit in einer Periode des Übergangs, das Zeitalter, dem wir entgegengehen, ist die »Ära der Massen«. Langsam haben gewisse Ideen von den Geistern Besitz ergriffen, unbekümmert um politische Traditionen und um die individuellen Tendenzen der Herrscher; ganz allmählich sind die Volksklassen in das politische Leben tätig eingetreten. In früheren Zeiten wurde

die Zivilisation stets von einer kleinen intellektuellen Aristokratie geschaffen, die Volksmasse als solche schaltete vollständig aus, nur in Zeiten der Zerstörung trat sie in den Vordergrund. Eine bewußte psychologische Kenntnis der Massen war nicht vorhanden, aber hervorragende Staatsmänner, Religionsstifter usw. haben unbewußt die Massen psychologisch richtig gelenkt. »Napoleon erfaßte wunderbar das Seelenleben der Massen des Landes, das er beherrschte, aber er verkannte oft völlig die Seele der fremden Rassen angehörenden Massen, und deshalb unternahm er in Spanien und in Rußland namentlich Kriege, in denen seine Macht Stöße erlitt, durch die sie bald niedergehen sollte. »Heute ist es für einen Staatsmann eminent wichtig Kenntnis von der Psychologie der Massen zu besitzen. Sehr richtig erinnert uns Le Bon daran, daß zum Beispiel bei einer Steuerauflegung nicht die theoretisch gerechteste von der Masse gebilligt wird sondern jene, von der die Masse im Moment am wenigsten merkt. »Auf diese Weise wird eine noch so große indirekte Steuer allezeit von der Masse angenommen werden, weil sie täglich pfennigweise für Konsumartikel entrichtet, die Gewohnheiten nicht hindert und beeinflusst.« Gegen eine direkte auf einmal zu entrichtende Steuer, die in Wirklichkeit viel geringer ist, wird aber von der Masse, soweit sie nicht schon politisch mehr geschult ist, sofort Protest erhoben. Der Menge fehlt eben nach Le Bon das Maß der Voraussicht, das zur Beurteilung und Abschätzung nötig ist.

Le Bon macht einige charakteristische Bemerkungen zum Begriff der *Massenseele* als solcher. Ganz unabhängig von den einzelnen Individuen besitzt eine Versammlung von Menschen unter bestimmten Umständen ganz neue Merkmale. »Die bewußte Persönlichkeit schwindet, die Gefühle und Gedanken aller Einheiten sind nach der selben Richtung orientiert. Es bildet sich eine Kollektivseele, die wohl transitorischer Art, aber von ganz bestimmtem Charakter ist.« Le Bon bezeichnet diese charakteristische Kollektivseele als »psychologische Masse.« Nicht das zufällige Zusammensein vieler Individuen bildet eine solche Masse, sondern es muß noch der Einfluß gewisser Reize hinzukommen. Dazu gehören vor allem das Schwinden der bewußten Persönlichkeit und die Konzentration der Gefühle und Gedanken nach einer bestimmten Rich-

tung. Viele räumlich getrennte Individuen können unter dem Einfluß gewisser Gemütsbewegungen die Merkmale einer psychologischen Masse gewinnen. Durch den Zufall vereinigt, tragen ihre Handlungen die spezifischen Merkmale der Massenhandlungen. Die meisten unserer alltäglichen Handlungen sind nur die Wirkung verborgener, uns entgehender Motive. Innerhalb der selben Rasse sind es die selben der Rassenseele zugrunde liegenden Elemente, wodurch sich alle Individuen dieser Rasse ähneln. Und wiederum als Produkt der Erziehung und Ererblichkeit tritt gerade infolge der unbewußten Elemente innerhalb der selben Rasse große Unterschiedlichkeit auf.

»In allem, was Gegenstand des Gefühls ist: Religion, Politik, Moral, Sympathien und Antipathien usw., überragen die ausgezeichnetsten Menschen nur selten das Niveau der gewöhnlichsten Individuen. Zwischen einem großen Mathematiker und seinem Schuster kann intellektuell ein Abgrund klaffen, aber hinsichtlich des Charakters ist der Unterschied sehr oft nichtig oder gering.«

Die intellektuellen Fähigkeiten verweisen sich in der Massenseele und damit auch die Individualität der Individuen. »Das Heterogene versinkt im Homogenen, und es überwiegen die unbewußten Qualitäten.« Infolgedessen werden die Massen auch niemals Handlungen ausführen, zu denen eine besondere Intelligenz zur Ausführung von nöten ist. »Es hat nicht die ganze Welt mehr Geist als Voltaire, sondern Voltaire hat gewiß mehr Geist als die ganze Welt, wenn man unter dieser die Massen versteht«, sagt unser geistreicher Franzose.

Wodurch kommt nun dieser besondere Charakter der Massenseele? Eine der Ursachen liegt sicherlich darin, daß das Individuum schon durch die Tatsache der Menge ein Gefühl unüberwindlicher Macht erlangt, das noch durch das Gefühl der Unverantwortlichkeit gesteigert wird. Eine andere Ursache ist die Ansteckung und zwar wirkt diese derartig hypnotisch, daß das Individuum der Masse in dem Interesse sein persönliches Interesse dem Gesamtinteresse zu opfern. Infolge dieser Suggestibilität führt das seines Persönlichkeitsbewußtseins vollständig beraubte Individuum Handlungen aus, die zu seinem sonstigen Charakter und seinen Gewohnheiten im schärfsten Gegensatz stehen. Wie bei einem Menschen in der Hypnose, ist sich das Individuum der Massen seiner Handlungen nicht mehr

bewußt. Die Hauptmerkmale des in der Masse befindlichen Individuums sind demnach: »Schwund der bewußten Persönlichkeit, Vorherrschaft der unbewußten Persönlichkeit, Orientierung der Gefühle und Gedanken in der selben Richtung durch Suggestion und Ansteckung, Tendenz zur unverzüglichen Verwirklichung der suggerierten Ideen. Das Individuum ist nicht mehr es selbst, es ist ein willenloser Automat geworden«.

Das Individuum ist in der Masse ein Triebwesen geworden, mit all den Fehlern und Tugenden, die primitiven Wesen eigen sind. Intellektuell ist die Masse dem isolierten Menschen untergeordnet, ihre Handlungen stehen öfter unter dem Einfluß des Rückenmarks als unter dem des Gehirns. Das Individuum kann seine Reflexe beherrschen, die Masse nicht. Im Vollgefühl ihrer unüberwindlichen Macht treibt sie ihre Begierde gleich zur Verwirklichung ihres Begehrens. Das Wort *unmöglich* gibt es für die Masse nicht. Die Gefühle, die von der Masse geäußert werden, sind meist sehr einfach und überschwänglich. So hat auch der Erfolg eines Theaterstücks, der von der Menge abhängig ist, nichts mit dem richtigen Urteil und der Logik zu tun, man kann sich oft den Erfolg eines Stückes gar nicht erklären. Auch eine andere Eigenschaft ist bei der Masse hervorstechend: Das Individuum vermag Widerspruch und Diskussion zu vertragen, nicht aber die Masse. Der leiseste Widerspruch von seiten eines Redners wird sofort mit Wutgebrüll und groben Schmähungen beantwortet. Autoritätsglauben und Intoleranz sind allen Arten der Masse gemein, was, wie Le Bon meint, besonders bei den lateinischen Nationen ins Auge falle. Bei dem Individuum bedinge meistens der persönliche Vorteil die Handlungen, während dieser Beweggrund bei der Masse nicht vorhanden sei, da sie sich blindlings von ihren Trieben fortreißen lasse. Nichtsdestoweniger finden wir doch sittliche Motive bei der Masse. Die elende, heulende Volksmasse, die in der Revolution vom Jahr 1848 die Tuilerien besetzte, nahm nichts von den Gegenständen, die sie blindeten, und von denen ein jeder das Brot für viele Tage bedeutet hätte.

Was das Auffassen neuer Gedanken anlangt, so besteht die Regel, daß die Ideen lange Zeit brauchen, um in der Massenseele Eingang zu finden, aber sind sie einmal erfaßt, so sind die Massen auch

konservativ in ihrer Bewahrung. »Assoziation zwischen ganz ähnlichen Dingen mit nur oberflächlichen Beziehungen, und eifertige Verallgemeinerung von Einzelfällen«, das sind die Merkmale des Massendenkens nach unserm Autor. Die Masse läßt sich auch stets durch die wunderbaren und legendären Seiten der Ereignisse am stärksten beeinflussen, und die Kunst des Eroberers besteht darin diesen Instinkt der Massenseele richtig zu erkennen und auszunutzen. »Ich habe«, sagte Napoléon zum Staatsrat, »den Krieg in der Vendée beendet, indem ich katholisch wurde, in Ägypten habe ich dadurch Fuß gefaßt, daß ich mich zum Muselman machte, und die italienischen Priester gewann ich, indem ich ultramontan wurde. Würde ich über ein jüdisches Volk herrschen, so würde ich den Salomonischen Tempel wieder aufbauen lassen.« »Seit Alexander und Caesar hat vielleicht niemals ein großer Mann besser gewußt, wie auf die Massenphantasie Eindrücke zu machen sind«, meint Le Bon. Eine ungeheure Bedeutung für die Masse hat die Tradition, die alle Ideen, Bedürfnisse und Gefühle der Vorzeit umfaßt. Was ist das Volk anderes als ein durch die Vergangenheit geschaffener Organismus? Ohne Überlieferung besteht weder Volksseele noch Zivilisation. »Es ist also das Ideal für ein Volk«, sagt Le Bon, »die Institutionen der Vergangenheit zu bewahren und sie nur unmerklich und schrittweise umzuwandeln. Es ist das ein schwer erreichbares Ideal. Im Altertum waren die Römer, in der Neuzeit die Engländer ziemlich die einzigen, die es verwirklicht haben.«

Eine große Macht knüpft sich auch an gewisse Worte, deren Sinn die Masse nur vag erfaßt, die aber eben die Synthese der verschiedensten unbewußten Erwartungen und Wünsche ist, auf deren Verwirklichung die Masse hofft. Wer der Menge die schönsten Illusionen gab, der übte auch die größte Macht auf sie aus. Die religiösen Illusionen der Vorzeit machten den philosophischen und dann den sozialen Illusionen der Gegenwart Platz. »Und wenn heute der Sozialismus so mächtig ist«, sagt Le Bon, »so erklärt sich dies daraus, daß er die einzige noch lebende Illusion darstellt. Trotz aller wissenschaftlichen Demonstrationen wächst er weiter. Seine Hauptstärke ist, daß er von Leuten verteidigt wird, die die Wirklichkeit der Dinge genug verkennen, um es zu wagen den Menschen kühn das Glück

zu versprechen. Die soziale Illusion herrscht heute auf allen aufgetürmten Ruinen der Vergangenheit, und ihr gehört die Zukunft.« Hier zeigt sich bei Le Bon eine bei einem Wissenschaftler besonders tadelnswerte soziale Befangenheit sowie eine absolute Verständnislosigkeit großen historischen Phänomenen gegenüber.

Bei der Einflößung von Ideen und Glaubenssätzen in die Massenseele muß der denkende Führer vorsichtig zu Werke gehen. Am einfachsten und sichersten erreicht der Führer sein Ziel, wenn er eine Behauptung ganz bestimmt aufstellt und ihr durch eine mehrmalige Wiederholung, möglichst mit den alten Worten, noch mehr Nachdruck verleiht. Daraus erklärt sich auch die erstaunliche Kraft der Reklame, auf die Le Bon gelegentlich hinweist.

Dem Prestige widmet unser Verfasser ein besonderes Kapitel. Das Prestige spielt auch eine große Rolle bei der Wahl; besitzt der Kandidat weder ein persönliches Prestige noch Reichtum, so hat er keine Aussicht auf Erfolg: Man sieht, wie Le Bon in allen sozialen Dingen über die Grenzen seines Landes und seiner Klasse nicht hinauszusehen vermag. Dazu kommt noch, daß die Masse in ihren Begierden und in ihrer Eitelkeit geschmeichelt werden will, wonach sich der Kandidat zu richten hat. »Das mündliche Programm unseres Kandidaten«, sagt Le Bon, »kann gar nicht übertrieben genug sein. Die außerordentlichsten Reformen dürfen unbesorgt in Aussicht gestellt werden. Für den Augenblick erzielen ihre Übertreibungen große Wirkung, und für die Zukunft verpflichten sie zu nichts.« Der Redner, der die Massen zu behandeln weiß, bringt sie zu dem, was er will. Le Bon kommt dann auf die Parlamente zu sprechen, die auch die Grundmerkmale der Massen widerspiegeln. »Zum Glück sind aber die Parlamentsversammlungen nur in bestimmten Momenten Massen. In vielen Fällen bewahren die ihnen angehörenden Individuen ihre Individualität, und daher kann denn auch die Versammlung sachgemäße Gesetze ausarbeiten, die einen Fachmann allerdings zum Urheber haben, wodurch das Gesetz in Wahrheit das Werk eines Individuums, nicht einer Versammlung ist. »Trotz aller Schwierigkeiten ihrer Funktion«, meint Le Bon, »stellen die Parlamentsversammlungen noch das Beste dar, was die Völker zu ihrer Regierung und namentlich zur möglichsten Befreiung vom

Joeh persönlicher Tyranei herausgefunden haben. Sie sind sicher das Ideal einer Regierung, wenigstens für Philosophen, Denker, Schriftsteller, Künstler und Gelehrte, kurz für alles, was den Gipfel der Kultur darstellt.»

Insgesamt stellt Le Bons *Psychologie der Massen* mehr ein Gemenge von (zum Teil treffenden) Aperçus dar als eine systematisch-wissenschaftliche Untersuchung. Es ist sicher von Interesse sie kennen zu lernen; aber man muß die Lektüre mit stetiger Kritik begleiten.

× **Kurze Chronik** Der internationale Kongreß für Neurologie, Psychiatrie und Psychologie wird im September 1914 in Bern während der Landesausstellung stattfinden. Die Organisation dieses Kongresses, der im Jahr 1907 zuletzt in Amsterdam tagte, ist der *Schweizerischen Neurologischen Gesellschaft* angetragen worden. Zum Organisationskomitee gehören Dubois-Bern als Präsident und Monako-Zürich, P. L. Ladame-Genf, Schnyder-Bern, Bing-Basel, Veraguth-Zürich. × Die diesjährige öffentliche Tagung des *Internationalen Vereins für medizinische Psychologie und Psychotherapie* findet am 8. und 9. September in Zürich statt.

× **Literatur** *Imago* nennt sich die neue Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse auf die Geisteswissenschaften /Wien, Heller/, in der der Wiener Forscher Professor S. Freud und seine Schule die psychoanalytische Technik auf die Gebiete der Ästhetik, Literatur und Kunstgeschichte, Mythologie, Philologie, Pädagogik, Folklore, Kriminalistik, Moralthorie und Religionswissenschaft anzuwenden gedenken. Das 1. Heft enthielt Aufsätze von S. Freud (*Über einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*), Otto Rank (*Der Sinn der Griseldafabel*), E. Hitchman (*Zum Werden des Romandichters*), O. Pfister (*Anwendungen der Psychoanalyse in der Pädagogik und Seelsorge*) und A. Robitsch (*Symbolisches Denken in der chemischen Forschung*).

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Freilichttheater Das Streben zur Freilichtbühne hat in jüngster Zeit mit einem so starken Impuls eingesetzt, daß grübelnde Beob-

achter dazu neigen in dieser Breitenentfaltung des Phänomens das Walten tieferer Ursachen und den Ausdruck einer neuen Sehnsucht zu sehen. Man muß schon zu den Tagen des Rokoko zurückschweifen, um in der Geschichte einen ähnlichen Massenexodus des Schauspielkünstlers ins Grüne wiederzufinden. Damals zogen die Liebhaberbühnen der großen Herren aus muschel- und medallongezierten Sälen in liebevoll gehegte französische Gärten, um zwischen sauber geputzten Taxishecken oder grottengeschmückten Miniaturteichen Schäfer und Schäferin sich tummeln zu lassen. Doch Vergleiche mit jenen Tagen spielerischer Lebenskunst sind unfruchtbar; man darf die Historie außer Spiel lassen, wenn man sich mit unseren neuen Naturbühnen beschäftigt.

Es ist ein Charakteristikum aller mit sich in Zwiespalt liegenden Zeiten, daß sie in jeder Abwechslung neue Werte ahnen möchten. Wenn immer die Kunst, nach Perioden der Fruchtbarkeit, mit einem Richtungswechsel in noch ungewisses und damit unbebautes Neuland strebt, verstärkt sich die Neigung jedes gutgemeinte Experiment unwillkürlich zu einer Mode zu erheben. Das ist ein so regelmäßig wiederkehrender Prozeß, daß man fast von einem Gesetz sprechen möchte. Vermag eine Kunst der breiten Masse keine unmittelbaren Eindrücke zu vermitteln, so hilft sich der Kunstthunger durch Erfindung oder Anerkennung einer Mode. Die Emotionen, die die Kunst versagt, werden auf dem Weg der Autosuggestion oder gegenseitiger Suggestion ersetzt. Man schafft sich künstlich Stoff für Begeisterung und Enttäuschung. Ein solcher Vorgang ist immer nur vorübergehend; selbst Fanatiker einer Höhenkunst kommen gewöhnlich gar nicht erst dazu ihrer Seele Schmerz zu offenbaren. Jenes Erzeugnis der Not ist längst durch ein anderes ersetzt, ehe die Formulierung des Todesurteils vollendet ist.

Man sollte die Mühe nicht scheuen die eine oder andere dieser Freilichtaufführungen, die jetzt von Memel bis zum Belt und vom Bodensee bis Holstein das Land erfüllen, zu besuchen. Die künstlerischen Fähigkeiten der Mitwirkenden bleiben für die Randbemerkungen, die hier folgen sollen, von untergeordneter Bedeutung; Man wird schon in den ersten zehn Minuten die Mängel einer Naturbühne zu spüren bekommen. Ein

solcher Ausflug bringt die etwas paradoxe Erkenntnis, daß die Naturbühne sich just durch ihre Vorzüge dazu verurteilt hinter den Wirkungsfähigkeiten eines geschlossenen Bühnenraums zurückzustehen. Jede Theateraufführung will uns die Illusion einer mehr oder minder idealen Wirklichkeit vermitteln. Diese Wirkung aber kann nur zustande kommen, wenn die Natur oder Künstlichkeit der angewandten einzelnen Mittel einander möglichst nahe verwandt bleibt. Ich kann mir vorstellen, daß eine gleichmäßig schlechte Aufführung in mir eine gewisse Vollkommenheit der Illusion erweckt; ich sah einst in Kufstein in einer Seheune eine ganz indiskutierbare Aufführung des *Biberpelses*, die mich Hauptmanns Komödie fühlen ließ: aber nur darum, weil alle Darstellungselemente, Raum, Schauspieler, Kulissen und Beleuchtung von einer beruhigend gleichmäßigen Minderwertigkeit waren. Die Folge dieser schönen Harmonie negativer Tugenden störte seltsamerweise nur während der ersten paar Minuten die Illusion. Da keiner über den andern, keines über das andre hinausragte, erstand (bei angeborener Bereitwilligkeit) mit der Zeit der Glaube und unbewußt verhüllte die eigene Phantasie alle Mängel. Das wäre niemals möglich gewesen, wenn unter jenen unglückseligen Mimen auch nur ein wirklich bedeutender Künstler gewesen wäre. In dem Augenblick, da ich mir etwa Sauer in jenes Ensemble verhext denke, ist jede Frömmigkeit aufgehoben, und ein einziger komischer Schauder würde der Inhalt des Abends. In milderer Form können wir fast bei jedem Theaterbesuch das gleiche beobachten. Ich kenne eine recht mittelmäßige Schauspielerin, die ich mehrfach inmitten eines gleichwertigen Ensembles spielen sah: man zuckt zuerst die Achseln, aber nach einigen Minuten hat man sich mit dem Unvermeidlichen abgefunden; und siehe, es geht. Aber wenn ich mir diese Schauspielerin als Partnerin Bassermanns vorstelle, weiß ich auch, daß ich mich nie mit ihr abfinden konnte sondern den ganzen Abend immer wieder von neuem aus der Illusion gezerrt würde. Wie oft haben wir es, hauptsächlich in früheren Jahren, in der Schumannstraße erleben müssen, daß ein Reichtum und eine künstlerische Vollkommenheit des szenischen Rahmens die Helden der zweiten Besetzung zu komischen oder peinlichen Gestalten erniedrigte; Schauspieler, die mich inmitten eines beschei-

denen Kulissenmilieus nie begeistert, aber auch nicht dauernd gestört hätten. Die Naturbühne nun bleibt ihrem ganzen Wesen nach dazu verurteilt bei allen ihren Leistungen Disharmonieen dieser Art zu erzeugen. Ich muß mich dabei notgedrungen nur auf meine eigenen Empfindungen stützen, die Allgemeingültigkeit nicht beanspruchen und auch nur als anspruchslose Beichte eines einzelnen genommen werden wollen. Mir erscheint dabei im Gegensatz zu den Vorkämpfern der Freilichtbühnen die Natur ganz und gar nicht als jene *neutrale Stätte*, die sich willig bereitfindet die künstlerische Arbeit geschminkter und kostümierter Darsteller zu unterstützen. Inmitten irgendeines räumlich begrenzten, von Menschenhänden künstlich geschaffenen Bühnenraums gewinnen die künstlich erregten Mimen in künstlicher Beleuchtung ohne allzugroße Mühe die Illusion der Wirklichkeit: in der *neutralen Stätte* der Natur aber will die ersehnte Täuschung sich nicht einstellen. Ich komme nie über das nur allzuwache Bewußtsein hinweg: Hier spielt der Wind in dieser Buche, die Sonne leuchtet, jetzt ziehen weißgeballte Wolkenwände auf sie zu — und da unten sprechen kostümierte Menschen erdichtete Worte. Hier singt ein Vogel, und dort unten deklamiert ein Mensch ein Leiden, das gar nicht da ist; es wurde eronnen, um deklamiert zu werden, jener Mensch lernte daheim Worte auswendig, um sie hier, während der Vogel noch zwitschert, vor mir zu deklamieren, um mich andächtig werden zu lassen. Ich sehe mir die *Bühne* näher an: Es ist eine Rasenfläche, von zwei mächtigen Buchen umrahmt, und dort hinten, ja dort hinten ragt ein Felsen auf, an dessen Fuß sich Brombeerstauden ranken. Nein, diese Wirklichkeit, die keiner Illusion bedarf, kann eure Toga und der messingblitzende Stirnreif nicht erreichen. Hinter diesem Gefühl aber scheint mir wieder jenes Gesetz zu walten, das ich oben streifte, und das da etwa sagt: Nur Gleichartigkeit aller Mittel gibt einer Aufführung die Kraft der Illusion. Der fromme Wunsch die Bäume als Kulissen, den blauen Himmel als Sofitte und die Sonne als Bühnenlaterne zu benutzen, kann nur aus reiner Torheit erwachsen sein. Inmitten der Natur lassen sich nicht durch künstlerische Mittel künstlerische Eindrücke übertragen. Die unmittelbare Wirklichkeit der Natur versperrt der mittelbaren

Wirklichkeit der Kunst den Weg. Was hier versucht wird, ist nichts anderes als eine Meiningerei, die vermessener und damit naiver wirkt als das fruchtbar überwundene Requisitenevangelium aus Thüringen. Laßt Lear ruhig auf seiner Theaterheide rasen: dort wird er uns beben und weinen machen. Aber stellt einen Künstler, und sei es der größten einer, maskiert mitten in die Lüneburger Heide und laßt ihn Shakespeares Worte sprechen: und er bleibt nur ein verkleideter Herr, der mehr oder minder gut deklamiert. Wenn ihr aber ins Freie wollt, dann laßt die Kunst der Dichter und der Schauspieler aus dem Spiel. Dann versucht nicht Kunst und Natur blind zu vermengen. Es wird nicht gelingen. Dann veranstaltet Aufzüge, Ritterturniere, Prozessionen, dann veranstaltet englische *pageants*: und wir werden dankbar Farben und Bewegung als eine Augenweide empfinden. Mit Sophokles, Shakespeare und Schiller aber ziehen wir lieber in eine Scheune, als mit *Peer Gynt* oder *Wenn wir Toten erwachen* auf den echten, wirklichen Montblanc.

× **Kurze Chronik** Der Nachfolger Bassermanns am Berliner *Lessingtheater*, Heinz Mon-

nard, ist einem Kohlkopfleiden erlegen. × Professor Ferdinand Gregori ist von seinem Posten als Intendant des Mannheimer Hoftheaters zurückgetreten. × Im Juli wurde das vor einigen Jahren geschriebene, aber der Öffentlichkeit nicht übergebene, tief menschliche Drama Gerhart Hauptmanns *Gabriel Schillings Flucht* in Goethes Theater in Lauchstädt aufgeführt. Die Buchausgabe erschien jetzt bei S. Fischer in Berlin.

× **Literatur**

Unter dem Titel *On the Art of the Theatre* hat der bekannte englische Bühnenreformer Gordon Craig soeben ein neues Buch erscheinen lassen (London, Heinemann), das eine wesentliche Ergänzung und Erweiterung seiner in früheren gleichartigen Werken aufgestellten Grundsätze der szenischen Kunst bietet. Das Buch beschäftigt sich eingehend mit Problemen, in deren praktischer Lösung wir den britischen Theatern in den letzten Jahren vorangeschritten sind; so mit der Frage der Beleuchtung und der Vereinfachung der Dekoration. Zugleich bringt das Buch uns wieder zum Bewußtsein, daß Gor-

don Craig als einer der ersten schon vor dem Emporsteigen Max Reinhardts die Prinzipien einer neuen Regiekunst aufstellte und zum Teil auch verwirklichte. Auch Craigs neues Werk vermittelt dem modernen Regisseur wertvolle Anregungen und nachdenkliche Betrachtungen über die Zukunft unseres Inszenierungswesens.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Seinerzeit haben sich besonders die süddeutschen Staaten aus partikularistischen Gründen geweigert die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft zu helfen. Diese Haltung hat sich an ihren Finanzen bitter gerächt, weil eben Preußen-Hessen wegen seines ausgebreiteten Gebietes eine Tarif- und Verkehrspolitik führen kann, die die sonderstaatlichen Bahnen außerordentlich zu schädigen, ja sogar zu schikanieren vermag. Die Staaten mit eigener Bahnverwaltung haben inzwischen die Fehler ihrer Politik fühlen müssen und sind jetzt mehr denn je geneigt die Eisenbahngemeinschaft, die ja im Lauf der Zeit in vieler Hinsicht schon sehr erweitert worden ist (Güterwagengemeinschaft usw.), noch weiter auszubauen. Das liegt nicht bloß im Interesse der Verkehrsverbesserung und der Verkehrsvereinfachung sondern auch im Interesse des Reiches und der Landesverteidigung. Es ist nun der Gedanke aufgetaucht die Eisenbahnhoheit der einzelnen Staaten aufzuheben und alle Eisenbahnen unter Reichsregie zu stellen. Jeder Deutsche könnte das nur wünschen, denn das wäre ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der Reichseinheit. Der Handelstag sowohl wie der Generalstab haben diesen Plan begeistert aufgegriffen und auf die Wichtigkeit dieses Planes mit vielen guten Gründen hingewiesen. Im Reichstag hat man über diese Frage eine Denkschrift verlangt, und es war überall starke Neigung vorhanden der Verwirklichung dieser Idee näher zu treten. Erst als die Frage schon stark in Fluß gekommen war, erkannten die reaktionären Elemente, die den Patriotismus mehr auf der Zunge als im Herzen tragen, daß hier ein Fortschritt drohe, der vor allen Dingen die Eisenbahnarbeiterschaft und die Verwaltung der Bahnen unter die Botmäßigkeit des Reichstags bringen würde. Damit aber müßte die Position der Sozialdemokratie erheblich

gestärkt werden. Aus diesen Gründen mußten also die Interessen des Reichs hinter denen der reaktionären Machthaber zurückbleiben. Um Gründe war man natürlich nicht verlegen. Als hauptsächlichstes Argument wurde angeführt, daß damit die finanzielle Basis namentlich Preußens völlig erschüttert würde, weil ein großer Teil der Einnahmen Preußens auf den Gewinnen aus den Bahnen beruhten. Dieser Einwand ist nun gänzlich hinfällig, denn es ist nicht einzusehen, warum nicht auch die Reichsleitung die Einnahmen auf die Einzelstaaten entsprechend verteilen könnte. Es ist daher eine wichtige politische wie auch wirtschaftliche Aufgabe an der Vereinheitlichung des Plans einer Reichseisenbahngemeinschaft unausgesetzt weiter zu arbeiten.

× **Türkei: Eisenbahnen** Die Türkei tut für ihr Eisenbahnnetz noch immer herzlich wenig. So ist auch 1910 das Streckennetz nur wenig ausgebaut worden, während die Roheinnahmen immerhin um 20 % gestiegen sind. Diese Verkehrsvermehrung ist wohl auf die gute Ernte und die Abschaffung des Zwangspasses für Reisen nach dem Innern des Reiches zurückzuführen. Die Gesamtlänge der im Betrieb befindlichen Bahnen beträgt 6232 Kilometer, wovon 1684 Kilometer auf die europäische und 4548 Kilometer auf die asiatische Türkei entfallen. Die wichtigsten asiatischen Bahnen sind: Hedschasbahn (1468 Kilometer), anatolische Bahnen (1033 Kilometer), Smyrna-Cassaba-Bahn (519 Kilometer), Aidin-Bahn (552 Kilometer), Damaskus-Hennah-Bahn (580 Kilometer), Bagdadbahn (200 Kilometer), Jaffa-Jerusalem-Bahn (87 Kilometer). Die meisten Strecken haben Vollspur von 1,44 Meter, nur einige wenige haben 1 Meter und 1,05 Meter Spurweite. Von den Bahnen wurden mit französischem Geld 1697 Kilometer, mit deutschem 1519, mit türkischem 1468, mit österreichischem 955, mit englischem 552 Kilometer gebaut. Man erkennt, wie sehr die Türkei zur Entwicklung der im Land ruhenden Produktivkräfte noch auf die Hilfe des westlichen Europa angewiesen ist. Die Frage wegen der Linienführung der Schlußstrecke der Bagdadbahn ist nunmehr auch geregelt worden. Basra am Schat-el-Arab, das auf türkischem Gebiet liegt, wird der Endpunkt der Bagdadbahn, nicht Kuwait am Persischen Golf. Die Wahl von Basra, das etwa 80 Kilometer vom Meer entfernt liegt,

wird für die Schifffahrt als ungünstig angesehen, da der Schat-el-Arab sehr flach ist. Die Entscheidung erfolgte aber aus politischen Gründen, was natürlich eine große Dummheit ist, umso mehr, als die Absicht besteht die Bahn bei Chor-Abdallah bis an den Persischen Golf zu führen.

× **Kurze Chronik** Der Verwaltungsrat der schweizerischen Bundesbahnen beschloß den Bau eines zweiten Simplontunnels in eigener Regie auszuführen. × Kürzlich sind die neuen Hafenanlagen im Inningham am Humber in Betrieb genommen worden, die die englische *Great Central Railway* seit dem Jahr 1906 erbaut. Der neue Hafen, der besonders zur Verschiffung der Kohlen aus den Bezirken von Nottingham, Derby und Südyorkshire dient, hat 20 Hektar Grundfläche und 8,5 Meter mittlere Tiefe, 8 elektrisch angetriebene Kohlenverlader können stündlich 790 Tonnen Kohle bewältigen. Der Hafen bietet ferner Raum zur Lagerung von 100 000 Tonnen Kohle. Die Gesamtlänge seiner Geleise beträgt 160 Kilometer. × Zwischen Savona und San Giuseppe an der Eisenbahn Savona-Turin ist eine Hängebahn in Betrieb genommen worden, die in Wagen von je 1 Tonne Inhalt die in dem Hafen von Savona anlangende Kohle über die Apenninen hinweg nach dem 20 Kilometer entfernten San Giuseppe befördert. Die Geleise ruhen auf 32 Meter hohen Pfeilern aus Zement. Die Strecke steigt im Apennin auf 520 Meter Höhe. Die Leistungsfähigkeit der Anlage beträgt 180 Tonnen pro Stunde. × Aus dem Bericht der *Interborough Rapid Transit Company* ergibt sich, daß durch die Einführung der Schnellbahnen der Personenverkehr in New York in hohem Maß gesteigert worden ist. Im Jahr 1906 sind auf den Untergrundbahnstrecken 138 Millionen Reisende, in dem am 30. Juli 1910 abgeschlossenen Berichtsjahr 269 Millionen, also fast die doppelte Zahl, befördert worden. Dabei hat der Straßenbahnverkehr keine Einbuße erlitten. Die Hoch- und Untergrundbahnen haben einen neuen Verkehr großgezogen und den Satz bestätigt, daß die Möglichkeit des Verkehrs den Verkehr erzeugt. × Die städtische Straßenbahn in Dortmund hat einen einschließlich der Druckluftbremse nur 3300 Kilo schweren offenen Anhängewagen mit 21 Sitzplätzen eingeführt, der mit den Stehplätzen 44 bis 50 Personen faßt. Der Wagen ist besonders leicht

gebaut und hat auch den Vorteil sich schnell und leicht zusammenbauen zu lassen, was ihn besonders für die Überseeausfuhr geeignet macht. X In Frankfurt am Main beabsichtigt man an Stelle der alten Mainbrücke einen neuen großen Brückenbau, die Kaiserbrücke, zu setzen. Als Ablösung für die bisherige Unterhaltspflicht trägt der Staat 1 350 000 Mark zu den Kosten bei. Die Kosten der Brücke werden 3 590 000 Mark betragen. Schon 1866 war der Ersatz der alten Brücke durch eine neue beschlossen worden; der Krieg verhinderte den Bau.

Kunstgewerbe / Paul Westhelm

Bayrische Gewerbeschau Wer besondere künstlerische Überraschungen in München erwartet hatte, hat den Sinn dieser Gewerbeschau nicht recht erfaßt. Man wollte, der Zeitstimmung entsprechend, mehr in die Breite als in die Tiefe gehen. Nach den mannigfachen Raumkunstmanifestationen des letzten Jahrzehnts sollte ein Versuch mit einer Veranstaltung in der Art der früher beliebten Industrie- und Handwerksausstellungen gemacht werden. Man gedachte in den großen Hallen auf der Theresienhöhe alles zu vereinigen, was in bayrischen Werkstätten und Fabriken an Qualitätsarbeit geleistet wird. Mit einem Seitenblick auf die Leipziger Messe, die man durch die Gediegenheit und die einwandfreie Form aller dargebotenen Stücke überbieten wollte, war eine große Verkaufsmesse, eine *Dult*, wie sie es in Bayern nennen, geplant. Der Ausgangspunkt für das gewiß interessante Experiment war die Überzeugung, daß die Idee einer allseitigen Qualitätsproduktion sich in den bayrischen Gewerben bereits soweit durchgesetzt hätte, daß es nur der sorgsamsten Sichtung bedürfe, um aus dieser Produktion jede Art Groß- und Kleingerät in anständiger Form und zu annehmbarem Preis darzubieten. Es gehörte Optimismus zu einer solchen Annahme, und es mag auch von vornherein gesagt sein, daß eine restlose Verwirklichung des Programmes noch nicht gelungen ist. Noch kann bei allem Schönen, was in München zu sehen war, nicht die Rede davon sein, daß jedes Stück Hausrat, das gebraucht wird, auch wirklich einwandfrei zu haben wäre. Freilich kann keine Provinz in Deutschland für ihre Produktion diese Behauptung aufstellen. Die Weitherzigkeit, die ganze Ausstellerkategorien von den Juroren der Gewerbeschau ertrotz-

ten, beweist aber, daß das Ziel noch keineswegs ganz erreicht ist. Vor allem ist es nicht bei den Gewerken erreicht, die in Bayern sich jetzt erst in größerem Umfang zu entwickeln beginnen. Ich nenne nur die Lederbearbeitung, die mit Offenbach oder Wien natürlich nicht zu vergleichen ist, weil sie überhaupt unter jedem Vergleichsniveau steht. Abgesehen von derlei Erscheinungen, die auch unter den Porzellanen, den Wachsarbeiten oder den Möbeln nicht ganz fehlen, spürt man doch hier sehr stark, daß das Problem der untadeligen Qualitätsarbeit sich aus einem Schlagwort der theoretisierenden Literaten zu einem Wertbegriff der praktischen Volkswirtschaft umzusetzen beginnt. Die Tatsache allein, daß man überzeugt scheint der unbequemen Konkurrenz der Leipziger Messe nur durch eine ausgesprochene Niveaufsteigerung begegnen zu können, ist wertvoll genug. Beweist sie doch, daß eine Mehrheit der Hersteller nicht mehr der Überzeugung ist, daß der Sieg allein der Billigkeit, will sagen: der Geringwertigkeit, zu verdanken ist. Selbst die gelegentlichen falschen Bilder, die die Gewerbeschau zu geben gezwungen war, wollen nicht viel besagen. So, wenn die Nürnberger Textilindustrie in der Musterung ihrer Stoffe eine durchgängige Delikatesse zeigt, obgleich man doch genau weiß, daß sie ihren wirklichen Absatz mit ganz anderen, viel weniger erfreulichen Sachen erzielt. Ist es nicht als Sympton wichtig, daß Teilnehmer von dieser Art wenigstens äußerlich mit so einwandfreien Waren zu repräsentieren wünschen? Bezeichnend in diesem Sinn ist auch das Fehlen der Nürnberger Spielwarenindustrie. Sie soll ferngeblieben sein, weil einige Großkommissäre, die die einzelnen Fabrikanten wirtschaftlich in der Hand haben, ihre Beteiligung verhinderten, um die Namen der einzelnen Hersteller nicht öffentlich bekannt werden zu lassen. Vielleicht hätte sich die Macht dieser egoistischen Kommissionäre doch brechen lassen, wenn die Nürnberger es nicht abgelehnt hätten ihre Puppen neben den prachtvollen Steifffiguren zu zeigen. Diese Steiffpuppen, die den künstlerischen Qualitätsbegriff verkörpern, werden von ihnen nach der Schätzung, die sie in allen Kulturländern erfahren haben, als die schärfste Konkurrenz empfunden. Wenn man will, hätte man in diesem Zwist eine Illustration der Entwicklung, die die Gewerbeschau vorwegnehmen wollte.

Anzuerkennen ist die Tendenz den kleinen Gewerbekünstler wieder etwas unsichtbar zu machen. Da hier ja alles auf den Markt und nicht auf eine gewählte Schau deliziöser Kunstleistungen zugespißt war, war es ganz in der Ordnung, daß einem nicht auf Schritt und Tritt der Stuhl des Herrn Professor X., der Kerzenhalter, das Kattunmuster, das Haferl des Kunstgewerbezeichners Y. vorgelegt wurde. Die Zettelchen mit den Herstellernamen, über die die Franzosen sich in Brüssel nicht wenig amüsierten, sind durch Preistäfeln ersetzt worden. Wie überhaupt mit sichtlicher Vorliebe mit Dingen kokettiert wurde, die ohne den Künstler leidlich gut hergestellt worden waren. Man benennt das (als ob eine Entschuldigung gegeben werden müßte) *Volkskunst*. Wirklich gab es unter den Schmiedearbeiten, den Korbflechtereien und den Töpfereien, die unter den Fingern biederer Handwerksmeister in irgendwelchen verlorenen Nestern entstehen, ganz famose Sachen; Sachen, die man unwillkürlich für den geringen Preis, den sie kosten sollen, erstehen möchte. Die Künstler kommen dafür mehr in den Räumen der Fachschulen und in der Ausstattung der Hallen zur Geltung. Das Niveau dieser Schulen, der für Glas in Zwiesel, für Keramik in Selb und Landshut, für Korbflechterei in Lichtenfels, für Spitzen in Tiefenbach oder Nordhalben ist außerordentlich hoch. Eine Ausnahme bilden nur die diversen Schnitzerschulen, die gegen einen schlechten Modegeschmack bei allem guten Willen nicht aufkommen können. Tüchtig war auch das Meiste aus der Münchener und Nürnberger Kunstgewerbeschule, rühmendwert die kultivierten und wirklich künstlerischen Leistungen der Debschitzschule. Die *Aufmachung* der Hallen sollte jahrmarktsmäßig bunt und lustig werden. Riemerschmid ließ über die große Messe flatternde Bänder und derbe Bauernfarben knallen, für die Porzellane und Gläser hatte man mit hohen Fahnenstangen und Zunftzeichen eine Art Meßstraße entwickelt; am amüsantesten wirkte der von Niemeyer arrangierte Töpfermarkt, bei dem nichts als das Feitschen der Madames und die behäbigen Konturen der alten Marktweiber fehlte.

× **Werkbund** In Wien hielt der *Werkbund* seine 4. Jahresversammlung ab. Eine mehr dekorative Angelegenheit, die immerhin

einigen Anhalt über die Richtung gibt, in der der Bund segelt. Man scheint zu der Erkenntnis gelangt zu sein, daß greifbare Resultate weniger in der Behandlung der zunächst den Künstler angehenden Atelierprobleme als durch Aufklärung über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Qualitätsarbeit zu erreichen wären. So war es folgerichtig, daß man den Österreichern die Ziele des Bundes von einem Volkswirt, von F. Naumann, darlegen ließ. Seine Thesen lassen sich kurzer Hand etwa folgendermaßen zusammenfassen: Die Merkzeichen der neuen Zeit wären Demokratisierung der Auftraggeber, Kapitalisierung der Hersteller und Mechanisierung der Arbeitsweise. Organisation der freien Künste, Befreundung mit der Maschine und der Arbeitsteilung erscheinen notwendig. Die Unternehmer von Qualitätsindustriellen müssen sich sowohl dem Publikum als auch den Verfertignern von Kunstschund gegenüber als Einheit fühlen, dürfen aber weder den Künstlern noch den Arbeitern gegenüber als Unternehmerverband im gewöhnlichen Sinn dieses Wortes auftreten. Die Arbeiter von Qualitätsindustriellen bedürfen eines Lebenshintergrunds, der über dem bloßen proletarischen Dasein steht, wenn sie künstlerische Hilfskräfte sein sollen. Es ist nötig, daß sie den ganzen Arbeitsvorgang ihres Gewerbes verstehen lernen. Die gewerkschaftlichen Erfolge dieser Arbeiter steigen mit ihrer gewerblichen Bildung. Der *Werkbund* kann und will keine Kunstwerke schaffen oder auch nur die Richtung der Formgebung bestimmen; was er aber kann, ist die Förderung derjenigen Organisationen, Auskünfte, Ausstellungen und Untersuchungen, die für das wirtschaftliche Gedeihen von Künstlern, Unternehmern und Arbeitern unentbehrlich sind. In Konsequenz dieser Anschauungen, die in erster Linie auf eine Beeinflussung der nationalen Wirtschaft abzielen, ergab sich als Zweckmäßigkeit eine Abzweigung der österreichischen Mitglieder, die natürlich innerhalb ihres Landes eine andere Taktik einzuschlagen haben als die Reichsdeutschen. Daher der Entschluß neben dem deutschen einen selbständigen österreichischen *Werkbund* zu organisieren. Im übrigen scheint die Bedeutung der Tagung in der Ausstellung zu liegen, die die österreichischen Künstler, vorab der Kreis der *Wiener Werkstätte* und der *Wiener Kunstgewerbeschule*, arrangiert hatten.

Mit den Einladungen zu der Tagung wurde als neue Unternehmung der 1. Band eines Jahrbuchs (*Die Durchgeistigung der deutschen Arbeit* / Jena, Diederichs/) versandt. Statt den Literaten gab man das Wort Männern der gewerblichen Praxis, die aktuelle Fragen ihrer Arbeitsgebiete behandeln sollten. Wesentlich Neues über diese viel erörterten Dinge haben auch sie nicht vorzubringen, wengleich gelegentlich auch in Einzelheiten manch interessanter Fingerzeig geboten wird. So etwa, wenn R. L. F. Schulz in einem Essay über die Beleuchtungskörper gerade die Künstler, die für jeden Raum einen neuen Entwurf ausgeführt haben möchten, statt sich guter vorhandener Typen zu bedienen, als die Qualitätsverderber für das Gebiet des Bronzegusses nachweist. Ein wenig spät, aber doch immer noch aktuell erscheinen die Ausführungen über den Stand der Bewegung, die Muthesius auf der vorjährigen Dresdener Tagung machte, und die auch in dieser Rundschau (1911, 2. Band, pag. 1064) schon skizziert worden sind. Mit bemerkenswerter Schärfe hat Muthesius sich da gegen all die Programmkünsteleien ausgesprochen, die die künstlerische Entwicklung bedrohen, er warnte vor allem vor jenen 1850ern, die ihr Heil in einem Nachgestalten der barocken Louis Philippe-Ornamentik suchen. Es ist bemerkenswert, daß der *Werkbund* in diesem Punkt geschlossen hinter seinem Führer zu stehen scheint. Unter den vielen Illustrationen des Jahrbuchs, die einen Begriff von der *Werkbundarbeit* geben sollen, fehlen wenigstens alle jene anderen.

×
Kiehl

Der Neuköllner Stadtbaurat Reinhold Kiehl ist, wie zu erwarten war, vom Zweckverband zum Städtebauer von Groß Berlin erwählt worden. Kiehl hat für seine Tätigkeit in Neukölln reichlich Anerkennung geerntet. Mit einem sozialen Empfinden und einem unbestreitbaren Blick für organisatorische Notwendigkeiten verstand er die mannigfachen Probleme dieser rapid wachsenden Arbeitervorstadt zu bewältigen. Das Rathaus, eine Anzahl Schulen, das Körnerparkprojekt weisen auf einen Gestalter von leidlichem Geschmack und vor allem guter Gesinnung. Eigenschaften, die auch einmal eine weniger ansprechende Lösung wie sein Krankenhaus möglich machen. Vielleicht ein

wenig zu nachgiebig, zu anschniegsam, war er doch im ganzen bestrebt vom Stadtbauamt aus in gutem Geist zu wirken. Auf seine Initiative gehen städtebauliche Wettbewerbe und die städtische Bauberatungsstelle, die ein paar gute Resultate aufzuweisen hat, zurück. Welche Fähigkeiten er in sein neues, ganz anders geartetes Amt mitbringt, läßt sich heute noch nicht sagen. Auf seine guten Absichten darf man rechnen. Hoffentlich ist er auch Kraftnatur genug gegenüber den Menschen und Mächten, die sich ihm hier entgegenstemmen werden.

×
Kurze Chronik Die Berliner Kunstgewerbebibliothek hat eine kostbare Stiftung erhalten. Eine

Anzahl Kunstfreunde hat sich zusammengetan, den Olbrichnachsatz, die gesamten Skizzen, Entwürfe und Pläne, angekauft und zur dauernden Erhaltung für die Öffentlichkeit der Bibliothek überwiesen. Eine kurze Ausstellung dieser Blätter erinnerte noch einmal daran, wie viel frische und mutige Anregungen von diesem Olbrich ausgegangen waren; sie hätte ihm bei der verblüffenden Delikatesse, mit der das alles gezeichnet war, noch den neuen Ruhm eines erstaunlichen Kalligraphen eintragen können. × Nach einigen Zeitungsmeldungen soll Otto Wagner, der Führer der modernen Wiener Architektenschaft, entschlossen sein in den nächsten Monaten seine Lehrtätigkeit einzustellen. × Der Verband der Kunstgewerbezeichner, von deren Standesbewegung hier des öfteren schon die Rede gewesen, hat Ostern seinen 2. Verbandstag in Plauen abgehalten, der in einem entschiedenen Bekenntnis zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß gipfelt. Ein Protokoll, dem ein ausführlicher Geschäftsbericht und eine Übersicht über Stand und Entwicklung des Verbandes vorausgeschickt sind, ist erschienen. × Die Berliner Opernhausfrage ist in ein neues Stadium eingetreten: Das Ministerium erläßt einen neuen Wettbewerb, zu dem die Architekten Billing, Brurein, Dülfer, Fischer, Frentzen, Lossow & Kühne, March, Möhring, Moritz und Schmitz gegen ein Honorar von 3000 Mark aufgefördert worden sind. Ferner steht den Mitgliedern des Bundes deutscher Architekten und des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine die Einreichung von Ideenskizzen frei.